

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementpreis: 3,50 Mk. monatlich, 1,10 Mk.
einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
nummer mit illustrierter Sonntags-
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
abonnement: 1,10 Mark pro Monat,
eingetragen in die Post-Zeitungs-
Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
Deutschland und Oesterreich-Ungarn
2 Mark, für das übrige Ausland
3 Mark pro Monat. Postabonnements
nehmen an: Belgien, Dänemark,
Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Vorwärts

Die Intentions-Gebühr
Beträgt für die hochgeheilten Roten-
gelte oder deren Raum 50 Pf. für
politische und gewerkschaftliche Vereins-
und Versammlungs-Anzeigen 50 Pf.
„Kleine Anzeigen“, das erste (stet-
gedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere
Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schaf-
stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
Inserate für die nächste Nummer müssen
bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
abgegeben werden. Die Expedition ist
bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 7. August 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Des Reiches Herrlichkeit.

Am 6. August waren es hundert Jahre, daß das alte
längst vermorschte „heilige römische Reich“ auch äußerlich ab-
dankte. Kaiser Franz II., der sich schon zwei Jahre zuvor
mit Abdankungsabsichten getragen hatte, legte am 6. August
1806 seine Krone längst zum Gespött gewordene Würde feier-
lich nieder. Die Kaiserwürde ging, zwar nicht in der Form,
aber doch in der Sache auf Napoleon I. über, während
Preußen geduldet zur Seite stand, um bald den Völkern politi-
scher Demütigung bis auf die Krüge zu leeren.

Die endgültige Zertrümmerung der deutschen Reichs-
herrlichkeit und die Demütigung Preußens hatten — das zu
konstatieren, ist gerade im Augenblick sehr zeitgemäß — ihren
nächsten Grund in dem unerschämten, größenwahnsinnigen
Eingreifen Preußens und Oesterreichs in die französische Re-
volution. Franz II. und Friedrich Wilhelm II. von Preußen
bildeten sich ein, das monarchische Prinzip dadurch retten und
für alle Zeit verankern zu können, daß sie die Franzosen
zwängen, sich ihrem falkengefährten Könige Ludwig XVI. wieder
als getreue Untertanen zu unterwerfen. Aber dieser Versuch
scheiterte gar kläglich. Das großmäulige Manifest des Führers
der Invasionsarmee, des Herzogs von Braunschweig, worin
damit gedroht wurde, in Paris keinen Stein auf dem anderen
zu lassen, falls dem hochverräterischen mit den Fürstenthümern
des Auslandes gegen die eigene Nation konspirierenden
Ludwig XVI. ein Haar gekrümmt würde, erregte in Frankreich
einen Sturm revolutionärer und nationaler Empörung. Die
Interventionsmächte gerieten bald immer mehr in die Klemme,
und speziell der preussische König Friedrich Wilhelm II., der
mit seinen im Kamajanderbrill erzelternden Truppen die
revolutionären Freiheitskämpfer zu Vaaren treiben zu können
geglaubt hatte, sah sich genötigt, am 5. April 1795 — knapp
drei Jahre nach der Verkündung des aberwitzigen Hunnen-
manifestes des Herzogs von Braunschweig — im Frieden von
Basel auf jede preussische Großmachtstellung zu verzichten und
das linke Rheinufer völlig preiszugeben. Oesterreich erging es
nicht besser. Der strapellose Erbe der französischen Revolution,
der durch die Interventionspolitik auf das Gebiet
der Eroberungs- und Weltpolitik getrieben worden war,
Napoleon I., scharte die westdeutschen Fürsten als Vasallen
um seinen Thron und spielte sich immer mehr auch als den
Erben des heiligen römischen Reiches auf. Schon bei seiner
Rheinreise im Jahre 1804 lagen die deutschen Fürsten vor
dem „Korfen“ im Staube, und am 12. Juli 1806 brachte
Napoleon die Rheinbundakte zustande, durch die dreitausend
Quadratmeilen deutschen Landes mit acht Millionen Ein-
wohnern direkt der Souveränität des Franzosenkaisers unter-
worfen wurden. Da war es tatsächlich an der Zeit, daß
Franz II. nun auch in aller Form auf eine Kaiserkrone
verzichtete, die ihm längst vom Haupte herabgestoßen
worden war.

Der Zusammenbruch des heiligen römischen Reiches war
in Wahrheit freilich bereits ein paar hundert Jahre früher
erfolgt. Hatte doch der dreißigjährige Krieg, dieser ent-
scheidende Kampf der seit der Reformation offen gegen die
Reichsgewalt rebellierenden deutschen Fürsten, mit dem Siege
der Fürsten gegen den Kaiser geendet. Der westfälische
Frieden vom Jahre 1648 verlieh der Autonomie der großen
und kleinen Landesfürsten rechtskräftigen Ausdruck: das Reich
hatte all seine Befugnisse und Funktionen durch diesen
Friedensschluß preisgegeben und die korrupten Landesfürsten
mit dem Besitz der ganzen politischen, sozialen und geistlichen
Gewalt belehnt. Die Landesfürsten durften von nun ab nicht
nur unter sich, sondern auch mit fremden Mächten Bündnisse
eingehen und auf eigene Faust Krieg führen und Frieden
schließen. Und dieser Aufstieg eines bis ins Mark ver-
kommenen Teilsfürstentums war ermöglicht worden durch den
wirtschaftlichen Niedergang des Landes, durch die Ohnmacht
des städtischen Bürgertums und die völlige Entrechtung und
Niedertretung des Landvolkes. Das Elend dieser Politik des
Landesfürstentums fand seinen trostlosen Ausdruck in dem
völligen nationalen Zerfall des Reiches und der Unterwerfung
zahlreicher Fürsten unter die Söldendiktatur Napoleons I.

Aber unter den Trümmern der trachenden Fürstenthrone
begann sich die Kraft des langsam wieder aufsteigenden Volkes
zu regen. Und als im Jahre 1813 Napoleon durch seinen
wahnwichtigen Zug nach Moskau seine Halbmillionen-Armee
selbst ausgetrieben hatte, folgte das deutsche Volk mit Be-
geisterung dem Rufe zum Kampf für nationale und politische
Unabhängigkeit. Nicht für die Befreiung der Fürsten, sondern
für die Befreiung des Volkes vom Joch des Absolutismus
und Feudalismus zog die Nation ins Feld, schlug sie die
Armeen des großen Korfen. Aber freilich, kaum sahen sich die
Fürsten von ihrem Dränger befreit, als sie schleunigst all ihre
konstitutionellen Versprechungen vergaßen und in Gestalt der
„Heiligen Allianz“ eine neue Aera der niederträchtigsten
Reaktion einleiteten.

Aber die wirtschaftlichen Kräfte der Nationen wuchsen und
wuchsen trotz des bleiernen Drucks der Metternichschen Reaktion.
Während es dem erstarrenden Bürgertum in einigen süd-
deutschen Staaten gelang, sich konstitutionelle Rechte zu er-
obern, brachten es die wirtschaftlichen Bedürfnisse in den
übrigen Teilen des Reiches wenigstens zuwege, einen Zoll-
verband zu erzwingen, der unter dem Namen Deutscher

Zoll- und Handelsverein am 1. Januar 1834 ins
Leben trat und ein einheitliches Verkehrsgebiet schuf, das ein
Flächengebiet von 7330 Quadratmeilen mit 23 1/2 Millionen
Menschen umfaßte. Damit waren die ersten Vor-
bedingungen für die neue politische Einigung
Deutschlands gegeben.

Um zu dieser politischen Einigung und auch zur ver-
sprochenen Konstitution zu gelangen, appellierte das deutsche
Bürgertum im Jahre 1848 an die Gewalt, die befanntlich im
Anfang überall siegreich war und Absolutismus und Feudalismus
tatsächlich fürs erste hinwegfegte. Aber die Revolution und
damit die politische Vereinheitlichung Deutschlands scheiterte
nur zu bald an der Feigheit und Eigennützigkeit der Bour-
geoisie, die kaum die erste Lebensbetätigung des zum Klassen-
bewußtsein erwachenden Proletariats verspürte, als sie
sich auch schon schmählich vor dem Proletariate unter den
Schutz des Junkertums und des Absolutismus flüchtete.

Der nächste Schritt zur Schaffung eines Deutschen
Reiches ging von der Junkerreaktion und ihrem Vorkämpfer
Bismarck aus. Die preussische Bourgeoisie war seit
Lassalle vergebens vom Proletariate um Einführung des
allgemeinen gleichen Wahlrechts bestürmt worden. Das
„fortschrittliche“ Bürgertum, dem es gelungen war, im
preussischen Dreiklassenparlament die Majorität zu gewinnen,
fühlte sich unter diesem „elendesten aller Wahlsysteme“
außerordentlich wohl und dachte gar nicht an eine Demokrati-
sierung des Wahlrechts. Wohl aber empfanden die düpierten
Junker damals Abscheu vor diesem Wahlsystem, und als
im Jahre 1867 der Norddeutsche Bund, die politische
Konsequenz des Zollverbandes, von Preußen gegründet
wurde, glaubte der Ministerpräsident v. Bismarck nach
dem Vorbilde Napoleons des Kleinen einen diplomatischen
Meisterstück zu tun, als er in die neue Verfassung das
allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht
aufnahm. Er wollte ja vermittelst dieses Wahlrechts die ver-
hasste fortschrittliche Bourgeoisie an die Wand drücken!
Daran, daß das Proletariat auf die Dauer nicht die Gefolgs-
chaft der preussischen Reaktion bilden, sondern seine eigene
Klassenkampforganisation schaffen würde, dachte der geniale
Staatsmann nicht!

Inzwischen hatte 1866 Preußen seinen alten Nebenbuhler
Oesterreich vollends niedergeworfen und Hannover, Kurhessen,
Nassau und Schleswig-Holstein seinem berüchtigten guten Wagen
einverleibt. Dann kam der Krieg von 1870/71. Die aus
wirtschaftlichen Gründen stammende Einheitsbegeisterung der
Bourgeoisie zwang auch die süddeutschen Regierungen, auf
Preußens Seite zu treten und den von Bismarck provozierten
Krieg gegen den „Erbsind“ als „heiligen nationalen Krieg“ mit-
zukämpfen. Die überraschenden Erfolge dieses Krieges schoben
die Einheitsfrage, von der Wilhelm I. gar nichts und Bismarck
nur sehr bedingt etwas wissen wollte, in den Vordergrund.
Der schon damals kranke Bayernkönig war von der Entwicklung
sehr wenig erbaud, einzig der preussische Kronprinz schwärmte,
obwohl mehr aus dynastischem Ehrgeiz, für die Einheit mit
preussischer Spitze. Aber es lag, wie einst bei der Gründung
des Zollvereins, eine eiserne ökonomische Not-
wendigkeit vor, und sie schuf denn auch das neue Reich.

So entstand denn auf den Pfeilern des die territorialen
Schlagzäume hinwegräumenden Kapitalismus das glorreiche
neue deutsche Reich, das unsere Liberalen jahrzehntlang ver-
himmelt haben!

Heute freilich beginnen selbst die Nachfahren der bürger-
lichen Verräter vom Jahre 1848 in des neuen Reiches Herr-
lichkeit, diesem traurigen Kompromiß zwischen Absolutismus,
Junkertum und raffgierigem Kapitalismus, ein Haar zu
finden. So zitiert heute die ehrfame „Lante Voh“ den biedereren
Gustav Freytag, der schon bei der Gründung des Reiches
allerhand Unheil prophezeit habe: „Aller Glanz der Majestät,
die Staatsaktion bei vornehmen Besuchen, die Hofämter,
die Schneiderarbeit in Kostümen und Dekorationen werden
zunehmen und, wenn sie einmal eingeführt sind, immer größere
Wichtigkeit beanspruchen. Der einfache blaue Rock der Hohen-
zollern wird zuletzt nur noch als altertümliche Erinnerung
hervorgeholt werden. Das Selbstgefühl aller Fürsten wird
sich steigern, aber ebenso sehr das Selbstgefühl des Adels; der
ganze fast überwundene Stamm alter, nicht mehr zeitgemäßer
Ansprüche wird sich schnell mehren. Überall wird das fühlbar
werden, auch im Beamtentum und im Heere.“ Diese Prophe-
zeiungen seien leider eingetroffen. Aber das seien Schäden,
die sich eindämmen ließen, jedenfalls sollten sie „uns“ — lies:
der liberalen Bourgeoisie — nicht die Freude an der Wieder-
geburt des Kaisertums vergällen.

Nun, von einem Kaisertum, einer Reichseinheit, die auf
einem Teufelmechtel einer proletarier- und freiheitsfürchtigen
antidemokratischen Bourgeoisie mit dem absolutistischsten und
junkerlichsten Staate des Reiches beruht, ließ sich allerdings
nichts anderes erwarten. Und „eindämmen“ lassen sich die
annütigen Erscheinungen einer solchen Spottgeburt nun ganz
und gar nicht. Im Gegenteil — die Heeres- und Kolonial-
standale beweisen das —: Absolutismus und Junkertum ver-
schmelzen sich immer mehr mit der spezifisch kapitalistischen
Korruption zu einem unlöslichen und unaudrottbareren Ganzen.
Die Bourgeoisie wird immer reaktionärer und das Junkertum
immer kapitalistischer korrupter. Wir bekommen amerikanische
Verhältnisse mit dem penetranten Beigeschmack russischer Juchten!
Das ist das Endergebnis der glorreichen neuen Reichs-
gründung!

Aber trohalledem: ein regenerierender Faktor ist dank
dem Kapitalismus doch entstanden: die deutsche Sozial-
demokratie. Sie, und nur sie, verkörpert die Rettung
aus dieser ganz spezifischen junkerlich-kapitalistischen Unkultur.
Sie erst wird dem kapitalistisch geeinten Reiche die kulturelle
Grundlage geben: die der Demokratie und des Sozialismus.
Sie allein kämpft sowohl gegen die junkerliche Annäherung wie
gegen die kapitalistische Entwürdigung der Nation. Und sie
wird den Sieg davontragen über die geeinte Schmach der
Junkerfrönte und des kapitalistischen Geldacks! Sie erst wird
die Sehnsucht aller derer erfüllen, die seit Jahrhunderten für
ein geeintes und freies Deutschland kämpfen!

Die russische Revolution.

Der Generalstreik mißglückt?

Sämtliche Meldungen aus Petersburg behaupten,
daß der Generalstreik mißglückt sei. Es läßt sich zurzeit noch
nicht erkennen, ob dieser Umstand mangelnder Kampf-
begeisterung der Arbeiter entspringt oder ob etwa lediglich
eine Verzögerung des Eintritts in den Streik stattfindet.
Vorläufig können wir lediglich die eingelassenen Depeschen
wiedergeben, die also lauten:

Petersburg, 5. August. Hier herrscht völlige Ruhe, da der
Generalstreik gänzlich mißglückt zu sein scheint. Augenblicklich feiern
nur noch 60 000 Fabrikarbeiter. Die meisten Läden sind geöffnet.
Wegen des Segerstreiches sind die heutigen Blätter nicht erschienen
und nur der „Regierungsanzeiger“ ist in Stärke von einer halben
Seite herausgegeben worden.

Petersburg, 5. August, 9 1/2 Uhr abends. (Von einem Privat-
korrespondenten.) Soweit bis jetzt bekannt, ist der heutige Tag
ruhig verlaufen. Nur nachmittags gab der Marsch der achtzehnten
Küstenregiment nach dem Hafen, von wo sie nach Kron-
stadt eingeschifft wurde. Anlaß zu einem lärmenden Volks-
aufmarsch. Die Matrosen, die größtenteils betrunken waren,
wurden von der Menge mit lauten Ausdrücken begrüßt.
Kavallerie hielt die Ordnung aufrecht. Die Zeitungsmeldung, daß
vorgezogen acht Schüsse von anständigen Arbeitern erschlagen
wurden, bewahrheitete sich. Nachrichten aus den übrigen Landesteilen
lassen keine Zunahme der Unordnungen erkennen. Der Generalstreik
kann als mißglückt angesehen werden. Einige Straßenbahnlinien
nehmen den Dienst wieder auf, der Dienst der Eisenbahnen ist
normal.

Petersburg, 6. August. Bei anhaltendem Regen war die Stadt
gestern ebenso ruhig wie vorgestern. Der Generalstreik scheint
tatsächlich mißglückt zu sein.

Petersburg, 6. August. Hier herrscht heute vollständige Ruhe;
die Stadt hat ihr normales Aussehen. Alle Läden sind geöffnet,
in den meisten Fabriken wird gearbeitet, vier Zeitungen sind er-
schienen. Gestern wurden über 200 Personen, die für den General-
streik agitierten, verhaftet.

Nebrigens kommen aus anderen Orten Nachrichten, die
von einem besseren Stand des Streiks reden. Es sind die
folgenden:

Petersburg, 5. August. Während in Petersburg der Zustand
selbstschlagen zu sein scheint, ist er in Jekaterinoslaw bereits ein
vollständiger.

Moskau, 5. August, 5 Uhr 45 Min. nachm. („Tag“-Meldung.)
Heute nachmittags fanden an der Peripherie und in der Umgebung
der Stadt zahlreiche Versammlungen von Fabrikarbeitern und An-
gehörigen der verschiedensten Berufsverbände statt. Heute abend tagt
der Arbeiterdeputiertenrat, um über den für morgen auf 12 Uhr
mittags anberaumten politischen Generalstreik endgültigen Beschluß
zu fassen. Wie aus kompetenter Quelle verlautet, haben sich sämt-
liche Arbeiterkategorien sowie die Eisenbahner für den Massenaufruf
ausgesprochen, während die Telegraphen- und Postbeamten den
Generalstreik ablehnen. Von öffentlichen Betrieben soll die Wasser-
leitung weiter funktionieren und in jedem Stadtteil je eine Apotheke.

Moskau, 6. August, 12 Uhr 30 Minuten, mittags. („Tag“-
Meldung.) Soeben beginnt hier der Generalstreik. Das gesamte
Proletariat tritt in den Ausstand. In sämtlichen Fabriken und
sonstigen Betrieben wird die Arbeit niedergelegt. Die Eisenbahnen
beschlossen, nachmittags den Verkehr einzustellen, ausgenommen die
Nikolaibahn und die Westbahn, deren Angestellte angeht die
drohenden Repressalien eine schwankende Haltung zeigen. Da die
Bäder ebenfalls streiken wollen, werden die Läden jetzt geradezu
besäht; alles versorgt sich mit Lebensmitteln. Nach Beschluß des
Arbeiterdeputiertenrats soll Brot an bestimmten Stellen zu gewissen
Stunden, ausschließlich an die Arbeiter, nicht an die bürgerlichen
Elemente verkauft werden. Morgen werden keine Zeitungen er-
scheinen. Die Stimmung unter den streikenden Massen ist überigens
keine gehobene, eher gedrückt, da auf Erfolg wenig Aussicht ist. Der
Generalstreik soll diesmal kein direktes Kampfmittel, sondern eine
politische Demonstration sein und nicht in einen bewaffneten Ausstand
übergehen, der für Petersburg geplant ist.

Von einer Wirkung des Generalstreiks auf das Verkehrs-
wesen berichtet schon die folgende Depesche:

Bromberg, 6. August. (Amtliche Meldung.) Wegen verweigerter
Frachtaufnahme durch die Reichsbahnen sind Güter in Wagen-
ladungen mit Ausnahme von Ladungen in Privatwaggons für
die Reichsbahnstation Sosnowice Det und Uebergang bis auf
weiteres nicht anzunehmen. Im Rollen befindliche Ladungen sind
anzuhalten und den Versendern zur Verfügung zu stellen.

Für sehr bedenklich soll die Lage der russischen Regierung
in London gelten. Von dort wird gemeldet:

London, 5. August. Die letzten Berichte, welche im hiesigen
Auswärtigen Amte aus Petersburg eingetroffen sind, lauten äußerst
pessimistisch. Die Mehrzahl derselben sind so ernst Natur, daß sie

dem Könige unterbreitet wurden. Es verlautet, der König habe seiner Befürchtung über die Zukunft Russlands offenen Ausdruck verliehen.

Der russischen Regierung liegt offenbar viel daran, den Schein aufrechtzuerhalten, als werde sie von den gemäßigten Liberalen unterstützt und sei also nicht reaktionär. So sagt eine offiziöse Meldung über die

Rabinettsbildung:

Petersburg, 5. August. In Regierungskreisen wird berichtet, daß die Verhandlungen wegen Eintritts liberaler Ministerelemente in das Kabinet nicht gescheitert seien, sondern wegen der mittlerweile eingetretenen Ereignisse in den Hintergrund getreten sind. Sobald Ruhe und Ordnung wieder hergestellt sein werden, würden die Verhandlungen wieder in Angriff genommen werden.

Zur Vorbereitung der liberalen Aera werden die Repressalien verdoppelt. Mit wahrhaft tierischer Wut tötet die Reaktion unter den Unterlegenen von Sveaborg und Kronstadt.

300 Todesopfer

sind an einem Tage zu Kronstadt dem Zaren dargebracht worden, 300 Menschenleben sind zur Aufrechterhaltung des russischen Standregiments innerhalb 24 Stunden zerstört worden. Die furchtbare Depesche, die dem „Tag“ zugegangen ist, lautet:

Moskau, 5. August. („Tag“-Meldung.) In Kronstadt sind 300 Mädelsschüler des letzten Aufstandes vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt und bereits hingerichtet worden. Unter ihnen befinden sich viele Zivilpersonen, darunter auch das ehemalige Mitglied der Reichsduma Michailitschenko, bei dem ein Plan der Festungswerke gefunden wurde. Ein anderes früheres Mitglied der Duma, Dniptro, wurde in Sveaborg verhaftet. Das Kronstädter Kriegsgericht wird noch eine Woche tagen und voraussichtlich weitere Todesstrafen verhängen. Trotz der Niederwerfung der Revolution in Sveaborg und Kronstadt herrscht im Generalstab der Marine noch gegenwärtig große Besorgnis, daß sich jene Ereignisse in Sewastopol wiederholen, wo es unter der Besatzung gärt.

Die Massenerschießungen zeigen, daß dem herrschenden Regimente das Wasser bis an die Gurgel gestiegen ist: Nach der Meuterei der Schwarzmeeerflotte hat die Reaktion zwar auch Blut in Strömen vergossen, aber gegen das Kronstädter Verfahren waren die damaligen Erschießungen doch reines Kinderspiel. Um wieviel mehr die Herrschenden heute um ihre Stellung zittern, um wie viel gefährlicher ihnen die Meutereien heute erscheinen, das zeigt dieses Wüten des Kronstädter Kriegsgerichts. Es soll ein Zeichen der Stärke sein und ist doch dem schärferen Blick ein Anzeichen steigender Angst... Ihre Verbündeten, die

„Schwarzen Hundert“

berichten sich indes auf neue Morde vor. Aus Moskau wird vom 5. August gemeldet:

Die Versammlung des allrussischen Verbandes beschloß, unverzüglich einen Plan zu einem gemeinsamen Vorgehen gegen die anarchistischen Gewalttaten auszuarbeiten.

Veider muß man zu den Verbündeten des Zaren auch die finnischen Behörden und die finnische Bourgeoisie rechnen. Es wird dem „Tag“ aus

Helsingfors

gemeldet:

Der Landtag hat sein Bedauern über die Teilnahme finnischer Mitbürger an den russischen Militäraktionen und den Helsingforser Straßkämpfen ausgesprochen und die Regierung zur Wiederherstellung der Ordnung durch Gewalt aufgefordert, wobei er zugleich die verfassungsgemäße Wiedererrichtung der finnländischen Armee in Anregung brachte.

Erfreulicherweise aber bestätigt sich nicht die Meldung von der Verhaftung des Führers der Roten Garde Coq.

Helsingfors, 6. August. Das Gerücht, der Führer der Roten Garde, Kapitän Coq sei verhaftet, bestätigt sich nicht. Wichtig ist nur, daß seine Papiere beschlagnahmt wurden. Nur der Führer der Anarchisten Luoto wurde verhaftet. Die wegen der Unruhen in Sveaborg eingeleitete Untersuchung hat ergeben, daß dieselben von den russischen Revolutionären vorbereitet und von der Roten Garde durchgeführt wurden.

Die Tragödie von Sveaborg.

Helsingfors, 2. August. (Fig. Ver.)

Nachdem die Festungsmannschaften von Sveaborg den 1. August von morgens 3 Uhr bis abends 8 Uhr ununterbrochen gekämpft und nachdem sie gerade von Schiffen, die ihnen Hilfe bringen sollten, sich beschossen sahen, ließen sie ihren Mut sinken und ergaben sich heute morgen — auf Gnade und Ungnade.

Die Festungsmannschaft verweigerte den 30. Juli den Gehorsam, tötete einige Offiziere, setzte andere gefangen, eroberte den größten Teil der Festung, die auf mehreren Inseln vor der Einfahrt in den Helsingforser Hafen gebaut ist. Ein Teil der Infanterie schloß sich den Revolutionären an, der größere Teil blieb der Regierung jedoch treu. Aus der Umgebung wurden frische Truppen hinzugezogen und so der Mut der Revolutionäre in etwa 60 Stunden gebrochen.

Die Flottenmannschaft war bis auf etwa 200 Mann entwannt und wurde in ihren Räumen festgehalten. Die 200 Mann meuterten und verließen die Kaserne, indem sie sich verkleideten.

Der Generalsireif, den die Arbeiterschaft den 31. Juli verkündete, erstreckte sich nur auf die größten Betriebe, während die kleinen arbeiteten. Die Straßenbahn wurde erst heute außer Betrieb gesetzt, was einen blutigen Zusammenstoß der Roten Garde mit der Bürgerwehr, hier Fleischhauergarde genannt, zur Folge hatte. Es gibt Tote und Verwundete. — Der Streik sollte heute strenger durchgeführt werden, aber man mußte gar nicht, daß die Kämpfenden sich bereits ergeben hatten!

Das traurige Ende der Revolution von Sveaborg wirkt sehr niederschlagend, und um so mehr, weil gerade in demselben Augenblick Nachrichten aus Reval, St. Petersburg, Kronstadt usw. eintreffen, welche, wenn sie paar Tage früher erfolgt wären, von ganz anderer Wirkung gewesen wären. Nun ist es hier zu Ende und die Raben, soll heißen, das Kriegsgericht ist vorjünglich bereits ernannt und hier angelangt! So werden auch hier wieder Gelder ihr Blut verspritzen müssen, ohne die Sonne der Freiheit erblickt zu haben!

Vor einigen Tagen entleibte sich in einem nahen Auroort ein gewisser Masimow, Offizier, der einer der traurigen Helden der estländischen Mordepeditionen war. Wir wollen hoffen, daß ihm noch andere folgen. Denn es ist besser, wenn sie sich selbst entleiben. Soffentlich wird das böse Gewissen auch dem Oberhenker Wesobrasow das Leben gekürzt haben. Er ist kürzlich in St. Petersburg verstorben. —

Genosse Michailitschenko †

Moskau, 5. August. („Tag“-Meldung.) In Kronstadt sind 300 Mädelsschüler des letzten Aufstandes vom Kriegsgericht zum Tode verurteilt und bereits hingerichtet worden. Unter ihnen befinden sich viele Zivilpersonen, darunter auch das ehemalige Mitglied der Reichsduma Michailitschenko, bei dem ein Plan der Festungswerke gefunden wurde.

Wie feinerzeit der Arbeiter Peter Alexejew — der erste russische Arbeiter, der vor einem politischen Gericht stand — seinen Richtern zurief: „Die kräftige Hand des russischen Arbeiters wird sich erheben und das Joch der Tyrannei in Stücke zertrümmern“, so war Michailitschenko der erste, der in der Duma kraftvoll die Interessen der Arbeiter vertrat. „Ich will hier nicht von unserem Programm reden“, sagte er während der Rede, „das ganze Land kennt es; ich will nur zwei Worte nennen, auf die das Volk ungeduldig wartet.“ Er kam vom Süden als Deputierter der Bergarbeiter, und trug in die theoretisierenden Reden der Duma den Pulsschlag des rauhen, bewegten Arbeiterlebens hinein. Er ging in die Duma, obgleich die Parteileitung sich für den Vorkott der Wahlen ausgesprochen hatte, denn hinter ihm standen Tausende unausgeklärter Arbeiter, die an die Duma noch glaubten, und er wollte hingehen und arbeiten und seinen Wählern zeigen, wie wenig Hoffnung man auf diese Duma setzen könne. Er war eine der fernsten Gestalten dieser an Volkstypen so reichen Duma, und wenn er sprach, wußten alle, daß Tausende und Abertausende Arbeiter seinen Worten lauschten, die nur einen kleinen Teil ihrer Forderungen ausdrückten. Er war kein Anhänger eines Pulsschlags. Einige Tage noch vor der Auflösung der Duma reiste er nach Schwabmüt, um die streikenden Bergarbeiter zur Demonstration zu mahnen und sie zu bitten, ihre Kräfte für den entscheidenden Kampf aufzusparen. Doch als er sah, daß die Regierung die Duma auseinanderjagte, als er sah, daß die Kadetten, statt in den Kampf zu gehen oder wenigstens ehrenvoll auf ihrem Posten zu sterben, sich mit einem papiernen Erlaß begnügten und für die Mandatanten zu zittern angingen, als er sah, wie es aufblühte in Sveaborg und Kronstadt, in Polen und in Kaukasus, da hielt es ihn nicht länger in der ruhigen Stadt und er ging in den Kampf, obgleich derselbe von Beginn an fast aussichtslos war.

Er starb auf seinem Posten. Als erster hat er sein Mandat voll und ganz zu Ende geführt. Das Volk sandte ihn hin, Land und Freiheit zu erlämpfen, und es war ihm nicht möglich, jetzt ruhig zu seinen Genossen zurückzukehren.

Die Fenskernechte der Regierung haben ihn und noch dreihundert tapferer „Aufsteher“ niedergemalt, doch diese Salve wird tausendfachen Widerhall finden im ganzen Lande und Michailitschenkos Kampfenossen nur noch mehr anfeuern, mit dem Regime des Schreckens ein Ende zu machen.

Sonst wird noch berichtet:

Die Ermordung Herzensteins.

Petersburg, 6. August. („Rf. Stg.“) Moskauer Verichten zufolge ergab eine Hansuchung im Lokale des Verbandes „Zum aktiven Kampfe mit der Revolution“ eine Menge kompromittierender Materials, aus dem hervorgeht, daß der Nord Herzensteins von Petersburger Patrioten ausgeführt worden ist, und daß die Moskauer „Schwarze Bande“ von dem Plane informiert war.

Petersburg, 6. August. Seitens der Regierung wird die Verston verbreitet, daß die Ermordung Herzensteins das Werk des jüdischen revolutionären Bundes sei. Herzenstein sei deshalb verhaftet gewesen, weil er zu den Liberalen neigte und zum orthodoxen Glauben übergetreten sei.

Die Militäraktion in Finnland.

Ein finnischer Parteigenosse gibt in Stockholm „Social-Demokraten“ einige interessante Mitteilungen über die revolutionäre Agitation, die unter den in Finnland stationierten russischen Truppen betrieben worden ist. Der Artikel ist vor den Ereignissen von Sveaborg und Helsingfors erschienen. Es heißt darin:

„Die russischen Truppen, die während des Massenstreiks wiederholt erklärten, daß sie nicht auf das Volk schießen wollten, zeigten eine freibeitliche Gesinnung, die einer Anzahl energischer junger finnischer Revolutionäre Hoffnung gab, sie für des Volkes Sache zu gewinnen. Unterhandlungen wurden mit den russischen Revolutionären angestellt und man begann mit einer Agitationsarbeit in kleinem Umfang. Binnen kurzer Zeit zeigte sich ein so staunenswert gutes Ergebnis, daß auf einem Kongress, der Anfang dieses Jahres in Finnland stattfand, die Leiter der Militäraktion in Russland auf Finnland aufmerksam wurden, das man bis dahin mehr als ein Land angesehen hatte, um das man sich nicht zu kümmern brauchte.“

Nun wurde es lebhaft in den Kasernen. Die Soldaten, die bisher kaum für etwas anderes zu haben waren, als stumpfsinnig hinter den düsteren Mauern dieser Gefängnisse zu sitzen und in ihrer Unwissenheit sich voll zu saufen, begannen nun, dank der intensiven Agitation, nach und nach an anderes zu denken. Die Kosaken und die Infanteristen, die die dümmsten und gleichgültigsten unter den Soldaten sind, wurden von jungen hübschen Mädchen bearbeitet; sie gingen abends mit ihnen in Cafés, wackten in ihnen den Widerwillen gegen die strenge Disziplin und brachten sie dazu, ihren Mißmut mit den bestehenden Verhältnissen kundzutun.

Was die Agitatoren und Propagandisten nicht vermochten, gelang diesen jungen Mädchen, von denen viele der russischen Aristokratie angehörten. Durch ihre freundlichen Worte gelang es, viele von diesen wilden Tieren zu zähmen, die in Russland selbst ohne Erbarmen pöbelhaft sogar Vater, Mutter und Geschwister niedergeschossen hatten. —

Man hatte den Soldaten eingeredet, daß, wenn es keine Revolutionäre gäbe, sie es viel besser haben würden und sich nicht so zu plagen brauchten. Als sie aber nun der guten Behandlung teilhaftig wurden und wenn sie einer dieser heldenmütigen jungen Mädchen zuhörten, die in flammenden Worten und doch in einer für ihre einfache Natur leicht verständlichen Sprache zu ihnen redete, da geschah es oft, daß sie in Tränen ausbrachen, indem sie der Schandtat gedachten, an denen sie mit beteiligt gewesen. Viele von denen, die früher ohne Räubern Befreier des Volkes niedergeschossen hatten, wurden die eifrigsten Anhänger. Abend für Abend kamen sie heimlich zusammen — bald bei irgend einem Revolutionär, bald in einem Cafe, bald in einem verlassenen Winkel der Kaserne.

Die Mannschaft der Flotte und die Artilleristen, die im allgemeinen dem häßlichen Proletariat angehören und die Intelligenz in der Armee bilden, waren am leichtesten zugänglich. Schon nach ein paar Zusammenkünften brannten sie von Eifer und wollten teilnehmen an der Agitationsarbeit. Sie gründeten geheime Zirkel, sie halfen bei der Druckarbeit, sie lieferten tüchtige Agitatoren. Binnen weniger Wochen hatte die Agitationsarbeit unter ihnen dermaßen gewirkt, daß man sich genötigt sah, ihren Uebereifer zu dämpfen.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. August.

Paß schlägt sich, Paß verträgt sich!

Die Stichwahl in Rinteln-Nosgeismar hat, wie das selbstverständlich war, mit dem Siege des Deutsch-Sozialen (d. h. des Antisemiten Liebermannscher Couleur) geendet. Der Kandidat dieser Richtung hat 9100 Stimmen er-

halten, also 3052 Stimmen mehr, als bei der Hauptwahl, während der sozialdemokratische Kandidat 4500 Stimmen erhielt, also 593 Stimmen mehr als bei der Hauptwahl.

Im ganzen sind bei der Stichwahl 590 Stimmen weniger abgegeben worden als bei der Hauptwahl. Damals erhielten der Deutschsoziale Herzog 6048, der nationalliberale Kandidat 1367, der freisinnige Kandidat 1043, der Reformers 1835 und der Sozialdemokrat 3907 Stimmen.

Von den bürgerlichen Parteien scheint also keine einzige für den Sozialdemokraten und gegen den Antisemiten gestimmt zu haben. Selbst die Wähler des „Reformers“ Selmerich, der sich im Eisenbahnlokal mit einem Vertreter der Liebermannschen Richtung ohrfeigte, und selbst die Freisinnigen, die ebenfalls im Wahlkampfe antisemitische Ohrfeigen einheimsten, müssen also für den Liebermannschen Kandidaten gestimmt haben, da die circa 600 sozialdemokratischen Stimmen wahrscheinlich nur sozialdemokratische Reserven darstellen. Die Ohrfeigen haben demnach keine Wirkung gehabt: Paß schlägt sich, Paß verträgt sich!

Triumphierend erklärt denn auch die nationalliberale „National-Stg.“:

„Der Zuwachs von rund 3000 Stimmen gegenüber der Hauptwahl legt sich aus sämtlichen nationalliberalen und einem großen Teile der freisinnigen wie der Stimmen des reformerischen Gegenkandidaten zusammen. Zwar haben einige Mitglieder des weiblichen Freisinn außerhalb des Wahlkreises den Verfall gefühlt, ihrer Sympathie für den Sozialdemokraten durch einen Aufbruch zu dessen Gunsten Ausdruck zu geben; aber die freisinnige Parteileitung des Wahlkreises selbst hat mit aller Entschiedenheit festgestellt, daß sie mit diesen Querkörpern nicht das mindeste zu tun haben will. Sie hat vielmehr ihren Wählern volle Freiheit gelassen, ihre Entscheidung nach eigenem Ermessen zu treffen. Dieser Standpunkt ist korrekt, wenn man der freisinnigen Volkspartei nicht zumuten will für einen Antisemiten direkte Wahlparole auszugeben. Verkehrt wäre jedenfalls — abgesehen von grundsätzlichen Bedenken schon aus parteipolitischen Rücksichten — die Parteinahme zugunsten des Sozialdemokraten gewesen. In diesem rein ländlichen Wahlkreise ist eine solche Parole ohnehin vergebliche Mühe und sie würde außerdem die freisinnige Volkspartei bei den übrigen Parteien in Mißkredit gebracht haben.“

So fanden sich denn trotz aller ausgeteilten und empfangenen Ohrfeigen alle bürgerlichen Parteien einmütig zusammen, um dem Antisemiten in den Reichstag zu verhelfen! —

Eine schweizerische Buchhausvorlage.

Aus Zürich wird uns geschrieben: Das verbündete Ausbentertum im Kanton Zürich schreut vor keiner Schandtat mehr zurück. Nun haben die städtischen Bourgeois und Schlotjunger mit den Dorfmatadoren in allen 11 Bezirken des Kantons zusammen durch ein Initiativkomitee ein Initiativbegehren zur Abänderung des Züricher Strafgesetzes ausgearbeitet, das nichts anderes als eine Buchhausvorlage zur Erwirkung des Koalitions- bezw. Streikrechts der Arbeiterschaft ist. Die nötigen 5000 Unterschriften werden natürlich schnell beisammen sein; vielleicht werden auch 20 000 und 30 000 aufgebracht, denn alles, was direkt oder indirekt von der Ausbeutung der Arbeiter lebt und schwelgt, ist einfach wütend darüber, daß sie sich organisieren, kürzere Arbeitszeit und höhere Löhne fordern und auch als Menschen leben wollen. Dieses „strahe Unterfangen“ wollen die Wiederwämmer für die Zukunft unmöglich machen und darum schlagen sie folgende Ergänzung des Strafgesetzes vor:

§ 79a. Wer öffentlich vor einer Versammlung oder in einem Verein, oder wer durch Verbreitung, öffentlichen Anschlag oder öffentliche Ausstellung von Schriften oder anderen Darstellungen zum Ungehorsam gegen Gesetze auffordert, wird mit Buße bis zu 500 Franken oder Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft. Ist ein Erfolg eingetreten, so muß Gefängnis verhängt werden.

§ 79b. Wer auf die vorbezeichnete Weise zur Begehung einer strafbaren Handlung auffordert, ist gleich dem Anstifter zu bestrafen, wenn die Aufforderung die strafbare Handlung oder einen strafbaren Versuch derselben zur Folge gehabt hat.

§ 80a. Arbeiter und Angestellte von Unternehmungen und Betrieben des Staates oder der Gemeinden, welche den Arbeitsvertrag vorsätzlich brechen und dadurch Gefahr für Leib und Leben von Personen oder für wertvolles öffentliches oder privates Eigentum herbeiführen, werden, auch wenn dadurch kein schwereres Vergehen begangen wurde, wegen Verletzung der Vertragstreue mit Gefängnis, in gelinden Fällen mit Buße bestraft, womit für Ausländer Verweisung bis zu fünf Jahren verbunden wird.

§ 87 (Abänderung). Wer in die Wohnung, den Geschäftsräum, Werkplatz eines anderen oder in die dazu gehörnde eingetriedete Umgebung widerrechtlich eindringt oder einschleicht, oder trotz der Aufforderung, sich zu entfernen, darin verweilt, oder wer an solchen Orten Gewalt an Personen oder Eigentum, ohne dazu berechtigt zu sein, ausübt, wird wegen Störung des Hausfriedens mit Gefängnis oder Buße bestraft.

§ 87a. Wenn sich eine Mehrzahl von Menschen zusammenrottet, mit der Absicht, Gewalttätigkeiten gegen Personen oder Sachen mit vereinten Kräften zu begehen, oder in Geschäftsräume, Werkplätze, Wohnungen oder das bestriedete Bestium anderer oder in abgeschlossene öffentliche Räume oder Gebäude einzubringen, so wird jeder Teilnehmer, wenn es bei der bloßen Absicht geblieben ist, mit Buße oder Gefängnis bis zu drei Monaten bestraft. Sind dabei gegen Personen oder Sachen Gewalttätigkeiten verübt worden, so ist jeder Teilnehmer mit Gefängnis nicht unter einem Monat zu bestrafen; die Mädelsschüler und diejenigen, welche nachweisbar eine Eigentumsverletzung, Körperverletzung oder ein anderes Vergehen verübt haben, sind in Konkurrenz mit diesem speziellen Vergehen zu bestrafen und zwar mit Gefängnis nicht unter drei Monaten.

§ 87b. Wer in einer dem öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung öffentlich oder in Versammlungen oder durch Publikation (Druckschriften, Anschläge, Zugschriften und dergleichen) zu Gewalttätigkeiten gegen einander anreizt, wird mit Buße bis zu 500 Fr. oder mit Gefängnis bis zu einem Jahre bestraft.

§ 154a. Wer rechtswidrig jemanden durch Anwendung von Zwang, Drohung oder Verleumdung zur Einstellung der Arbeit, zum Vertragsbruch oder zum Eintritt in Vereine oder Organisationen bestimmt oder zu bestimmen versucht, oder jemanden auf die vorgenannte Weise von der Arbeit oder vom Austritt von solchen Vereinigungen abhält oder abzuhalten versucht, wird mit Gefängnis bestraft.

§ 154b. Wer versucht, Arbeiter oder Arbeitgeber durch Zwang, Drohung oder Verleumdung von der Arbeit abzuhalten, abzumahnern oder zu füren, ihnen abzuhandeln, sie gegen ihren Willen begleitet oder sonst belästigt, wird wegen Verletzung der persönlichen Freiheit mit Buße oder Gefängnis bestraft. Derselben Vergehens macht sich schuldig, wer zu diesem Zwecke Geschäfts- und Arbeitslokalitäten, Bau- oder Werkplätze oder Wohnungen umstellt.

Wurden dabei Täuschlichkeiten verübt, so trifft die Täter und Mädelöfänger Gefängnis nicht unter zwei Monaten, insofern die Tat nicht zugleich unter eine schwerere Strafbestimmung fällt.

Das ist ruffisch — ganze Arbeit. Die Vorlage übertrifft fast noch die 1890 beschlossene deutsche Zuchthausvorlage, von der sie sich einzig dadurch unterscheidet, daß sie nicht direkt das Wort Zuchthaus enthält.

Die Vorlage bedeutet die Abschaffung des Koalitionsrechts, des Streikrechts, des Streikpostenstehens der Arbeiter, sie macht ganze Arbeit, sie ist das unerschöpfliche Produkt des wegen der Gefährdung seines Profits wütend gewordenen und zu allem fähigen bornierten schweizerischen Bourgeois. Was er da will, ist die Abschaffung der Menschenrechte für die Arbeiterklasse, ist die Proklamation der Revolution. Die Anstiftung aller Arbeiter und eine ungeahnte Stärkung der Arbeiterbewegung wird und muß die Folge sein.

Deutsches Reich.

Fälschung eines Aktenstückes.

Gegen den mehrfach genannten Legationsrat Hellwig war der Vorwurf erhoben worden, er habe ein amtliches Aktenstück zugunsten des Majors und damaligen Hauptmanns Fischer gefälscht. Demgegenüber war behauptet worden, Hellwig habe nur eine nicht zur Sache gehörige bissige Bemerkung des Sekretärs Hering ausgeprochen. Nimmere gibt das „Berl. Tagebl.“ folgende Darstellung des Falles:

Auf Grund einer vom Zahnmeisterspiranten Rabe niedergeschriebenen und von dem damaligen Hauptmann Fischer für den abweisenden Stabsarzt unter schriftlich vollzogenen Auskunfts des Oberkommandos der Schutztruppen wurden von der Kolonialabteilung die Gebühren eines Stabsarztes zweiter Klasse für den in die Schutztruppe eingetretenen Stabsarzt P. Fischer zur Zahlung angewiesen. Diese Zahlungsanweisung ist von vier Beamten, dem Geh. expedierenden Sekretär Hering, dem Hofrat Sagert, dem Geheimen Regierungsrat Liebig und dem Geheimen Legationsrat v. König unterschrieben, die alle zum Zwecke der Anfertigung beziehentlich Prüfung und Vollziehung dieser Anweisung die Auskunft des Oberkommandos der Schutztruppen benutzen mußten. Als sich einige Zeit darauf herausstellte, daß Fischer die Gebühren eines Stabsarztes erster Klasse zu zahlen und Hering eine berichtende Zahlungsborder anfertigen mußte, sah er zu seiner Verwunderung, daß die erwähnte Auskunft des Oberkommandos so lautete, daß von ihm und von den übrigen Beamten nicht, wie tatsächlich geschah, die Bezüge eines Stabsarztes zweiter Klasse, sondern die Bezüge eines Stabsarztes erster Klasse sofort hätten angewiesen werden müssen.

Bei näherer Prüfung der Auskunft des Oberkommandos entdeckte nun Hering — und hat er besonders feststellen lassen — daß die ursprünglich unrichtige Auskunft des Oberkommandos an den beiden entscheidenden Stellen durch sehr feine Rasuren und neue Angaben in die richtige umgewandelt worden war.

Schon um den Vorwurf zu vermeiden, daß er die erste unrichtige Rassenorder durch eigene Nachlässigkeit verschuldet habe, wies Hering im Konzept der neuen Order darauf hin, daß die altemäßig festgelegte Auskunft des Majors Fischers nachträglich durch Rasuren und Hineinsetzen anderer als der ursprünglichen Zahlen geändert worden sei. In einer Rücksprache hierüber mit dem damaligen Personalreferenten v. König beantragte Hering ausdrücklich eine Untersuchung, die sich nach Lage der Sache nur gegen den Hauptmann Fischer und den auf dessen Anweisung handelnden Zahnmeisterspiranten Rabe richten konnte. Hauptmann Fischer wurde daraufhin von Oberst Ohnesorg „zum verantwortlichen Bericht“ aufgefodert. Ueber alles dieses gibt das Konzept der zweiten Order Auskunft. Nimmere griff Hellwig als stellvertretender Direktor ein, indem er, wie die Urkunde beweist, zunächst Hering's amtlichen Hinweis auf die begangene Urkundenfälschung bis zur Unleserlichkeit durchstrich, dann das Durchstrichene noch überklebte und auf das aufgeklebte Papierstück schrieb: „Diese Sache geht nunmehr als erledigt zu den Akten. Referat 1 (das ist Herr v. König) zur gefälligen Kenntnis. gez. Hellwig.“ Unter die überklebte Stelle hatte Hellwig außerdem geschrieben: „Vorstehende, nachträglich überklebte Streichung ist von mir bewirkt worden. gez. Hellwig.“

Wenn sich die Sache so verhält, hat sich Hellwig zweifellos einer Urkundenfälschung zugunsten des Fischers schuldig gemacht.

Hellwig war seinerzeit, wie schon erwähnt, öffentlich Ankläger des Hänge-Peters, gegen den er mit aller gesetzlich gebotenen Strenge aufgetreten ist. Später sollen ihm dann seines gesetzmäßigen Vorgehens wegen die schwersten Vorwürfe gemacht worden sein, ja seine Pensionierung führt er selbst direkt auf die Mädelöfänger der Peters-Freunde zurück. Umso betrübender wäre es, wenn Hellwig nach den bösen Erfahrungen im Falle Peters selbst zum Fehler der Kolonialkorruption geworden wäre!

Neues aus Puttkamerun.

Der Zuschrift eines früheren Afrikaners an die „Berliner Morgenzeitung“ entnehmen wir folgende Stellen:

In Südamerica ist vom Gouverneur soviel wie nichts geleistet worden, doch ist er auch selten gekommen. Nicht einmal passierbare Wege sind vorhanden. Die Sümpfe und Roderlöcher, die man passieren muß, befinden sich ohne Brücken und ohne jeden Steg. Ich spreche keineswegs von dem Innern Kameruns, sondern lediglich von der Küste, wo man gangbare Straßen beziehungsweise Wege doch mindestens erwarten könnte. Wie oft kommt es vor, daß man sich, um nicht selbst ein unfreiwilliges Vot zu nehmen, über Gewässer oder Bäche tragen lassen muß, dazu sind die Wege verwachsen und durch umgefallene Baumstämme usw. versperrt. Dagegen ist der Weg von Vitoria nach Buea, dem Sitz des Gouverneurs, in ganz anderer Beschaffenheit; hier kann man sogar zweispännig fahren, wie ich es selbst beobachtet habe. Diese Straße ist eine Kunststraße, und ihre Herstellung hat Millionen gekostet. Dazu kommt, daß der Weg für die Zukunft gar keinen Wert hat; denn erstens soll der Sitz des Gouverneurs später nach Duala verlegt werden, und zweitens kommt Buea auch für den Handel nicht in Betracht, weil es oben am Kamerunberg (zirka 1200 Meter hoch) liegt und von hier aus Wege nach dem Innern nicht geleitet werden können. Was der Herr Gouverneur in Südamerica nicht gefördert resp. bewilligt hat, das hat er der Westafrikanischen Pflanzungsgesellschaft „Victoria“ Liebes und Gutes getan. Dieser Gesellschaft ist fast alles bewilligt worden. Während zum Beispiel in Kamerun das Gewehrverkaufverbot bestand, wurden von der W. A. P. G. solche in großen Mengen veräußert, weshalb, das wissen die Kaufleute in Südamerica, welche noch große Mengen von Gewehren auf Lager haben, auch heute noch nicht. Des weiteren ist es auch der Vorstand der Effer'schen Pflanzungen, Herr W. van de Boe, der auf Puttkamerun großen Einfluß hatte. Ueber die Mißstände im Bereiche der Effer'schen Gesellschaften, deren holländischer Leiter den Deutschen nicht sonderlich grün ist, ließ sich ein Extrakapitel schreiben.

Nachdem der Einsender dann weiter die traurige Lage der Angehörigen der W. A. P. G. und die noch bössartiger Behandlung der eingeborenen Arbeiter geschildert hat, fährt er fort:

„Die sprichwörtlich gewordene Trunksucht findet man ebenfalls nicht nur bei Puttkamer, sondern auch bei fast allen anderen Beamten der Kolonie. In der Hauptsache wird Sekt getrunken, und zwar in solchen Mengen, wie man es kaum glauben sollte. Die Folgen dieser Trinkerien sind Panz und Streit, Schlägereien, Mißhandlungen an Weib usw., von anderen Ausschreitungen ganz abgesehen. Ich hatte in der ersten Zeit meiner Tätigkeit viele Unannehmlichkeiten, weil ich mich an den unheimlichen Trinkerien nicht beteiligte, und ich habe es nur meiner Ausdauer zu verdanken, daß ich nicht gleich wieder die Heimfahrt antret.“

Nette Zustände!

Immer größere Panzerschiffe!

Die Konstruktion der neuen Schiffsgattungen unserer Flotte, der Panzerschiffe und Panzerkreuzer von erheblich vergrößertem Displacement, ist jetzt so weit gefördert, daß nähere Angaben möglich werden. Die Wasserverdrängung der Linienschiffe wird nicht nur 18 000 Tonnen, wie man bisher annahm, sondern gegen 19 000 Tonnen betragen. Die Schiffe werden daher an Displacement fast doppelt so groß werden wie die Panzer vom „Brandenburg“-Typ, die man noch in der ersten Hälfte der neunziger Jahre auf Stapel legte. Der Belagungsatz ist auf 800 Köpfe für jeden Panzer festgesetzt, das heißt 128 Mann mehr als bei den Linienschiffen der „Braunschweig“- und „Deutschland“-Klasse; an Offizieren werden sie 28, an Mannschaften 832 erfordern.

So weit die Meldung eines bürgerlichen Blattes. Interessant wäre es gewesen, zu erfahren, um welchen Betrag sich durch die Erhöhung des Displacements um weitere 1000 Tonnen die Baukosten usw. erhöhen! Sicherlich um diverse Millionen! Der bewilligte Flottenplan dürfte also bereits überschritten werden!

Der Bau immer kolossalerer Riesenpanzer ist um so undorsichtiger, als die französischen Unterseeboote den Wert der Panzerflotte höchst fraglich gemacht haben sollen! Es wäre gar nicht ausgeschlossen, daß nach ein paar Jahren diese 40 Millionen-Schiffe nur noch den Wert alten Eisens besäßen!

Ein militärischer Aufrührerprojek beschäftigte gestern das Kriegsgericht der I. Gardebivision in längerer Verhandlung. Unter der schweren Anschuldigung, sich gegen die Auftrugsparagrafen 106 und 107 des Militär-Strafgesetzbuches vergangen zu haben, erschienen die Luftschiffer Rebmann und Kieper vom Berliner Luftschiffer-Bataillon auf der Anklagebank. Die Vorgänge, die der Anlage zugrunde lagen, spielten sich am Abend des 18. Juli im Paradenlager des Exerzierplatzes bei Sadow ab. Rebmann hatte an dem fraglichen Tage Geburtstag gehabt und abends seinen Kameraden freibier spendiert. Als er dann abends gegen 11 Uhr auf der Stube beim Essen saß, trat der als Stubenältester kommandierte Gefreite Salomon herein und rief: „Wollt Ihr Schweinebunde gleich zu Bett gehen!“ R. erwiderte, er sei kein Schweinebunde und werde sich schlafen legen, sobald er gegessen habe. Es kam nun zwischen dem Luftschiffer und dem Gefreiten, der in seiner Eigenschaft als Stubenältester der Vorgesetzte des R. war, zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf sich der Angeklagte dazu hinreihen ließ, sich an dem Gefreiten zu vergreifen und ihm mehrere Schläge ins Gesicht zu versetzen. Daraus wurde die Lampe gelöscht und die Mannschaften legten sich zu Bett. Da es in der Stube noch unruhig war, befohl Salomon den Leuten, sich stille zu verhalten, damit er nicht wieder dem Wachmeister Meldung erstatten müsse. Dem Angeklagten R., einem Essfasser, rief er dann das Schimpfwort „Franzosenkopf“ zu, worauf der letztere antwortete: „Du verfl. . . . Kapitulant, Dir werden wir es schon ankreihen!“ R. ging dann mit seinem Vandsmann, dem Angeklagten Kieper, an das Bett des Gefreiten heran. Kieper hatte sich vom Regal die Reitpeitsche heruntergeholt. Während er nun mit der Peitsche auf den Stubenältesten einschlug, traktierte R. den Vorgesetzten derartig mit Faustschlägen, daß dessen Gesicht blau anschwoll und blutete. Als jetzt der Gefreite aufstand und das Zimmer verlassen wollte, um sich das Blut abzuwaschen und den Vorfall zur Meldung zu bringen, riesselte Kieper von innen die Tür zu. Bei ihrer Rückkunft nach Berlin wurden die beiden verhaftet und gestern hatten sie sich wegen militärischen Aufrührs vor dem Kriegsgericht zu verantworten. In dem Vorverfahren hatte Wachmeister Bedder freis gesprochen, daß er den Gefreiten Salomon als Stubenältesten und somit als Vorgesetzten und den Gefreiten Griesedid als stellvertretenden Stubenältesten mit der Einwilligung seines Vorgesetzten kommandierte habe. In der geführten Verhandlung änderte er jedoch seine Angaben dahin, daß für die eine Hälfte der geräumigen Mannschaftsstube, die durch einen breiten Gang in zwei Teile zerlegt war, Salomon, und für die andere Hälfte Griesedid als Stubenälteste galten. Da nun die beiden Angeklagten getrennt in den Stubenhälften schliefen, so kam der Gefreite Salomon nur für den einen derselben, den Luftschiffer Rebmann, als Vorgesetzter in Betracht und damit mußte die Verretung der Anklage die schwerwiegenden Auftrugsparagrafen fallen lassen. Der Staatsanwalt beantragte nach längerer Beweisführung gegen Rebmann wegen eines zweifachen tätlichen Angriffes gegen einen Vorgesetzten 1 1/2 Jahr und gegen Kieper wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung 2 Monate Gefängnis. Aber das Kriegsgericht erkannte gegen beide Angeklagte wegen gemeinschaftlicher Körperverletzung auf je drei Wochen Gefängnis. Bemerkenswert ist der Standpunkt, den der Gerichtshof in der Urteilsbegründung über das Vorgesetztenverhältnis zwischen dem Gefreiten Salomon und dem Angeklagten Rebmann einnimmt. Es heißt u. a. in der Begründung: „Tatsächlich war Salomon der Vorgesetzte Rebmanns. Er war ordnungsgemäß als solcher bestellt und es herrschte hierüber kein Zweifel. Das Kriegsgericht hat nicht verkannt, daß Salomon bei seinem ersten Befehl als Vorgesetzter galt. Später hat er sich aber offenbar gar nicht als Vorgesetzter gefühlt. Es ist in keiner Weise erwiesen, daß er seine Autorität als solcher geltend gemacht hat. Danach ist es natürlich, daß Rebmann nicht das Bewußtsein gehabt hat, daß er einem Vorgesetzten gegenüber stand.“

Im 10. sächsischen Reichstagswahlkreise beschäftigten sich am Sonntag, den 5. August, in einer sehr zahlreichen von den Genossen aus vielen Orten des Kreises besuchten Parteiversammlung, die in Döbeln stattfand, mit der Kandidatenfrage zu der durch den Tod des Genossen Grünberg notwendig gewordenen Nachwahl. In Vorschlag gebracht wurden die Genossen Karl Pinkau-Weipzig und Redakteur Hermann Fleißner-Dresden. Nach längerer, mit rühmendswerter Sachlichkeit geführter Debatte, wurde Genosse Pinkau mit 377 Stimmen zum Kandidaten gewählt. Auf Fleißner entfielen 74 Stimmen. Die Versammlung war von bester Kampfesstimmung besetzt.

Ausland.

Oesterreich.

Wels, 5. August. Bei einem Uebungsmanöver des hiesigen 84. Infanterie-Regiments wurden 20 Soldaten bei einer Temperatur von 41 Grad vom Hitzschlag getroffen, glücklicherweise keiner tödlich.

Schweiz.

In den Kämpfen in Zürich, schreibt uns unser dortiger Korrespondent, ist die schamlose Heze gegen unseren Genossen Emil Hauth zum Mittelpunkt geworden. Genosse Hauth ist ein Badener, war in seiner Heimath Volksschullehrer, ist seinerzeit infolge einer schuldigen Denunziation in die Schweiz geflüchtet und dadurch allerdings auch Militärstrafling geworden, obwohl das nicht seine Absicht war. Seit 13 Jahren lebt er nun in der Schweiz und zwar in Zürich, und da er christlos, als „toleranter Ausländer“. Er genehmt also das berühmte Schweizer-Appl, dessen man teilhaftig werden kann, indem man als Verdrähter eine Danksation von 8000 Fr., als Lediger eine solche von 150 Frank stellt, oder zwei Schweizerbürger als Würgen repräsentiert.

Unser Genosse Hauth hat das letztere getan. Jahrelang brachte er sich äußerst kümmerlich als Journalist durch, als der er für mehrere deutsche Parteiblätter schrieb. Seit sieben Jahren ist unser Genosse Hauth Redakteur am sozialdemokratischen Züricher „Volkrecht“, das er rasch auf die Höhe brachte, zum führenden Blatte in der schweizerischen Arbeiterbewegung machte, das heute gegen 8000 Abonnenten hat und zum lieben und unentbehrlichen alltäglichen Kameraden, zum sicheren geistigen Führer der Züricher Arbeiterschaft geworden ist. Jahrelang leitete er das Blatt gegen bescheidenen Gehalt allein, seit einigen Jahren hat er in der Person des Genossen Dr. Tobler, der ein Naturwissenschaftler ist, einen Redaktionskollegen. Durch seine scharfe und rückhaltlose Kritik an Mißständen aller Art auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens, durch seine mutige und offene Kritik an der immer frecher werdenden Reaktion, durch seinen Kampf gegen besonders perfide Gegner hat er sich natürlich in gegnerischen Kreisen ebenso viele Feinde als in den Arbeiterkreisen Freunde erworben.

Ein solcher Feind, der noch sehr jugendlich-grüne Journalist Richard Frei, hat nun seine Ausweisung von der Regierung verlangt. Dieser Frei ist ein Züricher wie einer der Berliner „Post“-Redakteure. Unwissend, verständnislos, ein frecher Streber, überschätzt er als Züricher Reporter eine ganze Anzahl Schweizerblätter mit den giftigsten und verlogensten Verleumdungen über die Züricher Arbeiterbewegung, womit er das Züricher „Volkrecht“ zur Abwehr und zum Angriff gegen ihn geradezu provoziert. Das aber gefäht dem politisch unreifen Menschen nicht, er möchte froh und frech verleunden und beschimpfen, aber er möchte nicht von den Angegriffenen dafür gepöbeln werden. Nun schreibt er zu der Regierung: „Samml' hiß!“ und weist diesen Hauth aus, weil er im „Volkrecht“ den Frei nach Gebühr behandelt hat. Das Vürschchen, das sich so kindisch-hässlich und weinerlich benimmt, stellt sich der Züricher Bevölkerung großartig als „Offizier der schweizerischen Armee“ vor, das zu werden bekanntlich in der Schweiz nicht schwer ist und das nur etwas Kleingeld vom Vater erfordert.

Der Frei soll für sein schmadvolles Ausweitungsbegheeren, durch das er das bekannte Demunziontenlied Hoffmann von Fallersleben auf sich antendbar gemacht hat, bereits 4000 Unterchriften aufgebracht haben, was in der gegenwärtigen Situation in Zürich, wo die Klassengegenstände und Klassenkämpfe eine noch nie erlangte Schärfe erreicht haben, nicht überraschend ist. Andererseits sind auch in Winterthur binnen wenigen Tagen 2900 Unterchriften von Arbeitern für eine Gegenpetition aufgebracht. Die Winterthurer Arbeiterunion hat außerdem noch eine Eingabe an die Regierung betreffend die Abweisung des Ausweitungsbegheeren gerichtet. Desgleichen der Vorstand des Züricher Preshvereins, dessen Mitglied unser Genosse ist und ferner persönlich der konservative Redakteur Jurkinder. Auch die „Neue Zür. Ztg.“ hat sich im Interesse der Preshfreiheit gegen die Ausweitung Hauth's erklärt, freilich nicht ohne verschiedene Anfälle auf denselben. Ein großer Teil der bürgerlichen Schweizerpresse verlangt ebenfalls die Abweisung des Freischen Ausweitungsbegheeren.

Aussallend ist die wiederholte Verschiebung des Entschlusses durch die Regierung. Nach der öffentlichen Erklärung Freis soll sein Vorgehen den geheimsten Wünschen der Regierung und des Züricher Stadtrates entsprechen, was wenigstens bezüglich der beiden Polizeivertreter in diesen Behörden durchaus glaubhaft erscheint. Der Regierungsrat Kägi, ein bornierter Agrarier und Reaktionsär, und der Stadtrat Dr. Welti sind echte Polizeiseelen, Puttkamerische Naturen, denen jeder tolle Streich gegen Sozialdemokraten und namentlich gegen ausländische zugutruhen ist. Auch die wiederholte Verschiebung erscheint echt puttkamerisch. Die Regierung wartet offenbar auf ein „Ereignis“ und seine Wirkungen auf die Stimmung der Bevölkerung, um für sich und den verbündeten Frei mit einem Schläge zwei Hasen an unserem Genossen ausüben zu können. Die Ausweisung würde aber bei der Arbeiterschaft Del ins Feuer gleiten und ihre Wirkung würden eine dauernde Verschärfung der Klassen- und Parteigenenstände sein. Dieser Folgen muß sich auch die Regierung bewußt sein und darum dürfte sie schließlich doch den verhängnisvollen Schritt unterlassen.

Das Bataillon 67 ist nun auch entlassen und Zürich wieder militärfrei. Aber das Streikpostenverbot der Regierung für den ganzen Kanton besteht fort und die Ausweitung jubeln darüber. Die Streikposten der Unternehmer, die Polizisten, dürfen natürlich ungeniert weiter ihre Funktionen ausüben. Eine neuerliche Anregung des gut bürgerlich-kapitalistischen Stadtpresidenten Bestalozzi in Zürich zur Beilegung des Mauerstreiks ist von den ruppigen Baumeistern abgelehnt worden. Sie behaupten in der Presse, 1200 Streikbrecher zu haben, womit der Streik beendet sei. Da vor dem Streik zirka 4000 Mauer- und Handlanger in Zürich beschäftigt waren, weiß man, was von der Phrase zu halten ist. Die „1200“ dürften sich in Wirklichkeit erheblich reduzieren. Die Wahrheitsliebe bestreifter Unternehmer ist bekannt.

Die Regierung hat nun schon dreimal den Entschluß in Sachen des gegen unseren Genossen Hauth gerichteten Ausweitungsbegheeren verziehen. Der „berühmte“ Eidgenössische Journalist Frei ist durch Veröffentlichung seines Bildes, auf dem er als Leutnant paradiert, verehrt worden und nun will er zum Danke dafür das „Volkrecht“ vor den Klavi schleppen. Er ist inzwischen auch an dem Preshverein ausgetreten, der immerhin noch verschiedene gleichwertige Mitglieder behält.

Obstruktion hat unsere Partei beschlossen für die sonntägige Urabstimmung in der Stadt Zürich gegen die Bewilligung eines Kredits von 410 000 Fr. für den Ausbau der Ueßbergstraße, womit den Herren Schügen eine Freude gemacht werden sollte. Wegen dem „inneren Feind“ ist auch den Arbeitern jedes Mittel recht.

Nach preussischem Muster.

Die Arbeiterunion Zürichs hatte beabsichtigt, am Sonntag, den 5. August, einen Demonstrationenzug durch die Straßen der Stadt zu veranstalten und hatte der Polizei zwei Tage vorher davon Mitteilung gemacht. Nicht etwa um Erlaubnis einzufordern, die nach Züricher Gesetz nicht nötig ist, sondern um Vorkehrungen zur Regelung des Verkehrs zu ermöglichen. Darauf hat die Regierung sich das Recht anmaßt, den Umzug zu verbieten und zwar nicht nur für den 5. August, sondern überhaupt für die nächste Zeit, weil „die politischen Leidenschaften erregt“ seien. Es ist das erste Mal, daß die Polizei dergleichen wagt. Da eine offene Rechtsverletzung vorliegt, hat das Verbot unter den Züricher Arbeitern gewaltige Aufregung verursacht.

Italien.

Für das Wahlrecht der Frauen.

Rom, 30. Juli. (Eig. Ber.) Das Appellationsgericht von Ancona, bei dem von ausländiger Seite Berufung eingelegt worden war, gegen die Eintragung von Frauen in die politischen Wählerlisten, hat zugunsten dieser Eintragung entschieden. Zehn Frauen der Provinz hatten unter Vorlegung der vom Gesetze geforderten Requisitionen bei der Provinzialkommission die Eintragung beantragt und erhalten. Das Appellationsgericht hat diese nun bestätigt und in seinem Entschlusse begründet. Es heißt darin, daß die Frage nur vom rein juristischen Standpunkt erwogen und entschieden werden dürfe. Der Artikel 24 der Verfassung spreche von der Gleichheit aller politischen Rechte der „Staatsangehörigen des Königreichs“ (regnicoli) und enthalte kein Wort von der Ausschließung der Frauen. Was aber nicht ausdrücklich gesagt sei, dürfe man nicht in ein Gesetz hinein interpretieren. Alle politischen Grundrechte — persönliche Freiheit, Preshfreiheit, Versammlungs- und Vereinsrecht — sind beiden Geschlechtern gemein. Wenn die Verfassung für das politische Wahlrecht eine Ausnahme machen wollte, so mußte dies ausdrücklich gesagt werden, wie dies im Gesetz über das kommunale Wahlrecht geschieht. Gesetze seien in der Weise zu interpretieren, die dem Geiste der Zeit am besten entspricht; im Zweifelsfalle

Bei die freisinnigste Interpretation am Plage. Auch sei das Wahlrecht als ein natürliches Recht jedes Menschen anzusehen. — Wahrscheinlich wird der Kassationshof diesen Entscheid aufheben. Trotzdem komme ihm und noch mehr seiner Begründung große Bedeutung zu. Bis die dritte Instanz entschieden hat, können die 10 in die Wahllisten eingetragenen Frauen ihr Wahlrecht ausüben. —

Bulgarien.

Gegen die Griechen.

Eine am 5. August in Sofia abgehaltene Riesenversammlung von 20000 Personen forderte Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Griechenland, wenn die Einfälle der griechischen Vandalen nicht aufhören, Entlassung aller Griechen aus dem Staats- oder Kommunaldienste und aus der Armee sowie Ausweisung aller griechischen Priester und Lehrer, Hebermittlung einer Note an die Großmächte, in der Bulgarien die Verantwortung für die Folgen der griechischen Untriebe ablehnt, und schließlich die Vorforderung des griechischen Handels durch die bulgarische Bevölkerung.

Nachher kam es an einer Stelle zu einem Zusammenstoß der Volksmassen mit Militär, wobei drei Zivilpersonen durch Säbelhiebe und ein Gendarm durch einen Steinwurf leicht verletzt wurden.

Gewalttätiger ist es in Stauimaka hergegangen. Von den Griechen wurden mehrere Schiffe auf die Demonstranten abgefeuert, worauf die Volksmenge zwei griechische Kirchen und zwei Schulen zerstörte und zahlreiche griechische Kaufläden zerstörte. Das ausgerückte Militär gab auf die Menge Schüsse ab, konnte aber der Situation nicht Herr werden. Weitere Details fehlen. —

Amerika.

Eine neue Attentatsgeschichte.

New York, 5. August. Die Polizei von Hoboken entdeckte in der Wasserrinne einer Straße einen Sack, der mit Dynamitbomben gefüllt war. Als ein Italiener nach dem Sack suchte, wurde er verhaftet. In seiner Tasche wurde ein Dampferbillet nach Neapel gefunden. Er erklärte, Tamara zu heißen und nicht gewußt zu haben, daß sich in dem Sack Dynamit befunden hätte. Seine Freunde hätten sich wahrscheinlich einen schlechten Spaß mit ihm gemacht. Später gab er zu, daß Dynamit sei für einen Professor in Neapel bestimmt gewesen. Man vermutet, daß der Verhaftete ein Attentat auf den König von Neapel geplant habe. —

Gewerkschaftliches.

Christlicher Schwindel.

Eine Schauer Geschichte über „sozialdemokratische Arbeiterführer“ wurde am Sonnabend vor dem Schöffengericht in Nürnberg als Schwindel erwiesen. Nach dem 1. Mai d. J. ging durch die gesamte bürgerliche Presse von Straßburg bis Königsberg und von Schlesien bis ins Rheinland die Schauer Mär, die sozialdemokratischen Arbeiterführer hätten die Arbeiter der Schudertwerke in Nürnberg durch Anwendung von Lügen ins Unglück gestürzt; die Direktion der Schudertwerke habe durch Anschlag bekannt gegeben, wer am 1. Mai feiere, sei entlassen und könne erst am 3. Mai nach Wahl wieder eingestellt werden unter Verlust der durch die bisherigen Dienstjahre erworbenen Rechte. Da seien nun — nach der Schauer Mär — am Vorabend der Maifeier die sozialdemokratischen Führer in den Fabriksälen herumgelaufen und hätten erklärt, die Direktion habe alles zurückgenommen und den 1. Mai freigegeben. Auf dieses hin seien die Arbeiter am 1. Mai der Fabrik fern geblieben und am andern Tag hätten sie sehen müssen, daß sie von den Führern betrogen worden seien: es wurden alle Feiernden entlassen. Natürlich wurde in der gesamten bürgerlichen Presse an den „sozialdemokratischen Führern“ kein Haar mehr ganz gelassen.

Nun gelang es den zwei „sozialdemokratischen Führern“ Kösting und Holzinger, Vertrauensleute des Deutschen Metallarbeiterverbandes bei Schudert, den Verbreiter dieser Schauer Mär in der Person des christlichen Vorarbeiters Ludwig Gerl bei Schudert ausfindig zu machen und ihn zur Verantwortung zu ziehen, da die Verbreitung dieser Verleumdung nicht nur geeignet war, die zwei Personen um ihre Existenz zu bringen, sondern sie in der Achtung der Mitarbeiter und der Mitglieder des Metallarbeiterverbandes, deren Vertrauensmänner sie sind, herabzusetzen.

Bei Gericht stellte es sich nun heraus, daß diese zwei Führer, die zugleich Mitglieder des Arbeiterausschusses der Schudertwerke waren, sich bei ihren Bekannmachungen streng an die Wahrheit gehalten haben, ja es wurde durch beidige Zeugen und durch im Original vorliegende Handzettel bewiesen, daß die zwei Vertrauensleute sogar ganz ausdrücklich auf die Folgen der Arbeitsruhe am 1. Mai hingewiesen und daß sie jedem Arbeiter ans Herz gelegt hatten, sich ihren Entschluß wegen der Maifeier vorher reichlich zu überlegen. Kurzum — die ganze Schauer Geschichte stellte sich als vollständig erfunden und erlogen heraus.

Nun meinte der den Vorsitz führende Amtsrichter zu dem beklagten Christenmenschen: „Herr Gerl, wenn Sie ehrlich sein wollen, dann müssen Sie jetzt zugeben, daß Ihre Vorwürfe gegen die beiden Kläger auch nicht im entferntesten der Wahrheit entsprechen!“ Der Angeklagte war dann auch „ehrlich“ und gab eine Erklärung ab, daß er sich auf Grund der Beweisaufnahme überzeugt hat, daß seine Behauptung, die Führer hätten wesentlich falsche Angaben gemacht, um die Schudertischen Arbeiter für die Maifeier zu gewinnen, völlig grundlos ist und daß er die Vorwürfe mit dem Ausdruck des größten Bedauerns zurücknimmt und sämtliche Kosten, auch die der beiden Kläger, trägt. Ferner wird die Erklärung in der „Frankischen Tagespost“, in der katholischen „Nürnbergischen Volkszeitung“ und in der christlichen Metallarbeiterzeitung auf Kosten des Angeklagten veröffentlicht. Auf die Veröffentlichung in der Zeitung des Metallarbeiterverbandes haben die Kläger schließlich loyalerweise verzichtet.

So endete diese Schwindelgeschichte von den sozialdemokratischen Führern, die die Arbeiter verheßen und durch Lüge und Trug ins Unglück stürzen. Wird nun die bürgerliche Presse ihren Lesern mitteilen, daß ihre Schauer Geschichte damals ein aufgelegtes Schwindel war? Wie glauben nicht, denn ihre Aufgabe ist ja, die Arbeiterbewegung und ihre Führer täglich in gemeinster Weise zu verleumden. Die indifferenten Arbeiter aber sehen wieder, was sie von all den Schauer Geschichten über die Sozialdemokratie und die Arbeiterbewegung zu halten haben!

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter! Die bei der Firma Rotwint, Marienstraße 12, Kunst-, Bau- und Luxusglaserie, beschäftigten Metallarbeiter befinden sich seit einigen Wochen im Streik. Die Firma sucht unter der Adresse des Werkführers Schuster, Franzstr. 17, Arbeitswillige anzunehmen. Die von Herrn Schuster engagierten Metallarbeiter sollen Streikbrecherdienste bei obiger Firma leisten.

Zugang ist strengstens fernzuhalten.
Ordnungsverwaltung Berlin des deutschen Metallarbeiterverbandes.

Eine Bewegung der Telegraphenarbeiter.

Am Sonntag fand in den Fortuna-Sälen eine von circa vierhundert Telegraphenarbeitern besuchte Versammlung statt, welche sich mit der Ausbesserung der Lage dieser Staatsarbeiter beschäftigten sollte. Der Einberufer machte zu Beginn der Versammlung bekannt, daß dieselbe

nicht als solche, sondern als „zwanglose Zusammenkunft“ anzusehen sei. Sein vorgelegter Postinspektor, der von diesem Vorhaben Wind bekommen hatte, sagte ihm, daß die Oberpostdirektion gegen eine harmlose Aussprache nichts einzuwenden habe, dagegen sich gegen eine öffentliche Versammlung ernst zu verhalten würde. Infolgedessen wurde auch ein Verdictat über den „Vorwärts“ nicht zugelassen. Der Verlauf der Versammlung stand von dem der sonst von Arbeitern veranstalteten wesentlich ab, da sowohl der Einberufer, der fortwährend sein Vertrauen zur Behörde betonte, als auch die Hauptredner über ihre Wünsche und den Weg zu deren Erreichung nicht im klaren waren. Es wurde an zwei Stunden debattiert, ehe man darauf kam, eine feste Tagesordnung aufzustellen. Auch bei der Diskussion dieser Vorwürfe man sich meist weitab von der Sache. Aus den vorgebrachten Klagen wollen wir nachstehende zwei Fälle berichten: In einem Betriebe hatten die Arbeiter vor Jahresfrist ein Gesuch um Ausbesserung ihrer Löhne eingereicht, um dieses mit allen Unterschriften der dort Beschäftigten dem Amtsvorsteher zur Weiterbeförderung an das Reichspostamt zu übergeben. Der Herr Amtsvorsteher sagte der Kommission, die mit ihm verhandelte, daß er sich ihrer wegen keine Karriere nicht verderben wolle; sollten die Arbeiter jedoch auf Weiterbeförderung bestehen, so hätten sie ihre Entlassung zu gewärtigen! Von einem im Amt Charlottenburg beschäftigten Arbeiter wurde vorgebracht, daß ein dortiger Ausheber ihm genehmen Leuten Gehälter zuwandte, während andere Leute leer ausgingen, obgleich auch ihnen ein Recht darauf zuzukommen. Aus der Mitte der Versammlung wurde der Vorsitzende darauf aufmerksam gemacht, daß sich ein Vorgesetzter im Saale befände. Aufgefordert, sich der Versammlung vorzustellen und seine Anwesenheit zu rechtfertigen, hielt es der Herr für gut, sich nicht zu melden. Erst als die Versammelten unruhig wurden und einer seiner Untergebenen sich für ihn verbürgte, trat er vor und ließ durch den Einberufer erklären, daß er der Bewegung seine Teilnahme entgegenbringe. Der Vorsitzende schlug dann selbst ein Vertrauensvotum für den Herrn vor und hat für das entgegengebrachte Mißtrauen um Verzeihung. Zum Schluß wurde eine Kommission von drei Mann gewählt, die der Oberpostdirektion folgende Wünsche unterbreiten soll:

1. Erhöhung des Lohnes um 50 Pf. pro Tag für alle Lohnstufen.
2. Fortfall der Zehrgelder; dafür Fahr- und Kilometergelder bei Befähigung außerhalb der Reichsbildgrenze.
3. Bezahlung der Festtage.
4. Kostenlose ärztliche Untersuchung bei Neueinstellungen. Arbeiter, die über 1 Jahr tätig sind, gelten als gesund.
5. Ein Sommerurlaub schon nach dreijähriger Tätigkeit.

Der Bescheid auf dieses Gesuch soll am Sonntag, den 12., in einer neuen Versammlung bekannt gegeben werden.

Man darf gespannt sein, wie die Antwort der Oberpostdirektion ausfallen wird. Das kann den Telegraphen-Arbeitern schon heute gesagt werden, daß sie durch noch so oft wiederholte Loyalitätsbekundungen nichts erreichen werden. Ihre Vorgesetzten wollen sich — wie der eine ja ganz offen bekundete — durch Verwirrung der Arbeiterforderungen die Karriere nicht verderben lassen. Da hilft nur männliches, selbstbewußtes Auftreten und Stärkung der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen des Profetarbeiter, auch durch Beitritt der Staatsarbeiter.

Die Kohlenarbeiter und Kutscher Berlins, welche eine Sektion des Handels- und Transportarbeiterverbandes bilden, waren am Sonntag im Gewerkschaftshaus zahlreich versammelt, um den Bericht der Lohnkommission über einen den Unternehmern zur Annahme vorzulegenden Lohnaufschwung entgegen zu nehmen. Der Berichterstatter, A. Werner, schilderte in kurzen Zügen die bestehenden Lohn- und Arbeitsverhältnisse und wies darauf hin, daß bis dato die Arbeitszeit bei den weitaus meisten Firmen 11 Stunden täglich dauert, wofür die Arbeiter einen Lohn von 4 M. erhalten. Eine Anzahl Firmen hat dagegen die zehnstündige Arbeitszeit unter Bezahlung desselben Lohnes eingeführt. Ueberstunden werden mit 40 Pf., und die Sonntagarbeit ebenfalls mit 40 Pf., teilweise aber auch mit 45 und 50 Pf. bezahlt. Die Kutscher, welche heute noch eine unbegrenzte Arbeitszeit haben, erhalten zurzeit einen Wochenlohn von 26—27 M., sowie freie Lieferung von Feuerung. Sämtliche Extrabehaltungen erhalten dieselben nicht. Redner erläuterte dann eingehend die neuzeitlichen Forderungen, welche von den Versammelten einstimmig angenommen werden.

An Lohn wird gefordert für Arbeiter 50 Pf. pro Stunde, für Kutscher ein Wochenlohn von 33 M. Außerdem ist für eine Reihe von Arbeiten wie Be- und Entladen, Abtragen usw. ein Akkordtarif aufgestellt. Für Arbeiter wird gefordert eine Arbeitszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, inklusive einer halbstündigen Frühstückspause, einer einständigen Mittags- und einer halbstündigen Vesperpause. Sonntagsarbeit soll möglichst vermieden werden. Falls in dringenden Fällen in der Zeit von 7 bis 10 Uhr vormittags gearbeitet werden muß, ist hierfür eine Vergütung von 60 Pf. pro Stunde zu gewähren. Für Kutscher wird gefordert eine Arbeitszeit von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, mit einer halbstündigen Frühstückspause, einer einständigen Mittags- und einer halbstündigen Vesperpause. Die Arbeit soll möglichst so eingeteilt werden, daß die Kutscher um 8 Uhr abends mit ihrem Fuhrwerk auf dem Platz sind. Falls ein Kutscher noch nach 6 Uhr abends eine Fahrt machen muß, so erhält er hierfür eine Extravergrütung von 50 Pf. pro Stunde. Zur Einnahme von Nacharbeiten sind den Arbeitern auf den Plätzen heizbare Räume, sowie verschließbare Spinden zur Aufbewahrung der Kleidungsstücke zur Verfügung zu stellen. Ferner wird gefordert: Beschaffung von Waschlagen, sowie Lieferung der dazu notwendigen Handtücher und Seife. Beschaffung von Bedürfnisanstalten (Klosetts) auf allen Plätzen. Der Vertrag soll Gültigkeit haben vom 16. August 1906 bis zum 15. August 1907 und gilt derselbe auf ein weiteres Jahr verlängert, wenn er nicht 4 Wochen vor Ablauf von einer Partei gekündigt wird.

Die Lohnkommission wurde beauftragt, die Forderungen noch am Montag dem Vorstand des Verbandes der Berliner Kohlen- und Kutscherhändler zu übermitteln, mit dem Ersuchen, einen Bescheid bis zum Donnerstag an den Obmann der Kommission gelangen zu lassen. Es soll dann zum Sonntag eine weitere Versammlung anberaumt werden, in welcher die Kommission über den Verlauf der Dinge Bericht zu erstatten hat und in der eventuell über die weiter zu treffenden Maßnahmen zwecks Erreichung der Forderungen beraten und beschlossen werden soll.

Die „Freie Vereinigung der Metallarbeiter“ (Lokalorganisation) legt Wert darauf, daß wir einen Bericht in unserer Sonntagstageszeitung über die Vertrauensmännerversammlung, die sich mit der Aufnahme des „Neuen Metallarbeiterverbandes“ (der Wiefenthal-Gründung) in die „Freie Vereinigung“ befaßte. Es handelte sich nicht um eine gemeinsame Konferenz beider Organisationen, sondern lediglich um eine Stellungnahme der Vertrauensleute der „Freien Vereinigung“.

Vom Genossen Danke erhalten wir gegenüber der Erklärung des Genossen Klar in Nr. 178 eine Zuschrift, in welcher Danke an seiner Auffassung festhält. Er schreibt: Während ich den Vertrag Say für Say einer kritischen Beleuchtung unterzog, war die Versammlung ruhig. Nicht durch mich ist der Tumult verursacht, sondern durch die Handhabung der Geschäftsordnung sowie das Auftreten der Gegner, welche gegen meine Ausführungen polemisierten. Eine unrichtige Darstellung ist es, wenn Klar behauptet, daß ich bei Verlesung des Sayes, welcher in Nr. 31 vom 28. Juli in der „Vorkämpfer-Zeitung“ abgedruckt und in dem Tarifvertrag enthalten ist, die Worte, „die Organisationsleiter hätten einen Vorschlag des Vertrages den Mitgliedern gegenüber unterzogen, um die Zustimmung zum Vertrag zu erlangen“, gebraucht hätte. Wahr ist, daß ich der Versammlung empfahl, falls dieselbe von den Funktionären totgeredet werden sollte, lieber einen Antrag auf Schluß der Debatte zu stellen, als von der leeren Versammlung Beschlüsse fassen zu lassen.“

Deutsches Reich.

Der Ausstand der Transportarbeiter in Jena hat ein schnelles Ende gefunden. Am Sonnabend wurde beschlossen, denselben aufzuheben, da die Fortsetzung aussichtslos sei. Den maßgebenden Unternehmern war es gelungen, obwohl der Zug von auswärts ferngehalten wurde, genügend Arbeitswillige vor ihre Interessen zu spannen. Die kleineren Unternehmer bewilligten den geforderten Wochenlohn von 22 M. Die Organisation wird ihre Kräfte verdoppeln, um bei nächster Gelegenheit erfolgreicher vorzugehen.

Die Bauarbeiterausperrung, die das Kölner Unternehmen Merx von einiger Zeit androht hat, ist nun bis zu einem Beschlusse gediehen. Um die organisierten Glaser, Dachdecker und Kanalmaurer zur Aufnahme der Arbeit zu zwingen, haben die Unternehmer sich nicht mit Gesamtausperrungen in den betreffenden Gewerben begnügt, sondern es sollen nunmehr auch sämtliche Maurer und Bauhilfsarbeiter ausgesperrt werden. Die freie Innung beschloß am fünfzigsten Sonnabend eine Gesamtausperrung der Bauarbeiter vorzunehmen, wenn bis dahin nicht alle in Frage kommenden Berufe die Arbeit wieder aufgenommen haben oder zwischen den beteiligten Arbeitgeber und Arbeitern eine Vereinbarung zustande gekommen ist. Jedoch beschloß die Innungsvorstellung gleichzeitig, auf den 7. August eine Zusammenkunft von Vertretern der Unternehmer und der organisierten Arbeiter zusammenzubringen, um dahin zu wirken, daß eine allgemeine Ausperrung mit Rücksicht auf die schweren Folgen vermieden wird.“

Der Metallarbeiterstreik in der Automobilfabrik von Arbenz u. Cie. in Albstrieden bei Jülich hat infolgedessen eine überaus interessante Wendung erfahren, als eine neue Konkurrenzfirma in Jülich 44 Streikende einstellte, so daß deren nur noch 3 im Streik verharren. Diese Begnähme seiner tüchtigsten Arbeiter ist für den prologischen Arbenz der schwerste Schlag. Er mag nun mit seinen circa 50 Streikbrechern — Handlanger, Bäcker, Metzger usw. — die er mit dem Automobil und in militärischer Begleitung täglich spazieren fährt, weiter wurseln, er mag ihnen auch die höchsten Löhne bezahlen, neue Automobile aber kann er mit ihnen nicht fabrizieren. Durch die Einstellung der Streikenden seitens der Konkurrenzfirma sind auch die schwarzen Listen des Schweizerischen Maschinenindustriellen-Verbandes gegenstandslos geworden, nach denen sie erst nach Ablauf von zwei Jahren wieder von einer Verbandsfirma hätten eingestellt werden dürfen. Schließlich wird der Arbenz doch noch mit dem Metallarbeiterverband Frieden schließen müssen, damit die Sperre über seine Fabrik wieder aufgehoben wird und er tüchtige Arbeiter erhalten kann.

Ausland.

Ein erfolgreicher Streik holländischer Landarbeiter. Der Streik der Landarbeiter in Nedan hat nach 14tägiger Dauer mit vollem Erfolg geendet. Es wurde ein Uebereinkommen zwischen der Landarbeiterorganisation und dem Bauernbund getroffen, das eine wesentliche Erhöhung der Löhne und eine den Forderungen der Streikenden entsprechende Regelung der übrigen Arbeitsbedingungen enthält. Die Bauern, unter ihnen ein Millionär, hatten alles aufgegeben, um den Streik zu unterdrücken. Sie hatten sich bei Konditionalanträge verpflichtet, auf keinen Fall nachzugeben; sie schidten den Rektor der Agrarischen Schule zu den Religionsgenossen unter den Streikenden, um sie zu veranlassen, aus der „gottlosen“ Organisation auszutreten, aber es gelang ihnen auch dadurch nicht, Zersplitterung in die Reihen der Streikenden zu tragen; sie sandten einen Streikbrecheragenten aus, aber die 20 Leute, die er ermittelte, reisten, nachdem sie vom Streik unterrichtet waren, sofort wieder ab und der Bauernbund mußte beim Abschluß des Uebereinkommens der Landarbeiterorganisation sogar noch die für die Rückförderung ausgelegten 42 Gulden ersetzen.

Handelte es sich bei diesem Streik auch nur um 180 Erntearbeiter, so ist er doch eine außerordentlich wichtige Erscheinung in der holländischen Gewerkschaftsbewegung. Das Beispiel, das diese tapferen Landproletarier gegeben haben, wird jedenfalls ihre Leidensgenossen in anderen Teilen des Landes zur Nachahmung anfeuern.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ausland in Pulverfabriken.

Petersburg, 6. August. (B. T. V.) In den staatlichen Pulverfabriken in Ocha, einer Vorstadt von Petersburg, ist ein Ausstand ausgebrochen und etwa 16000 Mann haben die Arbeit niedergelegt. Die Ausständigen hielten einen nach Irinonska bestimmten Zug in der Nähe der Station Njelska an und zwangen ihn, nach Petersburg zurückzufahren. Truppen, die in Njelska eintrafen, feuerten zwei Salven ab und zerstörten die Menge, ohne jemand zu töten oder zu verletzen. Mit der Bahn sind Truppen abgeschickt worden und die Verwaltung glaubt, den Verkehr gegen Abend wieder aufnehmen zu können.

Moskau, 6. August. (B. T. V.) Der Ausstand breitet sich aus; die Ausständigen stellen die Arbeit ein, ohne irgend welche Forderungen den Arbeitgebern zu unterbreiten. In den größten Fabriken, wie in denjenigen von Zindel und Prochoroff, wird gearbeitet. Der Ausstand in den Druckereien wird ein allgemeiner; die Zeitungen werden morgen nicht erscheinen. In einigen Stadtteilen ruht der Betrieb der Straßenbahnen seit 6 Uhr abends. In der Stadt herrscht Ruhe. Die Eisenbahnen verkehren wie sonst. Man erwartet sonst keine Komplikationen.

Ein Sympathiestreik.

Moskau, 6. August. (B. T. V.) Heute sind sämtliche Hafensarbeiter in den Ausstand getreten. Sie stellen keinerlei Forderungen. Der Zweck des Ausstandes ist ausschließlich die Unterstützung der Schiffmannschaften.

Angriffe der Tataren auf russische Truppen.

Tiflis, 6. August. (B. T. V.) Nach einem Telegramm des Distriktschefs in Sangezur an den General Goloschiloff haben Tataren in der vergangenen Nacht die russischen Truppen regelrecht angegriffen. Der Kampf dauerte bis gegen 3 Uhr nachmittags. Die Tataren, deren Zahl sich auf über 2000 belief, nahmen sehr günstige Stellungen ein. Ihre Verluste sind unbekannt. Nach längerem Bombardement hielten sie eine weiße Fahne und baten den Distriktschef, in ihr Lager zu kommen; dieser erhielt die Nachricht, daß die Tataren für die Nacht einen Angriff vorbereiten, und wechselte in der Dunkelheit seine Stellungen. Die umliegenden Ortschaften sind von Tataren besetzt, die Unterstützungen erwarten. Die Verbindungen im Distrikt Sangezur sind unterbrochen. Die Bevölkerung nimmt eine feindliche Haltung ein.

Heber den Untergang des „Sirio“

wird noch gemeldet:
Genoa, 6. August. (B. T. V.) Die Aufregung über den Untergang des „Sirio“ ist hier groß. Die Mehrzahl der Matrosen war aus Genoa gebürtig. Seit heute morgen belagern die Hinterbliebenen der Mannschaft die Bureaus der Allgemeinen Italienischen Schiffsahrtsgesellschaft, der der Dampfer gehört. Truppen mußten einschreiten, um die Ordnung aufrechtzuerhalten. Die Menge beschuldigt die Gesellschaft, die Wahrheit zu verschweigen.

Die Wahlen der Arbeitervertreter zum Reichsversicherungsamt

für die künftige fünfjährige Wahlperiode, die am 1. Januar 1907 beginnt, sind vom Reichsversicherungsamt gegenwärtig ausgeschrieben und ist der Endtermin für die Wahl auf den 15. September cr. festgesetzt.

Als Vertreter der Arbeiter sind für die Industrie, im Bergbau, im Eisenbahnbetrieb und das Baugewerbe 2 nichtständige Mitglieder und für jedes nichtständige Mitglied 36 Stellvertreter zu wählen. Für die Land- und Forstwirtschaft sind gleichfalls 2 nichtständige Mitglieder und für jedes nichtständige Mitglied 24 Stellvertreter zu wählen.

Die Wahlen erfolgen einheitlich für ganz Deutschland von den Besitzern der Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung; für die benannten drei Berufsgruppen gesondert.

Die Vorbereitungen zur einheitlichen Vornahme der Wahlen sind von dem Zentral-Arbeitersekretariat in Berlin, der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands und der Zentrale für das deutsche Krankenkassenwesen gemeinsam getroffen.

Es ist den Gewerkschaftskartellen und Arbeitersekretariaten am Sibe der einzelnen Landesversicherungsanstalten der Auftrag zuteil geworden, die nötigen Vorbereitungen zu treffen für die Aufstellung geeigneter Kandidaten. Die von diesen Korporationen vorgeschlagenen Kandidaten sind auf einer gemeinsamen Liste den Schiedsgerichtsbeisitzern zur Wahl empfohlen.

Von den vorgeschlagenen Kandidaten haben viele schon seit Jahren als Beisitzer im Reichsversicherungsamt mitgewirkt und sich als sachkundige Vertreter bewährt. Die neuen Vorschläge, die notwendig wurden, weil die Zahl der gewerblichen Beisitzer von 50 auf 74 erhöht ist, einige Beisitzer freiwillig ausgeschieden oder nicht mehr in versicherungspflichtigen Betrieben beschäftigt waren, sind mit peinlicher Rücksichtnahme der wichtigen Aufgaben, die die Arbeitervertreter beim Reichsversicherungsamt zu erfüllen haben, erfolgt.

Die Liste der vorgeschlagenen Kandidaten geht den Schiedsgerichtsbeisitzern zu, wo dies nicht geschieht, müssen sich die Betreffenden an das nächste Arbeitersekretariat oder Gewerkschaftskartell oder an das Zentral-Arbeitersekretariat wenden. Desgleichen bitten wir da, wo der Abstimmungsmodus den Schiedsgerichtsbeisitzern unklar erscheint, sich an das nächste Arbeitersekretariat oder direkt an uns zu wenden.

Um den Wahltermin nicht zu veräumen und auch zu verhindern, daß das den Schiedsgerichtsbeisitzern zugesandte amtliche Zirkular verloren geht, bitten wir dringend, die Wahl sofort vorzunehmen.

Da die Stimmzettel, ohne daß von anderer Seite Einsicht genommen wird, direkt an das Reichsversicherungsamt gesandt werden, so haben die Schiedsgerichtsbeisitzer nicht zu befürchten, daß Personen, die ihnen in ihrem Arbeitsverhältnis Schaden zufügen können, von ihrer Abstimmung Kenntnis erhalten.

Bei der großen Bedeutung, die die Wahlen für die durch Unfall zu Schaden gekommenen oder durch Krankheit invalide gewordenen Arbeiter haben, bitten wir dringend, die Abgabe der Stimme nicht zu versäumen und für unsere Vorschlagsliste einzutreten.

Berlin, den 6. August 1906.

Das Zentral-Arbeitersekretariat, Engel-Ufer 15 IV.

8. Generalversammlung des Verbandes der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter Deutschlands.

Leipzig, 5. August.

In einer stattlichen Anzahl kamen heute die Vertreter des Fabrik- und Landarbeiterproletariats im Volkshaus in Leipzig zusammen, um, wie der Vorsitzende des Lokalkomitees sagte, die Waffen zu prüfen, die die Organisation im ferneren Kampfe anzuwenden hat.

In seiner Begrüßungsansprache hob der Vorsitzende, Genosse Dreh, hervor, daß es ihn freue, die Delegierten an dem Orte zu den Verhandlungen begrüßen zu können, wo die Kollegen in den Kämpfen ihren Mann gestanden hätten. Die zwei Jahre seit dem Hamburger Verbandstage seien solche der schwersten Kämpfe, aber auch solche der Siege gewesen. Die Beschlüsse des vorigen Verbandstages seien zum Vorteil der Organisation ausgefallen. Für die Kämpfe mußte das Dreifache der Summe gegen die der vorigen Verichtszeit ausgegeben werden. Die Kampfperiode der letzten zwei Jahre stehe in der Verbandsgeschichte, was Fortschritt und Umfang der Kämpfe anlange, einzig da. Es gelte jetzt, die Organisation zu kräftigen, weil der Verband nicht am Ende, sondern am Anfang der großen Kämpfe stehe. Die bisherigen Kämpfe seien nur Vorspiele der kommenden. Dies möchten die Delegierten bei den Beratungen im Auge behalten, damit das Richtige getroffen werde.

Zur Festsetzung der Tagesordnung beantragte der Gau Brandenburg, die Landarbeiterfrage als separaten Punkt zu behandeln.

Rehbein-Berlin begründet den Antrag, indem er zunächst auf die Wichtigkeit dieser Frage für die Arbeiterbewegung im allgemeinen und für den Verband im speziellen hinweist. Der Verband habe dieser Frage die ihr gebührende Beachtung bisher noch nicht schenken können. Der letzte Kongreß der christlichen Gewerkschaften habe sich mit dieser Frage beschäftigt, um den freien Gewerkschaften das Wasser abzugraben; es sei unumgänglich notwendig, daß die Frage diesmal nicht nur so nebenher behandelt werde, er bitte deshalb um Annahme des Antrages.

Dreh machte auf die schon vorgesehene reichhaltige Tagesordnung aufmerksam, sowie darauf, daß noch ein Antrag vorliege, der verlange, daß die Kaiserfeier ebenfalls als besonderer Punkt behandelt werden solle.

Wartens-Wandsbeck begründete den Antrag wegen Kaiserfeier. Diese müsse schon deshalb ernst behandelt werden, weil die Kaiserfeier erfreulicherweise immer größere Beteiligung finde, aber die Organisation wegen der Unterstützungen auch immer mehr in Rittleidenhaft gezogen werde; auch durch die Ausperrungen anderer Branchen, wovon unsere Verbandsmitglieder mitbetroffen würden.

Es entspann sich hierbei eine Debatte darüber, wie diese Punkte der Reihe nach verhandelt werden sollten. Beide Anträge wurden angenommen. Die Landarbeiterfrage wird als 6., die Kaiserfeier als 7. Tagesordnungspunkt behandelt werden. Ein Antrag, den Kölner Gewerkschaftskongreß mit zu verhandeln, wurde abgelehnt.

Eine längere Debatte entspann sich über den Antrag, die nicht als Delegierten gewählten Gauleiter telegraphisch herbeizuziehen, damit sie den Verhandlungen mit beratender Stimme beiwohnen. Der Antrag wurde schließlich angenommen.

Der Vorsitzende teilte noch mit, daß ein Kollege aus Redara anwesend ist, der die dortigen lokalen Verhältnisse vertreten soll. Ein Teil der dortigen Verbandsmitglieder gehört nämlich noch einer lokalen Organisation an, die sich die Aufgabe gestellt hat, die „korrupten“ Zentralverbände zu reformieren und beim Fabrikarbeiterverband damit anzufangen. Es ist nicht anzunehmen, daß der Verbandstag diesen Kollegen als Gast mitberaten läßt, weshalb ich vorschlage — meinte Dreh —, die Angelegenheit der Mandatsprüfungskommission zur Entscheidung zu überweisen. Werthwüdigweise ist der Hauptkämpfer und Hauptmacher der Lokalfisten in Redara Verbandsfunktionär. Obgleich dieser meint, das Statut biete keine Handhabe zu seinem Ausschluss, werde ihm doch Gelegenheit gegeben werden müssen, seine Reformarbeit draußen zu betreiben.

Der Verbandstag stimmte dem Vorschlage Dreh zu. Der österreichische Bruderverband hat mitgeteilt, daß wegen Arbeitsüberbürdung kein Vertreter gesandt werden könne, wünscht aber den Arbeiten des Verbandstages bestes Gelingen.

Ueber die Entwicklung des Verbandes

gibt der gedruckt vorliegende Geschäftsbericht klare und erfreuliche Auskunft. Seit dem Hamburger Verbandstage vor 2 Jahren hat sich die Mitgliederzahl mehr als verdoppelt; sie stieg von 45 535 auf 98 386, darunter 2865 weibliche Mitglieder. Am 31. März 1904 war der Verband an 434 Orten vertreten, am 1. April 1906 an 505 Orten, also eine Zunahme von 176 neuen Zahlstellen. Davon gingen allerdings an 47 Orten die Mitgliedschaften wieder ein. An 58 anderen Orten schlossen sich die Kollegen zu größeren Zahlstellen zusammen, so daß das Wehr im ganzen 71 Zahlstellen beträgt. In der Verichtszeit sind 123 429 Aufnahmen zu verzeichnen, ein Beweis für die starke Fluktuation.

Das Verbandsorgan

„Der Proletarier“ erscheint in 108 000 Exemplaren Auflage, daneben bekommen die Verbandsgenossinnen „Die Gleichheit“; außerdem wurde an 962 Verbandsmitglieder das polnische Gewerkschaftsorgan „Czwiatka“ und das italienische „L'Operario Italiano“. Zur Agitation ließ der Vorstand mehrere Auflagen des „Werkruf“ in einer Gesamtzahl von 340 000 Exemplaren verbreiten; den Kolleginnen wurden 130 000 Exemplare abgegeben. Ein Flugblatt in polnischer Sprache wurde wie im vorigen Jahre in 120 000 Exemplaren ausgegeben. Besonders wirksam war die Agitation in der chemischen, Papier- und Zigaretten-Industrie.

Außerordentlich günstig hat auch die geschaffene Gaueinteilung gewirkt.

Streiks und Ausperrungen

Die Zahl der Streiks ist von 89 auf 258 gestiegen. Während im vorigen Geschäftsbericht für Streiks 172 278 M. als Ausgabe verzeichnet wurden, beträgt die Summe diesmal 601 777 M. Von 120 Angriffsstreiks waren 54 von Erfolg, 30 von teilweisem Erfolg und 36 erfolglos. Von 79 Abwehrstreiks waren 20 erfolgreich, 17 teilweise und 33 erfolglos. Von den 39 Ausperrungen waren 5 für die Arbeiter erfolgreich, 10 teilweise und 24 erfolglos.

Das Unterstützungswesen

erforderte insgesamt 250 882,05 M. Die Gesamteinnahme des Verbandes betrug 1 019 644,27 M., die Gesamttausgabe 1 484 431,81 M.

Aus der Partei.

Das „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands“ veröffentlicht in seiner letzten Nummer den Briefwechsel, der zwischen der Generalkommission und dem Parteivorstand wegen Freigabe des Punktes „Partei und Gewerkschaft“ aus dem Protokoll der vom 19. bis 23. Februar d. J. tagenden Vorstandskonferenz stattgefunden hat.

Den Lesern ist dieser Briefwechsel bereits bekannt, ausgenommen das letzte Antwortschreiben der Generalkommission, das folgendermaßen lautet:

Berlin, den 31. Juli 1906.

An den Parteivorstand!

Werte Genossen! Die Generalkommission hat auf Ihr Schreiben vom 12. Juli d. J. durch ein Rundschreiben vom 14. Juli die Anfrage an die Vorstände der Zentralverbände gerichtet, ob das Protokoll der Verhandlungen der Vorstände der Zentralverbände vom 19. bis 23. Februar d. J. zur Veröffentlichung und Besprechung in der Presse freigegeben werden soll.

Das Ergebnis dieser Umfrage ist, daß bis heute 46 Vorstände gegen die Freigabe, 13 dafür gestimmt haben; 5 Vorstände haben bis heute auf die Umfrage nicht geantwortet. Damit ist die Freigabe des Protokolls abgelehnt. Angesichts der erheblichen Mehrheit, die sich gegen die Freigabe erklärt hat, glaubt die Generalkommission weitere Maßnahmen in der Angelegenheit nicht treffen zu sollen.

Bemerkten wollen wir, daß die Generalkommission in ihrem Rundschreiben an die Vorstände erklärt hat, daß sie nach wie vor daran festhält, daß das Protokoll eine interne, zur Information der Konferenzteilnehmer bestimmte Drucksache ist und deren Freigabe sich nicht empfiehlt. Für diese ihre Stellungnahme hat die Generalkommission folgende Gründe angegeben. In der Gewerkschaftsbewegung sowohl als auch in der Partei werden sich immer, wie schon von jeher, interne Beratungen notwendig machen; aber weder der Partei noch den Gewerkschaften wird es einfallen, wenn sich etwa ein Lump findet, der von solchen Verhandlungen etwas in die Öffentlichkeit bringt, den internen Charakter derselben aufzuheben und dieselben nunmehr der Öffentlichkeit preiszugeben. So werden die Gewerkschaften in Zukunft vielleicht noch mehr als bisher gezwungen sein, über Abwehrmaßnahmen gegen die Uebergriffe der Schwarzmacherorganisationen in vertraulichen Zusammenkünften zu beraten und zu beschließen. Soll auch in solchen Fällen, wenn jemand sich findet, der ehr- und gewissenlos genug ist, Verräterei zu üben, der interne Charakter solcher Beratungen preisgegeben werden? Wir meinen, daß sich keine Körperschaft in solchem Falle dazu verstehen wird.

Würde in dem vorliegenden Falle das Protokoll freigegeben, so wäre die notwendige Konsequenz, daß in allen Fällen, wo ein Verräter sich findet, derartige Verhandlungen ihres internen Charakters entleidet und den intimsten Feinden der Arbeiterklasse zur Kenntnisnahme freigegeben werden müßten. Es würde das zu eigentümlichen Zuständen in der Arbeiterbewegung führen, unter denen nicht nur die Gewerkschaften, sondern auch die Arbeiterbewegung zu leiden hätte. Die Generalkommission will aber unter keinen Umständen dergleichen Körperschaft sein, die solche Zustände herbeiführt und ist der festen Ueberzeugung, daß auch der Parteivorstand dazu seine Hand nicht bieten will.

Wie die vorliegende Abstimmung beweist, hat die große Mehrheit der Zentralverbände sich diesen Gründen der Generalkommission angeschlossen.

Mit Parteigruß!

Die Generalkommission. A. Knoll.

Trotz dieses erneuten ablehnenden Bescheides hält sich der Parteivorstand für verpflichtet, den Genossen durch wörtliche Bekanntgabe des Teiles des Protokolls, der das Thema „Partei und Gewerkschaft“ behandelt, eine sichere Unterlage für ein Urteil zu geben.

Der Parteivorstand teilt durchaus die Auffassung der Generalkommission, daß es sowohl für die Gewerkschaften wie auch für die Partei Gegenstände geben kann und geben wird, die interne Beratungen notwendig machen. Er verpflichtet der Generalkommission auch darin völlig, daß es weder den Gewerkschaften noch der Partei beikommen kann, lediglich auf die Indiskretionen eines Verräters hin den internen Charakter solcher Verhandlungen preiszugeben.

Im vorliegenden Falle jedoch hält der Parteivorstand die wortgetreue Bekanntgabe der Verhandlungen über den Punkt „Partei und Gewerkschaft“ geradezu im Interesse von Partei und Gewerkschaften für geboten. Die Diskretion dieser Verhandlungen besteht ja in Wirklichkeit längst nicht mehr, zumal zahlreiche bürgerliche Blätter die Indiskretionen der „Einigkeit“ mit Behagen nachgedruckt haben. Es handelt sich also einfach darum, ob Partei und Gewerkschaften es ruhig mit ansehen lassen, daß zur Verwirrung der Massen tendenziös zusammengestellte Bruchstücke verbreitet werden, oder ob es nicht besser ist, diesen Quertreibereien durch Bekanntgabe des vollen Textes des betreffenden Teiles des Protokolls entgegenzutreten. Der Parteivorstand hat sich angesichts dieser Situation der Auffassung der Redaktion des „Vorwärts“ nicht verschließen zu sollen geglaubt, daß es notwendig sei, den erwähnten Punkt des Protokolls im „Vorwärts“ abdruckend, um dadurch dem partei- und gewerkschaftschädigenden Treiben entgegenzutreten zu können.

Landesparteitag in Sachsen-Altenburg. Die Parteigenossen im Herzogtum Sachsen-Altenburg hielten am Sonntag in Gera ihren Landesparteitag ab. Daß sie in das Ausland gehen, hat keinen Grund darin, daß in dem frommen muerdischen Altenburg vor 3 Uhr nachmittags keinerlei öffentliche Veranstaltungen, welcher Art sie auch sein mögen, stattfinden dürfen. Die Verhandlungen waren vom besten Geiste getragen. Der Bericht des Landesvorstandes erbrachte den Beweis, daß die Arbeiterbewegung im Herzogtum im vergangenen Jahre einen erfreulichen Aufschwung genommen hat. Die Zahl der organisierten Parteigenossen betrug am 1. April 3500. Die Einnahmen stiegen von 6400 M. im Vorjahre auf über 10 000 M. Die Ausgaben sind von 5500 M. im Vorjahre auf 7700 M. gestiegen. Die im Juni eingeleitete Wahlrechtsbewegung, während der über 40 Versammlungen abgehalten wurden, ist jetzt bei der Sammlung von Unterschriften unter eine Petition angelangt, die an Regierung und Landtag geht und in der das allgemeine, gleiche, geheime und indirekte Wahlrecht gefordert wird. Für die nächsten Frühjahr stattfindenden Landtagswahlen wird die Forderung nach Einführung des demokratischen Wahlrechts zum Landtage als Parole angesetzt. Ebenso günstig wie die Arbeiterorganisation hat sich die „Altenburger Volkszeitung“ im abgelaufenen Jahre entwickelt. Sie hat nun über 1000 Abonnenten zugenommen und hat jetzt über 6000 Abonnenten. Entsprechend dem Abonnentenstand ist auch die finanzielle Lage des Druckunternehmens eine sehr günstige. Der Landesparteitag, der von 62 Delegierten besucht war, nahm zum Schluß seiner Beratung eine scharfe Resolution an, die sich gegen die Regierung wendet. Sie führt ihr zu Gemüte, daß sie alle Staatsbürger gleichmäßig zu behandeln hat, daß es ihr aber nicht ansehe, die sozialdemokratischen Staatsbürger schlechter zu behandeln als die Staatsbürger anderer Gesinnung und Weltanschauung. Die Regierung wird gleichzeitig schriftlich mit der Einreichung der Protestresolution aufgefordert, ihre Gründe anzugeben, die sie bestimmen, die ihrer Obhut anvertrauten Staatsbürger ungleichartig zu behandeln.

Die Landeskonferenz der sozialdemokratischen Partei im Großherzogtum Sachsen (Weimar-Eisenach) fand am Sonntag in Jena statt. Den Beschlüssen der einzelnen Wahlkreise, selbständig ohne Vereinbarungen mit einer anderen Partei in den Landtagswahlen einzutreten, wurde zugestimmt. Die bisherige Form der Organisation soll nunmehr, da die einzelnen Wahlkreise ihre Organisation aufgebaut haben, aufgehoben werden. Bei gemeinsamen Aktionen bilden die Kreisleitungen den Ausschuß, der unter der Leitung des Kreisvorsitzenden vom Jenaer Wahlkreise die betreffenden Arbeiten vorzunehmen hat. In einer Resolution wurde der Wunsch an die einzelnen Kreisleitungen gerichtet, den nächsten, 1907 in Stuttgart stattfindenden internationalen Sozialisten-Kongreß in einer der Stärke der deutschen Partei entsprechenden Weise mitzubekunden zu helfen. Die Konferenz war aus 14 Orten des Landes mit 25 Delegierten besucht.

Siegfried beendeter Boykott. Vor etwa zehn Jahren verhängte die Halle'sche Arbeiterkassette über die Produkte der Wölberger Mühle den Boykott, weil die Direktion das Koalitionsrecht der Mühlenarbeiter nicht anerkennen wollte. Aus dem Boykott entwickelten sich damals für die Partei und besonders für die Redaktion unseres Halle'schen Parteiblattes die schwierigsten Prozesse. Gegen einen Genossen wurden auf einem Brett wegen Boykotts sechs Mal sechs Wochen Haft beantragt, und der damalige Verantwortliche des „Volksblattes“, Genosse Mannig, wurde wegen Boykotts und Beleidigung der Wahlleitung mit einem Jahre Gefängnis bestraft. Der Staatsanwalt wollte den Genossen Redakteur Thiele aus Anlaß des Mühlenboykotts „nur auf zwei Jahre“ und Gefängnis schicken, was allerdings nicht gelang. Die „gute Absicht“ war aber da. Die Strafe war beantragt, aber das Gericht mußte zur Freisprechung kommen. Neuerdings beschäftigten sich die Mühlenarbeiter und auch die Parteifunktionäre wieder mit dem Boykott, da die Direktion der Mühle gebeten hatte, nunmehr die Streikzeit zu begraben. Dies konnte selbstverständlich nicht bedingungslos geschehen. Nachdem die Direktion aber am Sonnabend einer Parteikommission das blühende Veriprochen gegeben hatte, in Zukunft den in der Mühle beschäftigten Arbeitern weder bezüglich der gewerkschaftlichen noch der politischen Organisation Hindernisse in den Weg zu legen, die Arbeitsordnung nicht schikanös zu handhaben und für die Arbeiter eine allgemeine Lohnerhöhung in Aussicht gestellt hatte, wurde der Boykott für aufgehoben erklärt.

Soziales.

Die Handwerkerkammer zu Berlin.

Zu den Institutionen, deren eminent-segendreiche Wirksamkeit wenig an die Helle des Tages gezogen werden, gehören die Handwerkerkammer. Wie wertvoll diese Organisationen — für die Arbeiter sind, lehrt der Geschäftsbericht für 1905/06, dem wir einige Angaben entnehmen. Der Kammer sind angeschlossen der Stadtkreis Berlin und der Regierungsbezirk Potsdam. Die Organisation im Handwerk hat im Verhältnis zu der gewaltigen wirtschaftlichen Entwicklung fast gar keine Fortschritte gemacht, wie nachfolgende Zahlen beweisen. Am 31. Dezember 1902 bestanden im Bezirk 678 Innungen mit 46 787 Mitgliedern und am 1. April 1906 683 Innungen mit 48 262 Mitgliedern. Die freien Innungen

und im Laufe dieser Zeit um 18 zurückgegangen und ist nur ein kleiner Fortschritt bei den Zwangsmaßnahmen zu verzeichnen. Diese Organisationen lösten eine ungeheure Summe. Der Etatsvoranschlag der Berliner Kammer balanzierte im Jahre 1900 mit 88 000 M., hat aber für das Jahr 1906 die statische Summe von 108 000 M. erreicht. Ungeheurer hoch sind die Ausgaben für Gehälter und sonstige Entschädigungen. Bei dem Etat von 108 000 M. kommen nicht weniger als 37 750 Mark als Gehälter, und persönliche Entschädigung der Vorstandsmitglieder 6500 Mark in Voranschlag. Diese Summen müssen die Handwerker aufbringen angeblich zur Förderung des Handwerks. Hierzu kommen noch beträchtliche Ausgaben für Reisekosten und Tagelöhner. Gut 50 Proz. der Ausgaben sind also persönliche Verwaltungskosten, ein Prozentsatz, der in den Organisationen der Arbeitgeber sehr häufig festgesetzt werden kann. Das in den Kreisen der Handwerker noch vielfach eine große Antipathie gegen diese Institutionen anzu treffen ist, wird aufs neue durch diesen Bericht bekräftigt. Hauptächlich werden die Besitzer der großen Buchdruckereien als Gegner der Innungen bezeichnet. Insbesondere suchen diese die Lehrlinge den Bestimmungen der Gesetze zu entziehen, indem die Lehrlinge vielfach als Arbeitsbedürftigen angegeben werden. Auch suchten sich viele nichtorganisierte Handwerker der Kontrolle zu entziehen, indem sie sich als Künstler, Techniker und ihre Lehrlinge als „Schüler“ oder dergleichen bezeichnen. Das Haupttätigkeitsgebiet der Handwerkskammer ist das *Lehr- und Lehrlingswesen*. Es wird hier verurteilt, teilweise mit äußerster Schärfe, den Bestimmungen des Gesetzes Achtung zu verschaffen. Der Bericht spricht von einer Wendung zum Guten. Das das heißt sagt das Kapitel „Beauftragte Wesen“. Die optischen Anstalten, welche von jeder eine Stätte wäster Lehrlingszucht und Ausbeute abgeben haben, halten auch diesmal den Rekord. Es wurden im Berichtsjahr nicht weniger als 196 Revisionen in diesen Betrieben vorgenommen, wobei es zu 78 Beauftragungen kam. 189 Beauftragte der edlen Bäckerkunst nahmen nicht weniger als 488 Revisionen vor und erzielten dabei im ganzen 9 Beauftragungen. Im Buchbindergewerbe wurden bei 37 Revisionen 27 Beauftragungen festgestellt. Diese Resultate finden noch eine besondere Beleuchtung durch den Geschäftsbericht selbst. Auf Seite 109 heißt es, nachdem dargelegt wurde, daß die ehrenamtlichen Revisoren durch festangestellte Beamte zu ersetzen seien: „... daß für spricht auch noch die Erfahrung, daß sich die Beauftragten durch persönliche Mängel verschiedenster Art öfter veranlaßt fühlen, auch gegenüber wirklichen Mithänden die Augen zu schließen.“ Durch diese freimütige Erklärung wird das Beauftragtenwesen und mit ihm die Kontrolle in das richtige Licht gesetzt. Fast allgemein, hauptsächlich aber im Regierbezirk Potsdam, wird über eine „Lehrlingsnot“ geklagt. Dabei stellt der Bericht fest, daß im Kammerbezirk bei den angeschlossenen Innungen nicht weniger als 26 000 Lehrlinge angemeldet sind. Eine eigenartige Erscheinung ist dabei, daß das Verhältnis der Lehrlingsziffer bei den beiden Arten der Innungsform — Zwangs- und freie Innung — sehr verschieden ist. Die Meister, welche in den freien Innungen organisiert sind, glänzen mit einer höheren Lehrlingsziffer, als die der Zwangsinnungen. Die Mithandigkeit unserer Innungen resp. unserer Handwerksvertreter beleuchtet am deutlichsten der Abschnitt „Fortbildungsschulunterricht“. Wenn auch der Bericht die Berliner Handwerksmeister als Förderer des Bildungswezens hinstellen versucht, so lassen doch die Tatsachen andere Schlüsse zu. Hauptächlich dreht sich der Kampf um die Pflichtschule einerseits und die Fachschule der einzelnen Innungen andererseits. Im Mai vorigen Jahres wurde durch den Berliner Magistrat die Pflichtschule ins Leben gerufen. Seit diesem Tage ist der Kampf entbrannt und will man den bedrohten Fachschulen wieder zur Blüte verhelfen. Hauptächlich handelt es sich um die Unterrichtszeit, die heillos nicht in die Tagesstunden fallen darf. Es würde zu weit führen, die Zeremonien der einzelnen Gewerke hier aufzuführen. Gewöhnlich bejammert man, daß die jungen Leute dem Kapital schon Wehrt schaffen müssen, aber hier läßt man alle Vorhalt fallen und stellt den Ruin des ganzen Handwerks in Aussicht, wenn nicht bald Änderungen getroffen werden. Obgleich das Landgewerbeamt konstatierte, daß der Tagesunterricht in Süddeutschland mit Erfolg durchgeführt worden ist, scheint, nach dem Bericht der Kammer zu urteilen, der Berliner Magistrat den Wünschen des organisierten Handwerks Rechnung tragen zu wollen, zum Schaden der Lehrlinge. Der Bericht bemerkt weiter, daß die Handwerkskammer das Verhältnis zwischen Meister und Gesellen nicht freundschaftlich gestalten konnte. Zu den Zeiten, welche die Handwerkskammer zur Förderung der Interessen des Handwerks im letzten Jahre geleistet hat, zählt der Bericht auch die folgende: Der „Vund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister“ zu Berlin richtete an den Kammervorstand das Ersuchen, auf die Krankenkassen dahin einwirken zu wollen, daß diese Wähler mit der Bezeichnung „Geselle“ nur solchen Arbeitern anstellen dürfen, welche eine ordnungsmäßige Lehre durchgemacht haben. Der Kammervorstand lehnte diesen Antrag ab.

Das Genossenschaftswesen in den Handwerkskreisen erfreut sich einer ziemlich Ausdehnung, was aber nicht hindert, daß im Bericht lustig über die Konsumvereine, Warenhäuser usw. geschimpft wird. Nicht ohne Bedeutung ist die Stellungnahme des Vorstandes der Kammer zu den Tarifverträgen, welche zwischen der Arbeiterschaft und dem Unternehmertum abgeschlossen werden. Die Innungen des Bauhandwerks paradierten mit ihren hohen Löhnen, welche sie angeblich zahlen, und rühmen „das soziale Verständnis“, das in den Kreisen der Bauunternehmer vorherrschend sei. Wie der Friede im Handwerk beschaffen ist, zeigt eine Stelle des Berichts, wo mit ziemlicher Deutlichkeit ausgesprochen wird, daß nur der Minister die Korporationen des Handwerks hindere, an der Seite der Arbeitgeberorganisationen den offenen Kampf gegen die organisierte Arbeiterschaft aufzunehmen. Schließlich produziert der Bericht eine Innung von Klagen. Der von „Vorwärts“ so oft betonte Rückgang im Fleischkonsum findet in dem Bericht seine Bestätigung.

Von einer wirklichen Hebung des Handwerks durch die Kammer merkt man im Bericht verneint wenig, er bestätigt das bereits allgemein anerkannte Urteil, daß die Handwerkskammern ein unfruchtbares, teures Gebilde darstellen, das in Ermangelung erfolgreicher Betätigung das Siedenspfand der Arbeitervernichtung reitet.

Wohlfahrteinrichtungen. Zu den sogenannten Wohlfahrteinrichtungen mit dem Zweck, die Arbeiter an die Scholle zu fesseln, gehören auch die in manchen Betrieben eingeführten Unterrichtsvereine. Mit einer solchen hat die Firma Thyssen auch ihre Arbeiter auf den Beckenanlagen der Gewerkschaft „Deutscher Kaiser“ beglückt. Die Kasse führt den Namen Wohlfahrt. Die Kasse wurde im Jahre 1877 gegründet, zählte damals 91 Mitglieder und wies am Jahresanfang einen Kassenschatz von 647,42 M. auf. Ende 1904 war die Mitgliederzahl auf 8232 gestiegen, der Kassenschatz belief sich auf 159 018 M. Bisher waren in jedem Jahre Überschüsse erzielt worden, das änderte sich im Jahre 1905, die Bilanz schloß ab mit einer Mehrausgabe von 17 968,94 M. bei einer Einnahme von 216 111,11 M. Zu diesen Einnahmen hatte das Werk ganze 81 542,85 M. Aufschuß geleistet, die Wohlfahrt stellte sich mithin für die Firma sehr billig.

Der Beitrag beträgt pro Kopf der Belegschaft 50 Pf. monatlich, ohne Steuergeld, welches extra erhoben wird. Der Vorstand der Kasse setzt sich zusammen aus 28 Mitgliedern der Arbeitnehmer und 6 Beamten.

Der Vorstand und 84 Vertrauensleute bilden die Generalversammlung.

Bei den letzten Wahlen hatte der alte Vergarbeiterverband die absolute Majorität hierzu erlangt. Darüber waren die Zeitarbeiter, die mit dem Bergwerksverein hier nicht recht vorwärts kommen können, in Partnerschaft geraten und entlobeten sich nicht, den Verbänden vorzuziehen, sie hätten durch zu hohe Bewilligungen das Recht verhandelt. Neute Arbeiterfreunde!

Die alljährliche Generalversammlung tagte am Sonntag. Die Verbände stellten den Antrag, Versammlungen zuzulassen. Gegen heftige Opposition der Zeitarbeiter wurde der Antrag angenommen. Do-

durch gelang es einmal zu sehen, wie schnell eine Tagesordnung, die sechs wichtige Punkte umfaßt, erledigt werden kann, wenn ein Bechendirektor präsidiert. In 32 Minuten war alles in der schönsten Ordnung. Obwohl die Revisoren durch Abwesenheit glänzten, beantragte der Direktor deren Wiederwahl und erklärte den Antrag für angenommen, weil nicht sofort Widerspruch erfolgte. Und dabei blieb es! Zur Vervollständigung der Wohlfahrt wurde von der Bechendervertretung die Einführung einer 14-tägigen Karenzzeit gefordert, um das Defizit herauszuholen, ohne daß die Firma in den Beutel zu greifen braucht. Vorschläge der Arbeitervertreter wurden nicht angenommen, eine besondere Kommission soll sich mit der Statutenänderung befassen. Sache der Mitglieder ist es jetzt, energisch dafür einzutreten, daß die Beiträge nicht erhöht oder die Vergütungen vermindert werden; lieber soll man die ganze Kasse aufliegen lassen und im Verbands die eigenen Interessen nach jeder Richtung vertreten.

Aus Industrie und Handel.

Kapitalkonzentration in der Industrie und Profitrate.

Mit welchem Ansehen sich die industrielle Konzentration vollzieht, veranschaulicht deutlich das Ergebnis der letzten Gewerbezählung in den Vereinigten Staaten vom Jahre 1905 im Vergleich zu dem Resultat der Zählung von 1900. In der angegebenen Zeit stieg in 46 Staaten die Zahl der gewerblichen Unternehmungen von 126 808 auf 183 137, das Anlagekapital von 5 166 172 164 Dollar auf 7 375 930 540 Dollar, die Zahl der Lohnarbeiter von 2 865 828 auf 3 331 733, die Zahl der Beamten von 213 170 auf 301 212, die Summe der Löhne von 1 178 106 866 Dollar auf 1 558 191 228 Dollar, die Summe der Beamtengehälter von 218 927 889 Dollar auf 330 091 359 Dollar und der Wert der Produktion von 6 507 801 288 Dollar auf 8 980 454 376 Dollar. Die Zunahme betrug bei den einzelnen Positionen:

Zahl der Anlagen	5,4 Proz.
Anlagekapital	42,8 „
Zahl der Beamten	41,3 „
Summe der Beamtengehälter	51,3 „
Zahl der Arbeiter	16,3 „
Summe der Löhne	32,3 „
Wert der Produktion	31,9 „

Bei Würdigung der Ziffern ist zu berücksichtigen, daß das Jahr 1900 ein sogenanntes „Boom“-Jahr war, während 1904 im Zeichen der Depression stand. Trotzdem ist das Anlagekapital um 40 Proz. gestiegen, während die Zahl der Anlagen nur um 5,4 Proz. wuchs. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter stieg nur um 16,3 Proz., dagegen nahm der Wert der Produktion um fast 32 Proz. zu. Die starke Zunahme der Beamten wird zurückgeführt auf Bestrebungen, den Absatzmarkt auf dem inländischen und dem ausländischen Markt zu erweitern. Auch die Generalunkosten sind gestiegen, um 63 Proz., während das Netz für Materialien 31 Proz. ausmacht. Die Mehrbelastung, dazu die schlechtere Geschäftslage, hat die Dividende etwas zurückgehen lassen. Stellt man den Wert als Verkaufspreis ein, dann ergeben sich für das Jahr 1904 18,6 Proz. Dividende gegen 15,5 Proz. im Jahre 1900. Trotz der Verminderung der Dividende ist aber die auf den Kopf der beschäftigten Arbeiter entfallende Dividendensumme gestiegen. Auf den Kopf der Beschäftigten entfällt

Produktionswert	1900	1904
Dividendensumme	2376	2695 Dollar
	279	331 „

Also trotz der verschlechterten Geschäftslage, obwohl man zu einem Zweck, der nicht dauernd maßgebend bleibt, die Zahl der Beamten erheblich vermehrt wurde, ungeachtet des enorm gestiegenen Kontos „verschiedene Ausgaben“, das im Jahre 1904 rund 833 Millionen Dollar ausweist, also mehr als die Hälfte der Lohnsumme, und unbeschadet der gestiegenen Löhne, ist die auf den Kopf der Arbeiter entfallende Dividendensumme um 53 Dollar, gleich 18,6 Proz. gestiegen. Die Dividende ist prozentual gefallen, aber der Arbeiter muß doch einen größeren Anteil vom Arbeitsertrage an das Kapital abgeben.

Rückständige Arbeiter ein Segen! Der Vorstandsbericht des Oberschlesischen Berg- und Hüttenmännischen Vereins beschäftigte sich auch mit der Frage der ausländischen Arbeiter. Der Verein unterstützt natürlich alle Germanisierungsbestrebungen, er ist bereit, für das Vaterland die höchsten Opfer zu bringen — durch nationale Bestimmung — aber für die Industrie darf der Import billiger Arbeitskraft nicht behindert werden. Und der Hauptgrund ist — Arbeiterfremdbiligkeit. Das beweist der Verein überzeugend durch folgende Auslassung:

„Auch die Zahl der von der dortigen Industrie zu beschäftigenden galizischen und sonstigen ausländischen Arbeiter muß ganz unbeschränkt sein. Es ist dies, was schon so oft dargelegt, vor allem auch im Interesse der heimischen Arbeiterschaft dringend notwendig. Nur wenn ausländische Arbeiter, welche ausschließlich zu den gewöhnlichen und demgemäß auch am wenigsten gut gelohnten Tagelöhnerarbeiten verwandt werden, in genügender Zahl vorhanden sind, ist man in Oberschlesien imstande, die heimischen Arbeiter möglichst frühzeitig von, beispielsweise, Schlepplern zu Säubern zu befreien und ihnen hierdurch die hohen Arbeitsverdienste der Säuberer oder — auf den Hütten — der dortigen Kategorien „gelernter“ Arbeiter zu verschaffen.“

Solche Logik widerspricht der bisherigen Ansicht, daß der Zustrom rückständiger Arbeiter auf die Löhne drückt. Hier wird klipp und klar bewiesen, daß das Gegenteil der Fall ist. Nur fehlt uns nun die Erklärung dafür, warum die Unternehmer sich jedesmal dann besonders bemühen, ausländische Arbeitskräfte heranzuziehen, wenn die heimischen Arbeiter Lohnforderungen stellen. Die Erklärung, daß der Import rückständiger, billiger Arbeitskräfte für den einheimischen Arbeiter ein Segen ist, sollten die oberschlesischen Montanlöhne sich potentiieren lassen.

Die Börse hofft. Vor einiger Zeit hatte an der Börse ein gewisser Pessimismus Platz gegriffen. Der russische Alp drückte. Hauffeverluste fanden nur ein schwaches Echo. Die Situation in Rußland hat sich verändert, aber nicht im guten Sinne. Eine weitere Erschütterung des Wirtschaftslebens ist unabweislich. Freizügige Reformen, die beste Gewähr für wirtschaftliche Entwicklung, sollen unterbunden werden, als der Zukunfts-Lenkner droht der reaktionären Paranoia, oder eine revolutionäre Bewegung, die mit Gewalt das ganze verbrecherische Regiment der tolen Reaktion bei Seite räumt, muß Rußlands wirtschaftliche Regeneration vorbereiten. Auf jeden Fall trübe Aussichten. Die Börse vertraut auf der Reaktion. Die Börse atmet auf bei der Nachricht, der Zar und seine Ratgeber seien entschlossen, die Revolution im Volkssturm zu ersticken, den Ruf nach Freiheit durch Kanonendonner zu überbönen, mit Säbel und Blei des Volkes Hunger zu stillen, durch Unterdrückung aller oppositionellen Kräfte die Fichter der Aufklärung zu löschen. Dies va banque-Spiel des Pariaismus hat die Aufmerksamkeit der Börse gefesselt, ihr jede Verleumdung genommen. Die Börse rechnet auf den Sieg der Reaktion und die Kurse steigen. Der Ausweis des amerikanischen Stahltrusses über das Ergebnis des 1. Quartals 1906 hat die Börse demart freundlich erregt, als sei dadurch jedes Papier im Werte gestiegen. Die Dividende von 1 Proz., die für diesmal die Besitzer der Common-Stores beglückt, hält aber die Zusammenbrüche in Rußland nicht auf. Dem blinden Taumel der Börse wird die Ernüchterung folgen und die Erleuchtung. Die Erleuchtung, daß die eigentlichen Macher, die Russenschieber, sich selbst in Sicherheit gebracht haben. Die am meisten für die Russen sich ins Zeug legen sind am eifrigsten dabei, mit ihrem Weiß an Russenpapier andere zu beglücken.

— Sie ernten. Das rheinisch-westfälische Kohlen Syndikat zieht aus der künstlich geschürten Angst vor einer Kohlennot schon Vorteil.

Die die „Kölnische Volkszeitung“ hört, sind die Preise für Rots für solche Verkäufe, welche jetzt noch bis zum Schluß der diesjährigen Verkaufssaison, d. h. bis zum 31. März 1907 getätigt werden, um 1 M. für 1000 Kilogramm erhöht. Dagegen werden bei Neubeschlüssen für Hochofenkoks 15,50—17,50 M., für Gießereikoks 18—19 M. und für Pechokoks 18—19,50 M. für 1000 Kilogramm gefordert.

Die Grundrente steigt. Aus San Francisco wird über eine enorme Steigerung der Grundrente berichtet. Die „Vobrenreform“ bemerkt dazu: „Alle verlieren: die, deren Häuser zusammengeknirscht sind, die, die sie veräußert hatten, alle die, die die Wertsteigerung ihres Fleisches eingebüßt haben, nur der Grundbesitzer verliert nicht, er gewinnt, weil die Menschen nicht die gewohnten Stätte ihrer Arbeit verlassen wollen und durch rationellere Bebauung größere Werte geschaffen werden.“

Auch eine Illustration für die Götlichkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung. Solange die Produktionsmittel, dazu gehören Grund und Boden, nicht vergesellschaftet sind, kann das Proletariat der kapitalistischen Ausbeutung nicht entfliehen.

Aus der Frauenbewegung.

Andere Zeiten. Unter vorstehendem Titel schreibt eine Frau in der „New Yorker Volkszeitung“:

„Die Länder, in denen sich die „industrielle Revolution“ am schnellsten vollzog, England und Amerika, erfuhren auch die schnellste und gründlichste Umwälzung der Anschauungen über die Stellung des Weibes. So veranlaßte hier, in den Vereinigten Staaten, die Frauenbewegung eine vollständige Umänderung juristischer Begriffe. Alte, verhässelte Gesetze, welche die Frau mit allem, das sie besaß und mit allem, das sie erwerben konnte, einfach zum Eigentum ihres Ehemanns stempelten, wurden hinweg gewischt. An deren Stelle trat völlige juristische Gleichberechtigung, ja sogar, aus Reaktion gegen frühere Ungerechtigkeiten, manches juristische Vorrecht der Frau. In Deutschland ist die bürgerliche Frauenrechtsbewegung noch nicht so weit vorgeschritten wie bei uns. Die deutschen Frauen kämpfen noch um die bloße Möglichkeit gleicher, geistiger Ausbildung, welche wir bereits voll auf errungen haben. Aber die deutschen Arbeiterfrauen beweisen trotzdem, daß sie die modernen Aufgaben ihres Geschlechtes vollkommen begriffen und erfüllt haben. Das beweist die imposante sozialistische Propaganda unter den Arbeiterinnen Deutschlands. Die Arbeiter werden anerkennen, insofern sie nicht selber durch alte Vorurteile verblendet sind, daß sie in den organisierten Arbeiterinnen treue Kampfgenossinnen gefunden haben. Darum ist es auch nur logische Notwendigkeit, daß die sozialistische Partei aller Länder vollkommene Gleichberechtigung der Frau fordert. Die Befreiung des Arbeiters und die Befreiung der Frau müssen Hand in Hand gehen.“

Daß keine soziale Umwälzung, kein politischer Fortschritt mehr möglich ist, ohne auch die weibliche Bevölkerung des betreffenden Landes aufzurütteln, das beweist eine höchst interessante kleine Begebenheit, ein Brief, welchen ein Mitglied der russischen Duma erhielt; die Schreiberinnen des Briefes waren Bäuerinnen dreier russischer Dörfer. Was wollten diese Bäuerinnen von der ersten das russische Volk repräsentierenden Körperschaft? Nichts geringeres als das Frauenstimmrecht und das Recht, auch Frauen in die Duma zu erwählen. „Man hat uns gesagt“, so schreiben sie, „daß ihr das Gesetz ändern könnt... So erklärt dann in der Duma, daß man alle hineinlassen müsse, die Armen wie die Reichen, die Weiber wie die Männer.“ Bezeichnend für ihren gesunden Menschenverstand und rührend in ihrer schlichten Logik sind die Gründe, welche die Frauen für ihre Forderung vorbringen. Sie erklären: „Der Bauer lebt nicht nur mit seinem eigenen Verstande, sondern auch mit dem Weiberstande. Mit unseren Märcern zusammen haben wir gearbeitet und gelitten, und wenn sie uns auch manchmal schlugen, so haben sie doch alle Angelegenheiten mit uns beraten. Unsere Angelegenheiten sind gemeinsam; so soll man auch uns Weiber fragen, wie sie entschieden werden.“ Mit schlichter Raibität, ich möchte fast sagen, instinktiv, haben hier die ungebildeten russischen Bäuerinnen den Kernpunkt des Problems getroffen. Wenn die Frau imstande ist, ihrem eigenen Haushalt umsichtig vorzusehen, wenn sie befähigt ist, ihre eigenen Angelegenheiten und die ihrer Familienmitglieder zu erledigen, warum soll sie da nicht auch ein Wort mitreden in dem großen Haushalt des Staates?!

Es wurde schon häufig betont, daß die gegenwärtige revolutionäre Bewegung in Rußland sich von der französischen Revolution dadurch unterscheidet, daß sie eine Arbeiterrevolution sei und nicht wie damals eine Bourgeois-Revolution; daß nicht nur ihre Schlächten von Arbeitern geschlagen werden, sondern daß sie auch von Klassen-bezogenen, zielbewußten Arbeitern geleitet wird. Aber die Arbeiter sind meistens Bauernsöhne. So wurde denn auch allmählich die Bauernbevölkerung des weiten russischen Reiches von der revolutionären Strömung ergriffen, und wir können und nicht mehr darüber wundern, daß selbst Frauen und Töchter der Bauern, der Unwissenheit und der Knechtschaft zum Trost, den Bedarf einer neuen Zeit vernommen haben. So treten denn unsere russischen Schwestern, Arbeiterinnen und Bäuerinnen, ein in den internationalen Kampf, in den Kampf um zwei hohe Ziele: die Befreiung ihres Geschlechtes und die Befreiung ihrer Klasse.“

Frauenarbeit in Japan.

Wie wir kürzlich berichteten, haben Unternehmer in einer amerikanischen Stadt sich gegen die Verwendung weiblicher Arbeitskräfte als Kontoristinnen usw. erklärt, angeblich weil deren Leistungsfähigkeit zu wünschen übrig lasse. Daß die Stellungnahme aber anderen Motiven entspringen ist, daß es sich um politische Zwecke handelt, haben wir damals schon dargelegt. Wenn z. B. die hervorragendsten Lebensversicherungsgesellschaften die Anstellung von Kontoristinnen vorziehen, dann können ein paar Unternehmer der Welt nicht weismachen, aus wirtschaftlichen Gründen empfehle sich die Ausschließung weiblicher Arbeitskräfte. Die hervorragende Befähigung der Frauen für den Beruf als Buchhalterin, Kontoristin usw. hat man nun auch in Japan — nicht erlernt, sondern gründlich erprobt. Die Versuche, die man in vielen Bureaus gemacht hat, ergaben so günstige Resultate, daß man in vielen Städten jetzt in der Hauptsache auf den Bureaus nur noch Frauen beschäftigt. Und auch die deutschen Lehrer, die gegenüber der Lehrerin einen so beschämend kleinlichen Standpunkt einnehmen, wie auf dem Münchener Lehrertag geschah, können von Japan lernen. Seitdem den Frauen dort die Gelegenheit gegeben ist, sich eine bessere Schulbildung anzueignen, ist die Zahl der für das Aufsteigen in den Lehrerstand Vorgebildeten erstaunlich schnell gestiegen. Vor circa 15 Jahren entfielen von den zu der Vorbildungsschule für Lehrer Zugelassenen $\frac{1}{2}$ auf das männliche und nur erst $\frac{1}{10}$ auf das weibliche Geschlecht, heute stellt das männliche Geschlecht nur noch etwas mehr als $\frac{1}{2}$ der Gesamtzahl, $\frac{1}{10}$ der Aspiranten sind Frauen. Die Japaner, denen man wohl nicht nachreden kann, daß sie die Sachen am verkehrten Ende anfangen, daß sie zu wenig praktisch und intelligent seien, haben sich zu der Ansicht aufgeschwungen, den Frauen gebühre im Lehrfache der erste Platz. Deshalb geht dort die Nachfrage nach Lehrern ständig zurück, es werden fast nur noch Lehrerinnen verlangt.

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Wilmersdorf. Dienstag, 7. August, keine Versammlung. Nächste Versammlung Dienstag, 4. September.
Friedenau. Dienstag, den 7. August, 1/2 Uhr, Vortrag: „Ragen- und Darmkrankheiten.“ Referent Dr. Hajos.
Zehlendorf. Mittwoch, den 8. August, Vortrag: Die Krankheiten der Frauen in Beziehung zu Krebs. Referent Herr Dr. Wolff.
Berlin. — Wahl einer Vorsitzenden.
Pankow. Donnerstag, den 9. August, Ausflug nach Zegel. Abfahrt Pankow 2.32 Uhr, Schönholz 2.55 Uhr. Restaurant Teapys Festzelt, Vahnhoffstr. 1.
Schöneberg. Sonntag, den 12. August, Sommervergügen und festes Stiftungsfest bei Obst. Entree 20 Pf.

Ein gefährlicher Taschendieb, der insbesondere in den Warenhäusern operiert hatte, wurde gestern in der Person des Schmiedes Franz Weillowitz vor der 3. Ferienstrasskammer des Landgerichts I wegen Rückfalldiebstahls verurteilt. — Im März d. J. beobachtete eines Tages eine Frau B. in dem Wägen Warenhaus einen jungen Mann, der sich in auffälliger Weise an laufende Damen herandrangte. Plötzlich bemerkte sie, wie sich eine Hand vorsichtig in die Kleidertasche oder in den Pompadour einer Dame schob, um bald darauf mit einem Portemonnaie beschwert wieder an das Tageslicht zu gelangen. Der auf frischer Tat ergriffene Dieb war der Angeklagte. Als er sich beobachtet sah, ergriff er die Flucht und warf unterwegs noch fünf andere leere Portemonnaies fort. Er war jedoch vorher schon beobachtet worden, wie er mit einem Portemonnaie, welches er soeben gestohlen, die „Kippe“ gemacht hatte, daß er nämlich die Geldbörse in seiner Tasche entleert hatte. In dieser fänden sich auch allerlei Geldsorten, die vermutlich aus verschiedenen Diebstählen herrührten. — Vor Gericht bestritt der Angeklagte jede Schuld und behauptete, die Zeugin müsse sich in der Person irren. Der Staatsanwalt hielt den Angeklagten aus Grund des Ergebnisses der Beweisaufnahme für völlig überführt und beantragt neu ein Monate Gefängnis. Die Strafkammer ging jedoch noch hierüber hinaus und erkannte auf ein Jahr Gefängnis.

Die eigene Schwester als Verführerin. Ein trauriges Sittenbild wurde gestern in einer Verhandlung vor der 1. Ferienstrasskammer des Landgerichts I aufgerollt. Wegen wiederholten schweren Sittlichkeitsverbrechens war die 17jährige Arbeiterin Marie Faß angeklagt. Der Vater des jungen Mädchens ist ein fleißiger und tüchtiger Arbeiter, der vor nicht allzu langer Zeit sich das zweite Mal verheiratet hat. Aus der ersten Ehe entstammt die Angeklagte, der jetzt 14jährige Karl und die 9jährige Minna. Letztere klagte vor einiger Zeit über Schmerzen. Von der Mutter ausgefragt, erzählte die Kleine eine haarsträubende Geschichte. Die Angeklagte hatte die beiden 14- und 9jährigen Geschwister unter ihrer Anleitung zu den aller schlimmsten Dingen verführt und sich häufig auch daran beteiligt. Dieses schamlose Treiben setzte die Angeschuldigte längere Zeit hindurch fort, bis durch die Erkennung der kleinen 9jährigen Minna die Scheuchlichkeiten zur Entdeckung kamen. — Der Gerichtshof kam trotz der Verworfenheit, welche die Angeklagte zutage gelegt hatte, mit Rücksicht auf ihre bisherige Unbescholtenheit und die große Jugendlichkeit zu dem milden Urteil von 6 Wochen Gefängnis.

Zurückgesetzte Richter in Sachsen. Ein Aufsehen erregender Preßbeleidigungsprozess des sächsischen Justizministers Dr. Otto gegen den Schriftsteller Erich Köhler-Herz aus Berlin beschäftigte am Sonnabend die 2. Strafkammer des Dresdener Landgerichts. Im Rai d. J. erfolgte auf Grund von Landtagsbeschlüssen die Ernennung einer großen Anzahl sächsischer Richter. Es wurden 5 Oberlandesgerichtsräte, 4 Landgerichtsdirektoren und 31 Land- und Amtsrichter vom Justizminister Dr. Otto befördert, und diese Ernennungen sollen in Richterkreisen nach einem in der Nummer 23 der „Dresdener Rundschau“, deren verantwortlicher Redakteur der Angeklagte ist, erschienenen Artikel „Zurückgesetzte Richter“ viel böses Blut gemacht haben. In dem inkriminierten Artikel, der jetzt Gegenstand der Anklage bildet, wurde angeblich von einem Richter behauptet, daß bei den vom Justizminister vorgenommenen Ernennungen von höheren Richtern in der Gehaltsklasse von 6000, 6000 und 5400 M. nicht weniger als 165 Übergänge worden seien. Die für die höheren Stellen neuernannten Richter seien meist jung, obwohl sich unter den auf einmal festgestellten Richtern sehr viele befänden, die schon seit Jahren dauernd oder zeitweise den Vorposten in Zivil-, Straf- und Handelskammern führten. Das Verfahren des Justizministers bedeute eine schwere Kränkung einer Anzahl pflichtgetreuer Beamten; es sei auch geradezu eine Schädigung der Rechtspflege. Verbitterung unter den Richtern, Unruhe und Sorge in den Familien würde durch das Vorgehen des Ministers hervorgerufen. Dem letzteren wurde ferner Korruptions- und Protektionsschuld vorgeworfen und es dürfe wohl Pflicht des Landtages sein, dem Justizminister Dr. Otto Rechtfertigung für sein Vorgehen zu fordern und die Grundzüge, nach denen er seine Beförderungen vornimmt, sich darlegen zu lassen.

Am Schlusse des Artikels heißt es: „Welchen Eindruck muß es auf die Leute machen, die das Recht schüben sollen, wenn sie selbst sich mit krasser Ungerechtigkeit behandelt sehen. Freilich Minister werden aus dem Vertrauen der Herrscher berufen und sind, wenigstens in Deutschland, nur von ihnen abhängig. Da können sie es schon wagen, sich den Teufel um die Interessen ihrer Untergebenen und des Publikums zu scheren.“ Wegen der in dem letzten Passus enthaltenen angeblichen beleidigenden Ausdrücke und Behauptungen hatte Justizminister Dr. Otto Strafverlangen gestellt. Der Angeklagte hob hervor, daß tatsächlich ein sächsischer Richter jenen Artikel verfaßt habe, dessen Namen er aber nicht nennen werde. Darüber, ob tatsächlich durch die Ernennungen 165 Richter in Sachsen übergangen worden sind, ergab die Verhandlung nichts. Staatsanwalt Petri beantragte, auf Gefängnisstrafe zu erkennen, da in jenem Artikel Beleidigungen größter Natur gegen den Justizminister, dem Beschuldigt vorgeworfen werde, enthalten seien. Rechtsanwalt Dr. Wachsner erklärte gegen den Angeklagten auf eine Gefängnisstrafe von fünf Monaten. Dem beleidigten Minister wurde Publikationsbefugnis zugesprochen.

Verfassungen.

Gegen Erhöhung des Bierpreises.

Am Montagmorgen tagte im Kellers Saal eine von der Einkaufskommission des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte einberufene öffentliche Versammlung der Berliner Gast- und Schankwirte. Saal und Galerien waren überfüllt. Der Zweck der Versammlung war, Stellung zu nehmen gegen die Erklärungen der Brauereien, welche in letzter Zeit in der Presse erschienen sind. Der Referent Litfin bemerkte zunächst, diese Versammlung sei vom Verband der freien Gast- und Schankwirte einberufen, weil das Aktionskomitee aller Gast- und Schankwirtevereine seit der letzten Versammlung in der „Neuen Welt“ nicht mehr besteht. Mit den anderen Verbänden habe man sich der kurzen Zeit wegen nicht mehr in Verbindung setzen können, auch habe man nicht wieder wochenlang warten wollen, ehe in der Sache etwas geschieht. Hiernach wandte sich der Redner der in den Zeitungen veröffentlichten Erklärung des Vereins der Berliner Weibierbrauereien zu. Derselbe enthalte einige Unrichtigkeiten, die unbedingt richtiggestellt werden müßten. Zunächst sei zu berichtigen, daß in der am 11. Juni abgehaltenen Sitzung von Vertretern der Brauereien und der Gastwirte der Verband der freien Gast- und Schankwirte nicht vertreten war. Derselbe sei erst nachher auf sein Drängen zu den Verhandlungen hinzugezogen worden. In der dann folgenden Sitzung habe Erwald, der Vorsitzende des Verbandes der freien Gast- und Schankwirte, erklärt, eine Erhöhung des Weibierpreises um 10 Pfennige pro Liter sei nicht annehmbar, er erlaube die Vertreter der Brauereien, unter sich darüber zu sprechen, ob nicht eine Verständigung auf einer anderen Basis möglich sei. Darauf habe der Vorsitzende des Vereins der Weibierbrauereien ohne weiteres erklärt, die Vertreter der Brauereien könnten an ihren Abmachungen nichts ändern. — Damit wären dann die Verhandlungen gescheitert. Also sei die Behauptung der Brauereien, daß sie den Gastwirten das möglichste Entgegenkommen gezeigt hätten, nicht zutreffend. — In ihrer Erklärung hätten die Brauereien gesagt, wenn ihnen noch weiter ihr Verdienst nachgerechnet werde, dann würden sie auch den Gastwirten öffentlich nachrechnen, was diese am Weibier verdienen. Wer die Verhältnisse kenne, der wisse, daß die Gastwirte eine solche Berechnung nicht zu fürchten haben, sie würden vielmehr selber in Arbeiterversammlungen Rechnung darüber legen, welche Lasten ihrem Gewerbe auferlegt sind und was ihnen als Ver-
— Die Gastwirte könnten jetzt bedauern, daß

sie gegen die Brauereien vorgegangen sind, denn aus der Brauerei sei eine Gastwirterbrauerei geworden, da die Brauereien die Steuer den Gastwirten auferlegen und diese nicht in der Lage seien, die Lasten weiter abzuwälzen. Die Gastwirte könnten wünschen, daß die Brauerei doppelt, ja vierfach so hoch geworden wäre, dann würden sie dieselbe abwägen können. — In der Erklärung des Vereins der Weibierbrauereien wurde es so hingestellt, als handle es sich um eine Preisverhöhung von nur 50 Pf. für die halbe Tonne. Zu dieser Preisverhöhung komme aber noch der Zorkfall des Uebermaßes, der vier halben Schenkungen pro Stod und anderer Vergünstigungen, so daß in Wahrheit eine Preisverhöhung von 3, 4, ja 5 Mark pro Hektoliter herauskomme. — Die Brauereien hätten auch behauptet, die Vergrößerung der Tonnen sei auf Unbefugte zurückzuführen. Demgegenüber müsse darauf hingewiesen werden, daß die Vertreter von Weibierbrauereien, selbst renommierter Firmen, den Kunden gegenüber immer darauf hinweisen, daß ihre Tonnen größer seien wie die ihres Konkurrenten. Um unbefugter Venderung könne demnach keine Rede sein. — Auch bei der Abrechnung der angefangenen „Stöde“ werde nicht immer, wie die Brauereien behaupten, in der loyalsten Weise verfahren. Der Redner hief sich auf bestimmte Einzelfälle, die das Gegenteil einer loyalen Auseinandersetzung beweisen. Zum Schluß ermahnte der Redner die Versammlung um die Ermächtigung, mit der Berliner Gewerkschaftskommission und dem Aktionsausschuß des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine in Verbindung zu treten, damit in Volksversammlungen der Verdienst der Gastwirte dargelegt werden könne, ehe die Brauereien mit ihrer Berechnung kommen. — Ferner empfahl der Redner eine lange Resolution. Der kurze Sinn derselben ist der: die wirtschaftliche Lage des Gastwirtsberufes ist ungünstig und wird durch fortwährende Steigerung der Mieten, Steuern, Lebensmittelpreise usw. immer ungünstiger. Die Versammlung protestiert gegen die rigorose Verteuerung des Bierpreises durch die Ringbrauereien. Durch Verkümmern der Gefäße, Fortfall der Schenktonnen und anderer Vergünstigungen erhöht sich der Preis des Weibiers um 3 M. und mehr pro Hektoliter. Die Behauptungen der Brauereien, daß dieselben bei den Verhandlungen das möglichste Entgegenkommen gezeigt hätten, sind falsch; kurzer Hand hat man die Verhandlungen abgebrochen. Die Erklärungen sind nur auf Täuschung des Publikums berechnet. Die Versammlung verspricht, sich durch Gründung von Genossenschaften von der Fessel der Ringbrauereien zu befreien. Sie richtet an das Publikum die höchste Bitte, den Gastwirten die Sympathien im Kampfe gegen die Bierverleuerung zu bewahren. Die Versammlung hält an dem Beschluß fest, Weibier nur aus solchen Betrieben zu beziehen, welche annehmend zu den alten Bedingungen liefern.

In der Diskussion gab es zunächst eine heftige Auseinandersetzung zwischen den Vertretern aus beiden Lagern der Weibierbrauereien. Herr Guth, der den Verein obergärtiger Brauereien (ringfreie Betriebe) vertritt, erklärte es mit den heftigsten Worten als unannehmbar, daß sein Verein sich mit dem Verein der Weibierbrauereien in Verbindung gesetzt habe, um gemeinsam die Preisverhöhung zu betreiben, daß aber der Verein obergärtiger Brauereien vom Verein der Weibierbrauereien zurückgewiesen sei. — Direktor Ulrich, der den letztgenannten Verein vertritt, hielt die Erklärung desselben, welche Herr Guth bestritten hatte, aufrecht, wogegen Guth später erklärte, Direktor Ulrich habe die Unwahrheit gesagt, er werde sich an anderer Stelle mit ihm sprechen. — Im weiteren Verlauf der Debatte sprachen mehrere Gastwirte im Sinne des Referenten, während ein Redner des Vereins der Weibierbrauereien die Berechnungen der Gastwirte bezüglich der Preisverhöhung anfocht.

Nach einem Schlußwort Litfins wurde die von ihm empfohlene Resolution einstimmig angenommen.

Der politische Massenstreik war das Thema eines Vortrages, den Genosse Albert Sörmer am Freitag in einer Mitglieder-versammlung der Gruppe der Rabikpoker und Träger hielt, die im Gewerkschaftshause stattfand. Ausgehend von der Jenaer Parteitagresolution, schilderte der Redner die Wichtigkeit des Massenstreiks als eines Kampfmittels für politische Zwecke, zur Abwehr reaktionärer Angriffe und zur Erbringung unentbehrlicher Volksrechte. Sodann erörterte der Redner ausführlich, welche Bedingungen erforderlich sind, um dieses Kampfmittel mit Erfolg anwenden zu können, und wies hierbei wiederholt und eindringlich auf die Notwendigkeit allgemeiner Aufklärung über die schreiende Ungerechtigkeit der Klassenherrschaft, auf die Unentbehrlichkeit starker Organisationen und einheitlichen Willens sowohl in der Arbeiterklasse selbst wie bei den mit der Leitung betrauten Körperschaften hin. Wohl sei zur Anwendung des politischen Massenstreiks Empörung der Massen über begangenes oder bestehendes Unrecht und Begeisterung für die Ziele des Kampfes erforderlich. Mit dem Gefühl allein aber sei ein solcher Kampf nicht zu führen. Einige Personen in der Arbeiterbewegung drängten ungestüm vorwärts, andere seien mehr bedachtsam und bestrebt, vor der Tat die Bedingungen ihres Erfolges genau zu untersuchen. Beide Richtungen müßten sich ausgleichen und ergänzen, um im rechten Augenblicke die Entscheidung zu treffen. Große Mängel seien noch vorhanden, sowohl in der Organisation der Arbeiterklasse wie hinsichtlich der Einseitigkeit ihres Willens und ihrer Leitung. Was die Abmachungen zwischen Parteivorstand und Generalkommission und die Konferenz der Zentralvorstände betreffe, so könne man sich, solange das Protokoll nicht vorliege, kein begründetes Urteil bilden. Jedenfalls werde der Parteitag in Mannheim dafür sorgen, daß über diese Sache völlige Klarheit geschaffen wird. Im allgemeinen sei die politische Lage in Preußen-Deutschland so ernst, daß man nicht wissen könne, wie bald die Arbeiterklasse in eine Situation gedrängt werde, die die Anwendung außerordentlicher Kampfmittel notwendig mache. — Der Redner schloß mit der Aufforderung zu unablässiger Agitation und Ausklärungsarbeit über die Kampfmittel der Arbeiterbewegung und über ihr Ziel: die Gleichberechtigung aller Menschen. Der wirkungsvolle Vortrag fand lebhaften Beifall. Zur Diskussion meldete sich keiner.

Die Versammlung nahm sodann den Bericht über die mit der hiesigen Filiale des Stuktureverbandes gepflogenen Verhandlungen entgegen, die zu einer Einigung über die Ausführung gewisser Arbeiten führen sollten, welche teils als Rabik-, teils als Stukturearbeit anzusehen sind. Die Differenzen, die hier vorliegen, beruhen hauptsächlich darauf, daß die Stukture meist in Akkord arbeiten, während in der Rabikbranche seit 1898 die Lohnarbeit allgemein eingeführt ist. Die Einigungsversuche, die bei jenen Verhandlungen zustande gekommen waren, lebte die Versammlung einstimmig ab. Sie erteilte dem Vorstand den Auftrag, weitere Verhandlungen mit den Stuktureuren anzuknüpfen, aber auf einer anderen Grundlage als der vorgeschlagenen.

Der Zentralverband der Schmiede hielt am Mittwoch in den Russischen Eiering eine außerordentliche Generalversammlung ab. Der Vorsitzende Siering verlas das Antwortschreiben des Hauptvorstandes auf den in voriger Versammlung gefaßten Beschluß, wonach die vom Hauptvorstand für ungültig erklärte Wahl der Berliner Gauleitung bestehen bleiben soll. Aus dem Schreiben des Hauptvorstandes geht hervor, daß derselbe darauf besteht, daß eine Neuwahl der Weibier zum Gauborstand vorgenommen wird. Der Vorsitzende empfahl daraufhin der Versammlung die Neuwahl der Weibier. Vorher wurde aber noch die Neuwahl der Ortsverwaltung und sämtlicher Körperschaften vorgenommen. Wiedergewählt wurden: Siering als erster Bevollmächtigter, Georg Vaitmer als zweiter Bevollmächtigter und Wilhelm Gentschel als Kassierer. Als Schriftführer wurde Joseph Samereier gewählt. Als Revisoren wurden Schukar, Schlinshy und Haberland gewählt. Die Wahl als Mitglieder der Beschwerdekommision fiel auf Weib, Spilmüller, Zimmermann, Janßen und Siering. Zur Wahl des Vergütungskomitees machte die Ortsverwaltung der Versammlung den Vorschlag, nur den Vorsitzenden zu wählen und die übrigen Mitglieder aus den Bezirken zu entnehmen. Die Versammlung war damit einverstanden. Als Vorsitzender des Vergütungskomitees wurde Wachsner gewählt. Von der Wahl eines Bibliothekars wurde Abstand genommen; die Arbeiten eines solchen wurden der Ortsverwaltung mit übertragen.

Als Delegierte zur Gewerkschaftskommission wurden Schukar, Siering, Schlinshy, Vaitmer und Gentschel gewählt. Als hierauf zur Wahl der Weibier zum Gauborstand geschritten werden sollte, entspann sich wiederum eine lebhaft Debatte. Die meisten Redner hielten die Haltung des Hauptvorstandes in der Angelegenheit für falsch, weil die Wahl des Gauborstandes statutenmäßig erfolgt und deshalb anzuerkennen sei. Schließlich wurde ein Antrag angenommen, die Debatte über diesen Punkt abubrechen und die Wahl der Weibier so lange zu vertagen, bis der Hauptvorstand in Verbindung mit dem Ausschuß die erforderlichen Schritte zur Anstellung eines Gauleiters unternommen hat. Wegen der vorgerückten Zeit mußten die übrigen Punkte der Tagesordnung wiederum vertagt werden.

Vermischtes.

300 Menschen ertrunken.

In der Nähe von Cartagena ist der Auswandererdampfer „Sirio“ untergegangen. Die Katastrophe ereignete sich am Nachmittag unweit der Hornigasinseln. Trozdem sofort Hilfe zur Stelle war, sind, soweit Verichte vorliegen, ein paar hundert Menschen ums Leben gekommen.

Wir bringen hierüber folgende Meldungen: Madrid, 5. August. Das Madrider Blatt „A. B. C.“ veröffentlicht folgende Depesche aus Cartagena: Der von Barcelona kommende Dampfer „Sirio“ mit 800 Auswanderern an Bord scheiterte bei den Hornigasinseln in der Nähe von Kap Palos und sank schnell. Die Mehrzahl der Auswanderer sind Italiener, die anderen Spanier. Die Geretteten befinden sich auf Kap Palos in kritischer Lage; es fehlt ihnen an Lebensmitteln und Kleidungsstücken. Mehrere Fischer sind bei Rettungsversuchen umgekommen.

Madrid, 6. August. Dem „Diario espanol“ und dem „Univerfo“ zufolge eilten unmittelbar nach dem Schiffunglück alle in der Nähe des „Sirio“ befindlichen Fahrzeuge diesem zu Hilfe. Der Kapitän des „Joven Miguel“ legte beim „Sirio“ an und zwang mit dem Revolver in der Hand seine Besatzung zur Hilfeleistung. Dadurch konnten 300 Passagiere gerettet werden. Ein anderer spanischer Dampfer rettete 200 Personen. Ähnlich wird bekannt gegeben, daß die große Mehrzahl der geretteten Passagiere Ausländer seien. Der Erzbischof von Para in Brasilien wurde gerettet, während der Bischof von Sao Paulo ertrank. Die Verunglückten sind meist Frauen und Kinder, Passagiere der ersten und zweiten Kajüte. Vernichtet wurden 885 Personen. An den Rettungsarbeiten beteiligten sich dem „Heraldo“ zufolge auch ein französischer und ein deutscher Dampfer, die mit Geretteten an Bord ihre Fahrt fortsetzten.

Madrid, 6. August. Der Dampfer „Sirio“ ist, wie weiter gemeldet, mit äußerster Schnelligkeit gesunken und in den Fluten verschwunden, während sich auf der Brücke noch viele Passagiere befanden. Die über und über gefüllten Rettungsboote gingen sofort unter, wobei sich wilde Kämpfe abspielten. Der „Sirio“ wird als verloren angesehen. Es wird behauptet, derselbe Kapitän habe auch den Dampfer „Perseus“ befehligt, der vor kurzem vor Cartagena Schiffbruch erlitt. — Wie die Blätter melden, sind die Interoffiziere des „Sirio“ von der Staatsanwaltschaft in Gewahrsam genommen worden. Die Behörden in Cartagena eröffneten eine Untersuchung über die Vorgänge. Zehn Ueberlebende vom „Sirio“ sind bald nach der Landung gestorben.

Madrid, 6. August. An Bord des gesunkenen italienischen Dampfers waren 70 Kajütenpassagiere, 695 Zwischendeckpassagiere und 120 Mann Besatzung. Das Unglück geschah infolge Aufstehens gegen die gefährlichen Klippen der Hornigas-Inseln, 18 Meilen von Cartagena. Viele Personen wurden infolge der Kesselexplosion getötet. Von den Kajütenpassagieren wurden sehr wenige gerettet, weil der Dug, wo die Kajüten lagen, zuerst sank.

Rom, 6. August. Die Navigazione generale italiana, der der bei Kap Palos untergegangene Dampfer „Sirio“ gehörte, erhielt gestern Abend von Kap Palos eine Depesche des Kapitäns des „Sirio“, in der er unter Anklündigung weiterer Mitteilungen sagt, die Schiffsmannschaft sei gerettet.

Genua, 6. August. Die Passagierliste des untergegangenen Dampfers „Sirio“ enthält folgende deutsche Namen: Leopold Politzer, Franz Weber und Christina Neulingen. Von diesen ist Politzer gerettet worden.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion (Großhandel) sind Reichs Ia 70-74 pr. 100 Pfd., Ia 64-69, IIIa 58-62, IVa 52-56, englische Bullen 0,00, dänische Bullen 0,00, holländische Bullen 0,00, Kalbfleisch, Doppelländer 100-110, Ia 84-90, IIa 74-82, IIIa 62-72, Hammelfleisch Ia 77-82, IIa 67-75, Schweinefleisch 65-71, Rebhühner Ia pr. Pfd. 0,55-0,73, IIa 0,30-0,54, Rothwild Ia mit Abschüttel, per Pfund 0,50-0,60, IIa 0,40, Damwild 0,58, Wildschwein per Pfund 0,00, Ferkel 0,22-0,30, Kanarienvogel, per Stück 0,40, Wildenten Ia per Stück 1,00-1,20, IIa 0,60, Hühner, alte, per Stück 0,60, alte, IIa 0,00, junge, per Stück 0,60-0,80, Tauben, junge, per Stück 0,35-0,45, alte 0,00, Gänse, junge per Stück 0,80-2,50, alte per Stück 0,00, Hamburger, junge, per Stück 2,80, Gänse, Ia per Pfund 0,62-0,65, IIa 0,55-0,58, Ia per Stück 3,00 bis 4,00, IIa 2,00-3,00, Ferkel, per Stück 0,00, do. klein 0,50-0,80, Gänse, pr. 100 Pfd. 81-100, Gander klein 132, Scholle 106-117, Welse 51, Kalle, groß 127, mittel 123, klein 0,00, unfortiert 97-117, Fische 0,00, Karpfen 0,00, Barsch 0,90, Karasich 61-72, Runde Fische 58-64, Amerik. Lachs I neuer per 100 Pfd. 110-130, do. II neuer 90-100, do. III neuer 50-75, Seelachs 12-15, Auntern, pomm. I, per Schock 9,00, do. pomm. II 2-3, Kieler, Etiege Ia 4-6, do. mittel per Riste 2-3, do. klein per Riste 0,00, Wafflinge, per Ball Riste 4-5, Straullunder 4-6, Wale, groß per Pfd. 1,10-1,30, mittelgroß 0,80-1,00, klein 0,50-0,60, Deringe per Schock 4-5, Schellfische Riste 2-3, do. Ia, Riste 1,50-2,50, Kabbau, geräucher, per 100 Pfd. 10-15, Sardellen, 1902er, per Unter 80,00, 1904er 85,00, 1905er 80,00, Schottische Vollheringe 1905 0,00, Jarze 40-44, full 36-38, mod. 35-42, deutsche 37-44, Deringe, neue Matjes, per 1/2 To. 60-120, Pommern, IIa, 100 Pfd. 0,00, Krebse, per Schock, große 15,00-20, mittel 12,00, kleine 3,50, unfortiert 6,00-10,00, Galizier, mittel 0,00, Vier per Schock 2,90-3,00, Butter per 100 Pfd. Ia 114-116, IIa 110-113, IIIa 105-108, abfallende 92-100, Saure Gurken, neue, Schock 4,00, Pfeffergurken 4,50, Kartoffeln per 100 Pfd. Rosen 1,75-2,00, neue runde 2,25-2,50, neue blaue 2,50-2,75, neue Herdler 2,25-2,50, Spinnat, p. 100 Pfd. 10-15, Karotten p. Schock 2,50-3,00, Sellerie, hiesige, p. Schock 1,25-2,00, Zwiebeln 100 Pfd. 3,75-4, Petersille, grün, Schock 1,00, Stokkrabi, p. Schock 0,75-1,00, Aering, bayr., p. Schock 2,40 bis 4,80, Radishesen, p. Schock 0,60-0,70, Salat, p. Schock 1,25-1,70, Bohnen, grüne, per 100 Pfund 8-10, Bohnschoten 10-12, Schoten per 100 Pfd. 11-16, Pfefferkörner per 100 Pfd. 25-35, Mohrraben per 100 Pfd. 4,00-4,50, Blumenkohl der Rindel 1,00-2,30, Wirkungskohl per Rindel 1,00-1,50, Kohlfloß p. Rindel 2-2,50, Weißkohl p. Rindel 1,50 bis 2,00, Steinpilze p. 100 Pfd. 25-30, Gurken, Zerhler, Schock 0,75-1,00, do. Einlege, Schock 2,00-2,50, do. Rosenburger 2-3,25, Kohlraben, Rindel 1,00-1,25, Wien, italienische per 100 Pfd. 6-35, italienische 5-20, Tiroler 14-20, böhmische 6-12, Apfel, ungar., per 100 Pfund 12-15, italienische 8-15, hiesige 8-15, Stachelbeeren 8-13, Preiselbeeren 12-16, Kirchen, laure 15-25, Blaubeeren per 100 Pfd. 15-18, Pflaumen, kal. runde dunkle per 100 Pfd. 22-25, ital. lange gelbe 15-22, ital. runde 15-25, ungarische 10-12, hiesige 8-25, Reineclaude 10-22, Aitrone, Messina 300 Stück 18,00-20,00, 300 Stück 12,00-16,00, 200 Stück 7,00-12,00, 420 Stück, klein 7,00, Preiselbeeren per 100 Pfd. 25-35, französische 20-40, italienische I Riste 1,50-2,20, do. II Riste 1,20-1,50, do. III Riste 1,40-1,50, do. in Körben per 100 Pfd. 35-35.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist sorben das 45. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Das Heft hat folgenden Inhalt: Koloniallandbau. — Energie und Wirtschaft. Von Ant. Pannekoek. — Die Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich. Von Heinrich Beer (Wien). — Die Verhandlungen des Antifemismus. Von Philipp Schiedemann. — Die Konkurrenzorganisationen der Gewerkschaften. Von August Wilmig. — Die Dynamite Bernabette auf dem Ausländerbeet. Von Wilhelm Janssen. — Parte und Religion. Von D. Salzman. — Idealismus im Klassenkampf. Von A. Stern. — Literarische Rundschau: Korly Goin, Thomas Kretzoven, Von C. Rom.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist uns soeben Nr. 18 des 16. Jahrganges zugegangen. Die Nummer hat folgenden Inhalt: Aufruf des Parteivorstandes zum Parteitag. — Aufruf der Vertrauensperson der Gewerkschaften Deutschlands. — Ede und Stillsitzen. V. — Der proletarische Massenkampf um die Volksbildung. Von Gerhard Hildebrand. — Mehr Böhmermenten durch die Krankenassen. Von Fr. Alceis. — Frauenstimmrecht. Von a. br. — Lohn- und Arbeitsbedingungen der Tabakarbeiterinnen in Elbing. Von B. Käbler. — Sechster Kongress der christlichen Gewerkschaften. — Aus der Bewegung: Von der Agitation. — Halbjahresbericht der Vertrauensperson für Leipzig. — Erste Generalversammlung des Verbandes junger Arbeiter Deutschlands. — Politische Rundschau. Von G. L. — Gewerkschaftliche Rundschau. Von Simon Kamenstein. — Notizen: Gewerkschaftliche Arbeiterinnenorganisation. — Dienstbotenfrage. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht. — Feuilleton: Das Verbenne. Von Franz Diederich. (Gedicht.) — Klammern. Von Lu Märten. — Lied eines Slaven. Von Sw. Tsch. (Gedicht.)

Für unsere Kinder: Spruch von Friedrich Bodenstedt. — Das Mädchen von der guten Fee und dem blind-laubstummten Kinde. Von H. Hendrich. — John Rannard. Von Theodor Fontane. (Gedicht.) — Der Storch und der Regenwurm. Von Karl Smal. (Fortsetzung.) — Mir rufst! Von Wih. Kopp. (Gedicht.) — Die gefüllte Dose. Von Dr. Fr. W. Joerster. — Ein Feld. Von Gustav Falke. (Gedicht.) Die „Gleichheit“ erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen beträgt der Abonnementpreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf., unter Kreuzband 85 Pf. Jahresabonnement 2,00 M. Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 16. Nummer seines 23. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Der heilige Theodor und die Heilige“ und „Die Sonne des Jaren“ sowie die Illustrationen „Polzeitropfen“, „Aus dem Dreiklassenstaat“, „Das Bild des Schuhmannes“, „Zur Fortschöpfung“, „Kassenskurz“, „Preussische Konserven“, „Auf der Suche nach Feinden“ und „Bei Serenissimus“. Der textliche Teil bringt einen Nachruf für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Karl Grünberg nebst einem Porträt desselben, ferner die Gedichte „Der russische Staatsstreich“, „Bogrom“ von Paul Enderling, „Die Nationalliberalen“, „Ein armer Keller“, „Das Lied vom Reichsverband“, „Michel“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren Skizzen „Der Weg nach unten“, „Belobte Jungen“ und eine Erinnerung aus der Parteigelehrte „Schneider“ und „Doktor“. Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennige. Plus. Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernhard.) 31. Heft. (Abonnement einjährlich der Plus-Verkauf vierteljährlich per Post und Buchhandel 3,50 M., direkt vom Verlage 4.—. Verlag, Berlin-Charlottenburg, Kochstr. 69.) Kassenbericht des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen pro 1905. Verlag von Otto Goerke, Charlottenburg. Großstadt-Dokumente. Bd. 22. Berliner Parlaments und Tingellangel von E. Dufner. Preis 1 M. Verlag v. Seemann Neßig, Berlin, Tempelhofer Ufer 29. Klimajewell. 23., prakt. Arzt, Gesundheitspflege und neuere Heilmethoden. 83 S. 2. Aufl. 1905. Leipzig, Krüger u. Co. 1 M.

Der „Wahre Jacob“ hat soeben die 16. Nummer seines 23. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Der heilige Theodor und die Heilige“ und „Die Sonne des Jaren“ sowie die Illustrationen „Polzeitropfen“, „Aus dem Dreiklassenstaat“, „Das Bild des Schuhmannes“, „Zur Fortschöpfung“, „Kassenskurz“, „Preussische Konserven“, „Auf der Suche nach Feinden“ und „Bei Serenissimus“. Der textliche Teil bringt einen Nachruf für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Karl Grünberg nebst einem Porträt desselben, ferner die Gedichte „Der russische Staatsstreich“, „Bogrom“ von Paul Enderling, „Die Nationalliberalen“, „Ein armer Keller“, „Das Lied vom Reichsverband“, „Michel“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die größeren Skizzen „Der Weg nach unten“, „Belobte Jungen“ und eine Erinnerung aus der Parteigelehrte „Schneider“ und „Doktor“. Der Preis der 14 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennige. Plus. Kritische Wochenschrift für Volkswirtschaft und Finanzwesen (Herausgeber: Georg Bernhard.) 31. Heft. (Abonnement einjährlich der Plus-Verkauf vierteljährlich per Post und Buchhandel 3,50 M., direkt vom Verlage 4.—. Verlag, Berlin-Charlottenburg, Kochstr. 69.) Kassenbericht des Verbandes der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen pro 1905. Verlag von Otto Goerke, Charlottenburg. Großstadt-Dokumente. Bd. 22. Berliner Parlaments und Tingellangel von E. Dufner. Preis 1 M. Verlag v. Seemann Neßig, Berlin, Tempelhofer Ufer 29. Klimajewell. 23., prakt. Arzt, Gesundheitspflege und neuere Heilmethoden. 83 S. 2. Aufl. 1905. Leipzig, Krüger u. Co. 1 M.

Warenhaus Fr. Pfingst & Co

Direkt an der Zentral-Markthalle

Ecke Neue Friedrichstrasse, 33 Königstrasse 33, Ecke Neue Friedrichstrasse

Direkt am Bahnhof Alexander-Platz

Grosse Posten

Reinseidene Blusen u. Blusenhemden

zum Teil Modelle, in verschiedenen Grössen, wunderbare Pastellfarben, auch schwarz, in nur gediegenen Stoffen, Luisine, Armure, Taffet, Merveilleux, Chiné, Japons und Messaline, zu noch nie dagewesenen Preissen.

Serie I
5.95
Wert bis 12.—

Serie II
9.50
Wert bis 20.—

Serie III
12.75
Wert bis 25.—

Serie IV
16.50
Wert bis 40.—

Kinder-Schul-Garderobe.

Knaben-Anzüge, Blusenfassung, in sehr haltbaren gemusterten Stoffen
für das Alter:
von 3 bis 5 Jahren 3.95
von 6 bis 9 Jahren 4.85

Knaben-Joppen-Schulanzüge, Joppe mit Palten, Sattel und Gurt, ganz gefüttert
für das Alter: von 6 bis 8 Jahren 6.85
von 9 bis 12 Jahren 8.35

Knaben-Stoff-Hosen, blau Cheviot und gemusterte, sehr haltbare Buckskins, in 6 Grössen 1.15

Knaben-Anzüge, Matrosen- u. Blusenfassung, dunkelblau, Cheviot und Kammgara
für das Alter:
von 3 bis 5 Jahren 5.75
von 6 bis 9 Jahren 7.50

Knaben-Pyjaks und Paletots, in dunkelblau Cheviot, ganz gefüttert mit Abzeichen
für das Alter: von 3 bis 5 Jahren 4.95
von 6 bis 10 Jahren 5.85

Mädchen-Schul-Kleider, aus reinwollenen La Cheviot, Lasting oder englischen Stoffen, modernster Machart, solange der Vorrat reicht
Grösse 70-85 cm 8.50
Grösse 90-105 cm 10.50
Wert bis 18.— Wert bis 24.—

Zur Einsegnung

bringen wir einen grossen Posten schwarzer und farbiger Kleiderstoffe zu hervorragend billigen Preissen zum Verkauf:

Schwarz Lasting, reine Wolle, doppeltbreit 95 Pf.
Schwarz Satintuch, reine Wolle, 145 cm breit, Mtr. 1.45
Schwarz Mohair-Crêpe, reine Wolle, doppeltbreit, Mtr. 1.25

Schwarz Cheviot, reine Wolle, 110 cm breit Mtr. 1.10
Schwarz Jacquard, doppeltbreit, mit seidenglanzenden Mohair-Effekten, Mtr. 1.10
Schwarz Seiden-Alpaka, doppeltbreit, in eleganten, neuesten Mustern, Mtr. 95 Pf.

Ein Posten: Moderne, reinwollene Stoffe, 110 cm breit, zu Prillingskleidern geeignet, Wert 2.25, Mtr. 95 Pf.
Satintuch, schwere Qualität, reine Wolle, 110 cm breit, Mtr. 1.25
Kleiderstoffe, doppeltbreit, in modernem, englischen Geschmack, Mtr. 1.10

Schwarz Merveilleux, reine Seide, Meter 95 Pf., 1.25, 1.50

Schwarz Damassé, reine Seide, Meter 1.50, 1.95, 2.25

Einfarbige Cover-coats, 110 cm breit, Wert 3.50, Meter 1.95

Ein Posten: Englische u. blaugrün karierte Röcke mit Falten- und Knopfgarnierung 2.95

Ein Posten: Blaue u. schwarze Cheviot-Röcke in den neuesten Fassons, mit 7X Trassegarnierung und breitem Falten-Volant 4.50 6.50

Um zu räumen!

Ein grosser Posten Wasch-Morgenröcke aus la Waschstoffen oder Satin, mit grossem Kragen, mit Spitzen und Einsätzen garniert
Serie I: 2.45 Serie II: 3.75 Serie III: 4.95



Th. Fork, Kretzschmar & Co.
Vereinigte Tischler- und Tapezierer-Meister.
Berlin. An der Jannowitz-Brücke 3-4.

Deutschlands größtes Möbelkaufhaus
für Wohnungs-Einrichtungen in allen Preislagen.

Verlangen Sie unser großes Musterbuch frei und unsonst.

Responvortil. Redakteur: Carl Vermuth, Berlin-Nikolai. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Kottborscher Buchdruckerei, Berlin-Anstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.

Am Mittwoch findet für Berlin und Vororte der Zahlabend statt.

Partei-Angelegenheiten.

Parteihoffnungen und Genossen!

Dienstag, den 14. August, findet Kommandantenstraße 62 im Klubhaus eine Volksversammlung statt, in welcher über „Die Frauenkonferenz und der Parteitag zu Mannheim“ referiert wird und eventuell die Wahlen dazu vorgenommen werden.

Die Vertrauensperson Berlins.

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 12. August, findet ein Ausflug mit Familie nach Kiefernau bei Köpenick statt. Treffpunkt daselbst mittags im Restaurant Seidelberg.

Zahlreiche Beteiligung erwartet Der Vorstand.

Vorsitzende. Laut Beschluss fällt der Diskutierabend heute aus; dafür findet regelmäßig jeden zweiten Mittwoch des Monats wie in Berlin ein Zahlabend statt. An diesen Zahlabenden werden die Beiträge entgegengenommen und die Partei- und Vereinsangelegenheiten erledigt.

Bezirk Waidmannslust. Zu dem am 8. August stattfindenden Zahlabend wird den Genossen die Broschüre „Kirche, Schule und Arbeiter“ von Paul Göhre unentgeltlich verabfolgt. Die Genossen werden deshalb ersucht zahlreich zu erscheinen. Für Hohen-Reuendorf und Stolpe findet der Zahlabend in Stolpe bei Bergemann erst Sonnabend nach dem 15. jeden Monats statt. Die Genossen werden ersucht, dieses zu beachten.

Schönwalde (Markt). Am Sonntag, den 12. August, 1/2 5 Uhr, findet im Lokal des Herrn Schulz zu Schönwalde die Versammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Niehle über „Arten und Formen des Massenkampfes“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Gäste haben Zutritt. Zahlreiches Erscheinen erwartet Der Vorstand.

Wilhelmsruh. Achtung! Mitgliederversammlung findet heute nicht statt; dagegen wird auf den morgigen Zahlabend hingewiesen.

Köpenick. Die Bezirksversammlung der Dammvorstadt findet heute Dienstag, den 7. August, beim Genossen Schüler, Hohenzollernplatz 6, statt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht Der Bezirksleiter.

Köpenick. Am Dienstag, den 7. August, abends 8 Uhr, findet im Kaiserhof, Grünstraße, eine Volksversammlung mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Frey zu Beil über: „Die Stellung der Sozialdemokratie zur Religion und Kirche und wie sollen wir agieren.“ 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen auch der Frauen ersucht Die Einberufenerin.

Königs-Wusterhausen. Mittwoch, den 8. August, abends 8 Uhr, findet bei Wedhorn die regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Die Broschüre „Kirche, Schule und Arbeiter“ kommt zur unentgeltlichen Verteilung. Auf der Tagesordnung steht: Berichterstattung von der Generalversammlung Groß-Berlins.

Berliner Nachrichten.

Hoffnungslos aus Hoffnungstal.

Pastor v. Bodelschwingh, der Gründer der Berliner Arbeitslosenkolonie Hoffnungstal, befindet sich trotz der freiwilligen Protektion, die unser Magistrat samt der freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit ihm gewährt, immer noch in Geldverlegenheit. In einem hiesigen Blatt klagt er darüber, daß er für seinen Kampf gegen die Gewohnheitsbettelei die erforderlichen Mittel nicht zusammenbringen kann, obwohl seine Einsammler mit unermüdbarem Eifer die Wohnungen der Reichen und der Armen abklopfen.

Man erfährt da die interessante Tatsache, daß in der abgelaufenen Woche dem Herrn v. Bodelschwingh von 12 Einsammlern ein Ueberschuß von ganzen 59,60 M. abgeliefert worden ist. Da er aus dem Ertrag der Kollekte den Einsammlern ein Gehalt von 3 M. pro Tag zahlt, was pro Woche für 12 Mann einen Gehaltsbetrag von 252 M. erfordert, so müssen diese 12 Mann mit ihrem Kollektieren in der betreffenden Woche 311,60 M. zusammengebracht haben. Ueber vier Fünftel dieser Summe mußte ihnen selber als Entschädigung überlassen werden, und noch nicht ein Fünftel konnte für die Kolonie Hoffnungstal reserviert werden. Dieß ist nicht vor kurzem, die Polizei wolle endlich einmal gegen das Kollektieren vorgehen, gegen den eingerissenen Brauch, den Einsammlern 20 Proz., 25 Proz., 33 1/2 Proz. des Ertrages zu überlassen? Da sollte sie sich zu allererst mal die Bettelei Bodelschwinghs näher ansehen, deren Ertrag aus der abgelaufenen Woche — nach seinem eigenen Geständnis — zu reichlich 80 Proz. den Einsammlern überlassen worden ist. Gewiß, 3 M. pro Tag ist keine fürstliche Entlohnung, und es war sicherlich nicht die Schuld der Einsammler, daß sie nicht viel mehr als dieses Gehalt zusammengebracht haben. Aber wenn 12 Mann eine Woche hindurch Tag für Tag von früh bis spät Haus bei Haus, treppauf, treppab laufen und schließlich einen Reinüberschuß von noch nicht 60 M., also pro Mann und Woche noch nicht 5 M., abliefern können, dann wird selbst der begeisterte Freund des Kollektierens zugeben müssen, daß hier das Kollektieren — trotz aller guter Absichten — in seinen Wirkungen zu einer Täuschung des Publikums führt. Bodelschwingh ist wenigstens so ehrlich, rückhaltlos mitzuteilen, wie wenig übrig geblieben ist. War die Woche, von der er spricht, besonders ungünstig — oder war sie noch nicht mal die schlechteste? Er sollte einmal die Bevölkerung darüber unterrichten, was denn seine Bettelei für Hoffnungstal bisher überhaupt gebracht hat und wieviel Reinüberschuß geblieben ist. Die Bekenntnisse des Herrn v. Bodelschwingh werden unsere Leser um so mehr interessieren, da auch sie von seinen Einsammlern heimgesucht werden. Bodelschwingh hebt sogar hervor, daß seinen Einsammlern die Mietskasernen der Unbemittelten jederzeit offen stehen, während sie zu den verschlossenen Häusern der Wohlhabenden überhaupt keinen Zutritt erhalten. In den reichen Quartieren des Westens gäbe es große Häuser, ja ganze Straßen, aus denen von seinen Boten nicht ein einziger Groschen heimgebracht worden sei. Man habe sie dort gar nicht in die Häuser hineingelassen.

Um sich die reichen Leute geneigter zu machen, erzählt ihnen Bodelschwingh, wie sehr sie von Bettlern belästigt würden und wie erfolgreich er gegen die Bettlerankämpfe sei, wenn eben seine

eigene Bettelei erfolgreicher wäre. Er weist darauf hin, daß im letzten Jahre von den beiden großen Asyls Berlins 817 348 männliche Personen beherbergt worden seien, und er fügt hinzu, da jeder dieser Bettler durchschnittlich 1 M. pro Tag zusammenbettele, so seien für sie rund 817 000 M. gezahlt worden. Welche Unterlagen er für diese Behauptung hat, das sagt er nicht. Er scheint in seiner Unkenntnis der Berliner Verhältnisse anzunehmen, daß alle Asylanten vom Bettel leben und alle Bettler im Asyl nächtigen. Und wo haben — seiner Ansicht nach — die Asylanten die 817 000 M. zusammengebracht? Er versichert: „Auch in den reichen Quartieren verstehen es die alten, seit Jahren im Betteln geübten Arbeitseheuen, die Wege zu finden, durch die ihnen bekannten Hintertreppen, wie sie dort eine Ernte einheimen können.“ Aber weiter unten sagt er: „Es ist nicht recht, wenn die Hausbesitzer in den vornehmen Straßen, die freilich nicht mit Bettelgeiern besetzt werden, die Türen ihrer Vorderhäuser auch gegen die Kollektanten verschließen um.“ Man sieht, der gute Herr v. Bodelschwingh meint bald so bald anders. Auch sonst scheint ihm selber nicht ganz klar zu sein, was er eigentlich beweisen will. Der Hauptwert der Arbeit seiner Kollektanten, sagt er, liege nicht in dem Geld, das sie heimbringen, sondern in den Arbeitsanweisungen, die sie den Wohlthätern zur Verteilung an Bettler übergeben. Im letzten Jahr seien über 600 000 Anweisungen ausgegeben worden. Aber in demselben Atemzuge fügt er hinzu, daß im letzten Jahr nicht mehr als — 36 mit solchen Anweisungen versehene Arbeitslose sich beim Vorsteher des städtischen Obdachs gemeldet und um Arbeit gebeten haben. Großartiger Erfolg, was?

„Wir müssen“, so jammert Bodelschwingh, „die Waffen strecken, wenn uns die reichen Leute nicht ebenso freundlich ihre Türen aufzum, wie die Armen.“ Die Waffen wird er auch strecken müssen, wenn die Berliner Arbeitslosen nicht mehr Zutrauen zu ihm haben, als es ihm bisher von ihnen entgegengebracht worden ist. Soll man's ihnen verdenken, daß sie nichts von ihm erwarten? Wer sich in die Knechtschaft solcher Anstalten begibt, dessen Lage wird gewöhnlich nicht gebessert und oft genug sogar noch verschlimmert. „Laßt jede Hoffnung hinter Euch, Ihr, die Ihr eintretet!“ Es wird auch in Hoffnungstal, seinem Namen zum Trotz, nicht anders werden.

Ueber das Berliner Haupttelegraphenamt macht dessen Vorsteher, Telegraphendirektor v. Schr., in einem Artikel die folgenden interessanten Angaben: Im Jahre 1853 belief sich der Verkehr auf 48 884 Telegramme, d. h. auf 28 Proz. des Gesamtverkehrs der in Preußen vorhandenen 53 Telegraphenstationen; 1904 bearbeitete das Amt über 10,84 Millionen Telegramme, d. h. 28,8 Prozent der bei den 20 442 Stationen des Deutschen Reiches verarbeiteten 44,71 Millionen Telegramme. Die höchste bis jetzt erreichte Tagesleistung betrug 81 092 Telegramme (12. Oktober v. J.). Die Zahl der vorkommenden Verkehrsstörungen (Entstellungen von Telegrammen) ist verhältnismäßig gering. Die meisten Fehler kamen beim Kopierbetriebe vor, nämlich einer auf 5372 Telegramme, beim Klopfbetriebe sind die Fehler seltener: einer auf 9180 und beim Hühnerbetriebe fast verschwindend: einer auf 23 874 Telegramme (gleich 0,004 Proz.). Das ist zweifellos ein sehr günstiges Ergebnis. Dabei hat die Schnelligkeit der Beförderung erheblich zugenommen: vor vier Jahren betrug der Aufenthalt eines Telegramms auf dem Haupttelegraphenamt etwa eine halbe Stunde, heute, wo die Hausrohrpost für schnellere Beförderung sorgt, nur noch neun bis zehn Minuten. In der Verteilung der Depeschen nimmt das Amt am Tage nur insoweit teil, als die Empfänger im Umkreise von 600 Meter wohnen, lebhafter nimmt es an der Nachtbeförderung teil, und nach Mitternacht führt es die Beförderung überhaupt allein für ganz Berlin aus. Von den sonstigen Dienstverrichtungen des Haupttelegraphenamtes seien hervorgehoben: die tägliche Abgabe des Uhrzeigers an die inländischen Telegraphenanstalten, die regelmäßigen Messungen in sämtlichen von Berlin ausgehenden Telegraphenleitungen, die Leitung und Ueberwachung der Telegraphenbetriebsstelle im königl. Schloss, die bauliche Instandhaltung der Diensträume (auch des Hauptfernsprechamtes), die Bearbeitung der Personalien usw. Bei dem letzteren Punkte handelt es sich um nicht weniger als 2080 Personen, daneben sind die jugendlichen Telegrammbesteller — zurzeit 450 — anzunehmen, im Radfahren usw. auszubilden, die Postbeamten und Dienstansänger in der Telegraphie zu unterrichten, Prüfungen abzuhalten (jährlich etwa 450) usw. Da fast sämtliche Beamte der Post und Telegraphie dem Haupttelegraphenamt entnommen werden, so findet bei dieser Behörde stets ein starker Wechsel im Personal statt. Alles in allem läßt sich sagen: das Haupttelegraphenamt in Berlin marschiert an der Spitze der deutschen Verkehrsanstalten; nächst den Zentraltelegraphenämtern in London und Paris ist es die größte Telegraphenanstalt der Welt. Es bildet den Mittelpunkt für den großen inländischen und ausländischen Telegrammverkehr in Deutschland.

Der Gewitterdienst im Fernsprechwesen kann trotz des auf verschiedenen Punkten bereits eingeführten unterirdischen Betriebes doch noch nicht zur allgemeinen Anwendung kommen. Bis auf weiteres müssen diejenigen Fernsprechanlagen, die eingeschaltet werden, an welche Teile von Vororten angeschlossen sind. So gehört beispielsweise Treptow zu dem Amt IV; verschiedene Ortsteile von Schöneberg sind bei Amt VI angeschlossen. Da nun in den Vororten die Umwandlung des Oberleitungsnetzes in solchen der Unterleitung noch nicht allgemein vollzogen werden konnte, führen nach diesen Vororten noch Luftseile, welche die Uebertragung der Mitgefahre ermöglichen. Aus diesen Gründen muß der Betrieb während der Gewitter eingestellt werden, doch wird die Störungszeit auf das Mindestmaß beschränkt.

Verlegung von drei Straßenbahnlinien. Drei wichtige Linien der Straßenbahn müssen wegen Straßenbauarbeiten verlegt werden. Die Kurfürstentrasse wird zurzeit zwischen dem Kurfürstendamm und der Schlüterstraße asphaltiert. Um die Arbeiten zu beschleunigen werden deshalb die beiden Straßenbahnlinien 93 und 98 Charlottenburg-Görlitzer Bahnhof vom Lützowplatz nicht durch die Schlüter- und Kurfürstentrasse, sondern auf den Gleisen der Charlottenburger Gesellschaft durch die Wichmannstraße und über den Kurfürstendamm geleitet. Ebenso gehen die Wagen der Linie 78 Frankfurter Allee-Bilmersdorf nicht durch die Schlüter- und Kurfürstentrasse, sondern durch die Wichmannstraße und über den Kurfürstendamm. Hier wird eine Gleisverbindung nach der Rübnerbergstraße hergestellt, über die die Linie wieder in die Rübnerbergstraße geleitet wird, um ihren planmäßigen Weg wieder aufzunehmen. Die Änderungen treten heute früh ein.

Ein nobler Baumunternehmer, wie sie im Laufe der Jahre vorkommen, scheint der zuletzt in der Mirbachstraße wohnende, jetzt unbekanntes Aufenthaltsort habende Herr A. Schlegel zu sein. Wegen

1105 M. Restlohn klagten 84 Arbeiter, die er beschäftigt hatte, beim Gewerbegericht. Da aber der Aufenthalt des Herrn nicht bekannt ist, erfolgt in der letzten Nummer des Gemeindeblattes die öffentliche Alagezettelung. Die Arbeiter werden wohl ihre Hoffnungen, ihren wohlverdienten Lohn zu erhalten, wesentlich herabstimmen und sich mit der Verurteilung des Herrn zufriedener geben müssen, denn was schließlich nichts ist, hat auch der Kaiser sein Recht verloren.

Sein 15. Sängerefest feierte am Sonntag in den in Friedrichshagen am Müggelsee gelegenen Lokalen „Müggelschlößchen“ und „Strandlösch“ der Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgebung. Schon frühzeitig hatten sich die Mitglieder der zahlreichen Gesangsvereine mit ihren Angehörigen sowie viele Freunde des Gesanges aufgemacht, um den Sonntag voll auszunutzen. Stark besetzte Eisenbahnzüge, Dampfer und zahlreiche Kremser brachten die große Teilnehmerzahl heran, die sich in den Nachmittagstunden wohl bis auf 20 000 schätzen ließ. In der Deide zwischen Müggelschlösch und Strandlösch herrschte ein reges, buntes Leben und Treiben. Drei Kapellen sorgten für Unterhaltung, während außerdem da und dort kleine Gesellschaften unter sich Geselligkeitsspiele veranstalteten und sich in ihrer Art amüsierten. Es tat auch dem Feste keinen erheblichen Eintrag, daß Petrus am Sonntag den Schall im Raden und einen wahren Apriltag geschickt hatte. Geradezu jäh wechselten Sonnenschein mit stürmischen Winden und Regenschauern ab. So unangenehm das im Freien ist, wo so viel Menschen schwer unter schädlichen Hüllen untergebracht werden können, so nahmen wohl die Mehrzahl der Besucher diese Seite der Sache mit dem nötigen Humor auf, denn der Berliner Ausflügler ist dergleichen gewöhnt.

Den Hauptpunkt des Festprogramms bildeten die Wassengänge, die unter Leitung des Bundesdirigenten Herrn Blobel auf dem Festplatz nach Beendigung des Festzuges veranstaltet wurde. Hier zeigte der Bund, was im letzten Jahre geleistet wurde, und daß er bestrebt ist, in gefanglicher Hinsicht nicht nur Gutes zu leisten, sondern vor allem auch, daß bei ihm die wahre Pflege des Volksliedes und des Freiheitsliedes ihre Stätte hat. Die vielen Tausende von Zuhörern, die auf dem Festplatz den Vorträgen aufmerksam folgten, kargten denn auch nicht mit dem wohlverdienten Beifall.

Im großen und ganzen ist das Fest gut verlaufen und sind uns Mitteilungen über etwaige Unglücksfälle nicht gemacht worden. Die Kontrolle auf dem Wasser hatten Abteilungen des Arbeiter-Schwimmerbundes übernommen, während auf dem Lande die Arbeiter-Samariterkolonne ihre Samaritertätigkeit entfaltete.

Die Kolonne wurde in 18 Fällen in Anspruch genommen. Die Verletzungen resp. Erkrankungen waren jedoch nicht erheblicher Natur, mit Ausnahme von einigen Fällen, wessertlich durch Unvorsichtigkeit und einige Verletzungen durch Stachelkraut ist alles günstig abgelaufen. Zum Schluß wurde an der Fähr eine Frau von Epilepsie befallen, konnte jedoch mit Hilfe eines Samariters in ihre Wohnung befördert werden.

Verhältnismäßig frühzeitig, durch die kühle Witterung beeinflusst, strebten die Besucher wieder ihren heimlichen Benaten zu, wobei viele sich noch einiger Duschfluren unterziehen mußten und zwar, um erst mit der Fähr nach Friedrichshagen zu kommen, dann aber um einen Platz in dem vollgeproppten Eisenbahnwagen zu erlangen.

Vor den Augen der Ehefrau ertrunken. Einen tragischen Tod hat der 29jährige Architekt P. aus der Wilowstraße in der Sommerfrische gefunden. P. war mit seiner jungen Frau, mit der er erst vor wenigen Wochen den Bund der Ehe eingegangen war, nach Rüdowshafen an der Oberpreze zur Erholung gefahren. Am Sonnabendabend nahm er, da er ein leidenschaftlicher Schwimmer war, ein Bad in der See. Seine Frau ging währenddessen am Ufer spazieren. Plötzlich beobachtete sie, daß ihr Mann in den Fluten verschwunden und nicht wieder an die Oberfläche kam. Auf die erschütternden Hilferufe der entsetzten Gattin eilten andere Sommergäste hinzu und versuchten, P. zu retten. Sie konnten ihn jedoch nur noch als Leiche bergen.

Durch die Explosion einer Rakete schwer verletzt. Ein recht bedauerlicher Unglücksfall hat sich Sonntagabend in einer Laubenkolonie an der Grünalerstraße zugetragen. Die Kolonisten hatten dort ein großes Entenfest veranstaltet und abends gegen zehn Uhr fand ein Feuerwerk statt. Eine der Raketen fiel dabei nieder, ohne zur Explosion zu kommen. Ein Schulknabe fand den Feuerwerkskörper und zündete ihn an, damit er noch nachträglich explodiere. Kaum hatte er jedoch das Streichholz an die Rakete herangehalten, so freierte diese frühzeitig und die ganzen Geschosse drangen dem 13jährigen Schulmadchen Dorothea nach, Inalldenst. 118, das dicht dabei gestanden hatte, in den Mund. Dem bedauernswerten Kinde wurde der Unterkiefer vollständig zerquetscht, die Lippe bis zum Kinn aufgerissen und fünf Zähne herausgeschlagen. Es wurde zunächst nach der Unfallstation in der Wadstraße und nach Anlegung von Notverbänden nach der königlichen Klinik in der Ziegelstraße gebracht.

Todesstürze. Bei einem bedauerlichen Unglücksfall hat am Sonnabendabend ein junges Mädchen sein Leben einbüßen müssen. Die 19jährige Hedwig Jangow aus der Gräfeistr. 38 hatte in der dritten Etage die Fenster gepußt. Als sie auf der Brüstung stehend einen Kübel Wasser hochheben wollte, verlor sie plötzlich das Gleichgewicht und stürzte mit einem Auffrei in die Tiefe hinab. Die Bedauernswerte hatte bei dem Aufschlagen auf das Pflaster so schwere Verletzungen erlitten, daß sie nach wenigen Minuten starb. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt und in das Schanhaus eingeliefert.

Bei einem verhängnisvollen Sturz hat am Sonntag der Kaufmann Wilhelm Thaeus seinen Tod gefunden. Th. hatte in der in der dritten Etage gelegenen Wohnung zum Fenster hinausgesehen und sich unvorsichtigerweise zu weit mit dem Oberkörper vorgebeugt. Infolgedessen verlor er plötzlich das Gleichgewicht und stürzte so unglücklich auf die Straße hinab, daß er fast auf der Stelle starb.

Zwei Bootsunfälle werden vom letzten Sonntag gemeldet. Beide sind durch die Leichtfertigkeit der Insassen herbeigeführt worden, welche sich trotz der ziemlich stürmischen, zeitweise böigen Witterung in Segelbooten auf das Wasser hinauswagten. Nachmittags kenterte auf dem Tegeler See in der Nähe der Röhreinfel ein mit fünf Personen besetztes Segelboot, dessen Insassen der Bootsführung anscheinend unfähig waren, infolge eines falschen Manövers. Es gelang vier der Verunglückten zu retten, während der fünfte, der sich in der Kajüte befand, dadurch ertrank, daß das Boot vollständig umgeschlagen war und die Bemühungen, es wieder aufzurichten, längere Zeit in Anspruch nahmen. — Der zweite Unfall ereignete sich auf dem Seddinsee, wobei drei Personen in erste Lebensgefahr gerieten. Diese waren bei dem ziemlich steifen Winde in einem kleinen Segelboot auf den hochgehenden See hinausgefahren. Ein plötzliches Umspringen des Windes, welches von dem Segelführer nicht bemerkt worden war, brachte das Fahrzeug zum Kentern. Die drei Schwimmers unfähigen Insassen hielten sich zwar an dem umgeschlagenen Rachen fest, gerieten aber trotzdem in eine gefährliche Lage, weil sich keine Boote in der Nähe befanden. Sie trieben nahezu eine halbe Stunde auf dem Wasser, ehe der Unfall bemerkt wurde und die Rettung der Verunglückten vollzogen werden konnte.

Auf seine Schwiegermutter, die Restaurateurstochter Ebel, Madaistraße 11, geschossen hat gestern der Konfektionschneider R. Frau Ebel wurde indes nur an der Schulter verletzt und konnte in Haus-

Behandlung verbleiben. Der Revolverhändler wurde verhaftet. Unglückliche Familienverhältnisse sollen die Ursache des Schrittes sein.

Beim Gerüstbau abgestürzt. Gestern nachmittag 1 1/2 Uhr stürzte am Tempelhofer Ufer vor dem Hause Nr. 90 der 29jährige, bei der Hochbahn angestellte Streckenarbeiter Gustav Kugel aus der Kopenhagenerstr. 2, als er mit mehreren Kollegen ein Gerüst für die Anstreicher der Hochbahn aufbaute, aus beträchtlicher Höhe auf das Straßengestühl herab. Augenzeugen behaupten, daß der Unglückliche deshalb ausgeglitten sei, weil der Bretterverschlag nicht dicht genug war, erst nach dem Unfall sei derselbe vorchristlich hergestellt worden. Kugel, der außer schweren inneren Verletzungen einen Schädelbruch erlitten hat, wurde in bestimmungslosem Zustande von einem Schuttmann des 71. Polizeireviers zunächst nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer 1a und von da nach dem Krankenhaus am Urban geschafft.

Wachposten vom Hitzschlag getroffen. Großes Mißgeschick hatte am Sonntagnachmittag der Gefreite Schäfer vom Garde-Rüsküler-Regiment. Er war an der Waage am Brandenburger Tor auf Posten gezogen und brach unter der Einwirkung der Sonnenstrahlen vom Hitzschlag getroffen plötzlich zusammen. Einige Rüstlinge brachten den Kameraden nach der Rettungswache in der Mauerstraße, wo er wieder ins Leben zurückgerufen wurde. Sch. fand dann im Garnisonlazarett in der Scharnhorststraße Aufnahme.

Auf dem Charlottenburger Bahnhof der Hochbahn geriet gestern nachmittag um 6 Uhr ein Hochbahnwagen in Flammen, was eine hochgradige Panik hervorrief. Die herbeigerufene Feuerwehr löschte den Brand. Passagiere sind nicht zu Schaden gekommen. Das Feuer ist wohl durch Kurzschluss entstanden.

Freie Fortbildungskurse für Arbeiter, veranstaltet von der sozialwissenschaftlichen Abteilung der Königl. technischen Hochschule zu Berlin. Sonntag, den 12. August, findet ein gemeinsamer Ausflug statt. Treffpunkt Bahnhof Grunewald morgens 7 1/2 Uhr.

Das frühere National-Theater am Weinbergsweg ist unter dem Namen Bahnhalle-Variété-Theater in ein Spezialitäten-Theater umgewandelt worden. Es steht unter der Leitung des Direktors Sattmacher und findet bereits am 1. September die Eröffnungsvorstellung statt.

Radrennen Berlin-Steglitz, 5. August. Robis, des bekannten Münchener Weltmeisters, erstes Rennen nach seinem am 1. Juli in Leipzig erfolgten schweren Sturze war das Hauptereignis des Tages. Mit seinem Landsmann Huber, dem Franzosen Darragon und dem Belgier Vanderstuyft bestritt er den Großen Sommerpreis, ein Stundenrennen mit Motorführung. Robis zeigte wieder eine großartige Leistung; wenn er auch das Rennen nicht gewinnen konnte, so war sein Fahren höchst anerkanntswürdig; denn nachdem er anfangs zurückgeblieben und über drei Runden verloren hatte, leistete er später dem Belgier hartnäckigen Widerstand, so daß dieser den Versuch, an Robis vorbeizugehen, als aussichtslos aufgeben mußte. Das Rennen war überhaupt nur ein Kampf zwischen diesen beiden Fahrern, denn Huber, der anfangs die Spitze hatte, fiel bald zurück und verlor Runde um Runde. Darragon, der vor acht Tagen in Genf die Weltmeisterschaft gewonnen hatte, war am Sonntagabend beim Trainieren schwer gestürzt und hatte sich dabei bedeutende Verletzungen am Kopf und an den Armen zugezogen; mit verbundenem Kopf erschien er am Start; aber schon nach dem 10. Kilometer gab er auf. Leider konnte das Rennen nicht bis zu Ende gebracht werden, denn nach dem 40. Kilometer begann es zu regnen. Koch wurde weiter gefahren, doch da der Regen immer stärker einfiel und die Schrittmacher die Bahn verlassen, wurde das Rennen bei 52 1/2 Kilometer abgebläut. In dem Fliegerrennen erwies sich K u d e l a den anderen überlegen.

Straßenverengungen. Die Lübbenerstraße von Brangel- bis Götlicherstraße wird behufs Asphaltierung vom 6. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt. — Die Kochstraße zwischen Charlotten- und Jerusalemstraße wird behufs Asphaltierung vom 6. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt. — Die Stufenbrücke im Tiergarten wird behufs Reparatur vom 6. d. Mts. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt.

Feuerwehrbericht. Am Sonntagnachmittag wurde die Feuerwehr nach dem Wilhelmplatz gerufen. Dort drohte ein großer vor dem Palais des Prinzen Leopold stehender Baum umzufallen. Da die Passage auf dem Straßendamme gefährdet war, wurde der alte Baum von der Feuerwehr gefällt. Am Sonntagabend geriet im Leistung-Theater im letzten Akt von „Die lustige Witwe“ die Isolierung vom Bühnenregulator in Brand. Die anwesende Feuerwehr besetzte schnell die Gefahr, so daß das Publikum nichts davon bemerkte. Gestern nachmittag um 6 Uhr kam im Dienstgebäude des Anhalter Personenbahnhofs Feuer aus. Im Keller brannten bei Ankniff der dritten Kompanie Pechkuchen und anderes. Wegen mehrerer Wohnungsbrände wurde die Feuerwehr nach der Wemelerstraße 10d, Grüner Weg 3, Georgenstraße 56, 2. Etage rechts, Wdowstr. 9 IV, Friedenstraße 53 und anderen Stellen gerufen. Viel zu schaffen machen jetzt der Feuerwehr Pechkuchenbrände. In der Badstr. 62, Staligerstr. 40, auf dem Schlessischen Nordbahnhof, Ostbahnhof, dem Götlicher, Anhalter und dem Wobitzer Güterbahnhof u. a. hatte die Feuerwehr solche Brände zu löschen. An einigen Stellen hatte die Wehr sogar mehrere Male zu tun. Zum Auspumpen von Wasser rückte der erste Zug nach der Dirschstr. 47 aus. In der Chausseestr. 94 brannte ein Keller. Weitere Meldungen liefen aus der Dramenstraße, Müllerstr. 112 und verschiedenen anderen Orten heute ein.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Kommunale Angelegenheiten. Der Pflegegeldsatz für städtische Kostpfliegerkinder bis zum vollendeten ersten Lebensjahre ist durch Beschluß des Magistrats vom 1. August ab von 21 auf 25 Mark monatlich erhöht worden.

Neueinrichtung in der Organisation der Wald-erholungsstätten. Der Vaterländische Frauenverein in Pantow hat im Anschluß an die Erholungsstätte des Roten Kreuzes für Frauen in Schönholz eine Wald-erholungsstätte für schwächliche und kranke Säuglinge eröffnet, in der Säuglinge nötigenfalls auch für die Nacht verbleiben können. Die neue Erholungsstätte hat sich der Verwaltung von Charlottenburg gegenüber bereit erklärt, auch Charlottenburger Säuglinge zu den bisherigen Sägen in Pflege zu nehmen. Anmeldungen sind an die Wald-erholungsstätte vom Roten Kreuz für Frauen in Schönholz zu richten. Die Charlottenburger Stadtdärzte, Waisenärzte und Waisenpflegerinnen werden ersucht, in geeigneten Fällen Anträge auf Ueberweisung von Säuglingen bei der Deputation für die Waisenpflege einzureichen.

Verteilung von Zinsen. Zu verteilen sind am 10. September 52,13 M. Zinsen des Weichsen Vermögensnisses an würdige Arme (wie oblich an zwei Personen oder Familien), und im Oktober 24,19 M. Zinsen des Hadenhamidschen Vermögensnisses an zwei verschämte Arme zur Beschaffung von Holz.

Verzögerung in der Erledigung von Unter-stützungsge suchen. Die Armenverwaltung weist darauf hin, daß sie meistens die Beobachtung gemacht hat, daß einzelne Armenkommissionen vornehmer die ihnen zugehenden Unterstützungsge suchte längere Zeit, in einzelnen Fällen sogar einige Wochen bei sich liegen gelassen haben, statt sie sofort einem Armenpfleger zur Prüfung zuzuschreiben. Das ist auch in solchen Fällen geschehen, die, wie zum Teil Anträge auf Ueberweisung in eine Lungenheilstätte, deutlich als eilig und dringend erkennbar, zum Teil auch von der Armenverwaltung ausdrücklich als eilig und sofort zu erledigend bezeichnet waren. Infolgedessen ersucht die Direktion der Armenkommissionen vornehmer, dafür Sorge zu tragen, daß solche Sachen sofort nach Eingang zur Prüfung an den zuständigen Armenpfleger gelangen.

Fürsorge für Schwangere. Die Stadt hat dem Charlottenburger Hauspflegeverein 3000 M. zur Verfügung gestellt, um daraus unentgeltlichen Schwangeren, die sich bei ihm zur Bewahrung einer Hauspflege melden, in den letzten Wochen vor der Entbindung Unterstützungen in Gestalt von Milch, Kräftigungsmitteln, nahrhafter Kost usw. zu gewähren, damit sie demnächst infante sind, ihr Kind möglichst selbst zu stillen. Der Hauspflegeverein hat zur Durchführung dieser neuen Aufgaben eine besondere Ernährungsabteilung eingerichtet, deren Geschäftsstelle sich Marktstr. 71 befindet. Sprechstunden finden daselbst Dienstags und Freitags von 10—11 Uhr vormittags statt. Schwangeren, die beabsichtigen, ihr Kind selbst zu nähren, denen ihre Verhältnisse aber eine genügend gute Ernährung nicht gestatten, haben sich dort zu melden. Die Unterstützung erfolgt nach vorheriger Recherche regelmäßig durch Gewährung kräftigen Mittagessens auf 4 Wochen.

Fürsorge für Lungenkranke. Der Brandenburgische Provinzialverein zur Bekämpfung der Tuberkulose hat in Burg-Daber bei Wittstock (Dosse) ein Pflegeheim für Lungenkranke (Männer und Frauen), die sich zur Aufnahme in eine Lungenheilstätte nicht mehr eignen, eröffnet. Für Frauen ist die Anstalt die erste dieser Art in Deutschland. Der Verpflegungssatz ist auf 2,50 M. täglich festgesetzt. Die Charlottenburger Armenverwaltung hat bereits eine Anzahl von Kranken in das neue Pflegeheim überwiesen. Voraussetzungen für die Ueberweisung ist, 1. daß voraussichtlich keine Aussicht auf Heilung oder wesentliche Besserung mehr besteht, 2. daß der Kranke eine Gefahr für seine Umgebung bildet, 3. daß eine ausreichende Isolierung des Kranken in der Wohnung nicht möglich ist. Die Armenverwaltung fordert die Stadtdärzte auf, gegebenen Falles Anträge auf Ueberweisung von Kranken in die neue Anstalt bei ihr einzureichen.

Verloren gegangen ist die leere Sammelliste Nr. 15 für die ausgesperrten Lithographen und Steindruckere Deutschlands, sowie Liste Nr. 41 der ausgesperrten Buchbinder, ebenfalls leer. Letztere ist mutmaßlich auf dem Bau oder der Bahn verloren gegangen. Dieselben sind anzuhalten und bei Unterzeichnetem abzuliefern. Der Ausschuß der Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

Johann Scheible, Widmarstr. 35, II. Weitere Listen sind bei Obigem zu haben.

Lichtenberg.

Die Generalversammlung der hiesigen Detektivkassen, welche am Sonntagabend im „Schwarzen Adler“ tagte, beschäftigte sich mit den unliebsamen, durch drei ungerechte Beamte verschuldeten Vorständen. Es sind Kassengelder in Höhe von über 6000 M. unterschlagen worden. Durch welche Manipulationen die Unterschleife möglich waren, wird genauer wohl erst das gegen die früheren Kassenebeamten Hassenstein, Töpfer und Grothe eingeleitete Strafverfahren feststellen. So viel hat aber die Generalversammlung schon ergeben, daß frühere Vorgänge und Verhältnisse, an denen die jetzige Verwaltung vollständig unbeteiligt ist, den eigentlichen Keimboden auch der — um zur Tagesordnung stehenden Unterschleife abgeben haben. In ganz unerwarteter Weise wurde am Sonntagabend der Schleier etwas gelüftet, weit genug, um erkennen zu lassen, was im Hintergrunde gespielt wird. Es wird immer klarer, daß die hiesige „Volksztg.“ mit ihrer Hege gegen den Rentanten und der merkwürdigen Milde für die Defraudanten auf dem Boden wohlverstandener Interessen steht und daß die bisherigen Arbeitgebervertreter im Vorstand der Kasse nur als die von den „Volkszeitungs“-Leuten Geschobenen zu betrachten sind. Zur allgemeinen Ueberaschung plägte einer der Arbeitgebervertreter mit dem Gehörten heraus, ihm sei längst bekannt gewesen, daß an der Kasse nicht alles in Ordnung war. Und auf einen zweifelnden Ruf aus der Versammlung bekräftigte der Herr seine Erklärung und gestand weiter, daß er bereits vor 7/8 Jahren den zweiten Vorsitzenden Herrn Groß (Arbeitgebervertreter) davon in Kenntnis gesetzt habe. Herr Koch (Verleger der „Volksztg.“) erklärte, auch ihm seien Unregelmäßigkeiten längst bekannt gewesen. Und ein anderer Arbeitgebervertreter gab fund und zu wissen, daß einer der Defraudanten bei ihm Einläufe gemacht hat, die weit über dessen Verhältnisse hinausgingen! Und wozu benutzen die Herren ihre Kenntnis? Zum Schweigen und Nichtstun! Ja, als Herr Groß einmal aufgefordert wurde, eine Revision der Kasse und Restliste vorzunehmen, lehnte er ab mit dem Bemerten, dafür habe man doch einen Beamten angestellt! So sah die Herr Arbeitgebervertreter seine Pflicht als Vorsitzender auf, obwohl er von anderer Seite darauf aufmerksam gemacht war, daß etwas nicht in Ordnung sei. Und den übrigen Vorstandsmitgliedern gegenüber schwieg er! Warum eigentlich? Warum jetzt noch die auffälligen Versuche, den in Anklagezustand befindlichen Herrn Grothe reinzuwaschen? Die Herren wußten, daß sie der jetzigen Verwaltung ungetreue Beamte ins Erbe gegeben hatten. Schon unter der früheren Verwaltung, in der zum Beispiel auch Herr Koch war, waren Unterschlagungen vorgekommen und der Herr Grothe war einer von denen, die dabei waren. Man ließ damals Milde walten. Herr Grothe konnte sich sogar eines Anstellungsvertrages rühmen, der auf Lebenszeit galt. Obwohl man die Ehrlichkeit der neuen Verwaltung kannte, obwohl man sich jetzt der Kenntnis verschiedener Unregelmäßigkeiten rühmt, schwieg man und ließ somit geschehen, was geschehen ist. Bloß ein Bedürfnis schien man zu haben, das den Rentanten unmöglich zu machen. Die ungetreuen Beamten fanden eine gewisse Ermüdung für ihre Operationen hinter den sorgfältigen Angriffen, denen der Rentant in der „Volksztg.“ ausgesetzt war. Und vor der letzten Generalversammlung berichtete das Blatt nicht etwa über Unregelmäßigkeiten, deren Kenntnis Herr Koch sich am Sonntagabend rühmte, es kam mit dem 15 000 Mark-Umsatz heraus. Daß es sich in dem Falle nur um einen Buchungsfehler handelte, der von gar keiner materiellen Bedeutung war, wie ja auch die behördliche Revision schnell feststellte, wußte man an der „Volksztg.“ ganz genau, aber es galt ja nur Stimmung zu machen gegen eine mißliebige Person. Der Schuß ging vorbei! Man erlor man ein anderes Mittel, der Rentant sollte fallen, um jeden Preis. Auch dachte man wohl daran, sich selbst jeder Verantwortung zu entziehen. Daß man sich dabei ganz geräuschlos verhalten hat, wird die Folge zeigen. Verschiedene Delegierte hoben in der Generalversammlung mit Recht hervor, daß die Arbeitgebervertreter im Vorstand, die trotz ihrer Kenntnis über Unregelmäßigkeiten nichts sagten und der Aufforderung zur Kontrolle nicht nachkamen, an den Unterschlagungen direkt mitschuldig sind, sie die ihnen durch Gesetz und Ordfestsetzung auferlegte Pflicht gröblich verletzt haben. Die Vorgänge nach der letzten Generalversammlung sind eine weitere Illustration zu dem eigenartigen Spiel. In der letzten Generalversammlung betonte Herr Groß ausdrücklich, daß die Arbeitgeber- und die Arbeitnehmervertreter im Vorstande stets einmütig zusammengearbeitet hätten. Wenige Tage darauf legten die Herren Arbeitgebervertreter ihr Amt als Vorstandsmitglieder nieder. Nun beachte man das Doppelspiel: Am Sonntagabend erklärte Herr Groß, es sei nicht wahr, daß er nur wegen der Vorgänge in der letzten Generalversammlung sein Amt niedergelegt habe, in der Hauptsache sei das geschehen, weil ihm im Vorstande nicht genügend Vertrauen entgegengebracht worden sei. Das stimmt zunächst nicht zu der damaligen Erklärung des Herrn Groß, auch wies der Vorsitzende Schulz sofort nach, daß in dem Schreiben, das die Herren bei der Behörde einreichten, als Grund der Amtsniederlegung angebliche beleidigende Verurteilungen, die in der vorigen Generalversammlung gefallen sein sollen, angegeben sind. Nun sahen die Herren in der Zwischmahl und kamen nicht wieder heraus. Die verschiedensten Gründe brachten sie auf Tapet. Verurteilungen und Vorkommnisse, die ein Jahr und länger zurückliegen, sollten die Veranlassung gewesen sein; dabei haben sie selbst noch vor einigen Monaten das schönste, harmonische Zusammenarbeiten konstatiert. Sogar Vorgänge aus den letzten Wochen wurden als Gründe der — vorantegangenen Amtsniederlegung angegeben. Zug um Zug wurden die Herren matt gesetzt; es gab kein Entrinnen, sie mußten sich sagen lassen, daß sie nur der Selbstverwaltung der Kasse zu Leibe rücken wollten.

Zum besseren Verständnis des ganzen Spieles müssen wir auf noch einen Umstand aufmerksam machen. Die Leute, die hinter der „Volksztg.“ stehen, sind dieselben, mit denen der Rentant Grauer in der Gemeindevertretung sehr oft zusammenhängt. Die durch Grauer und unsere anderen Genossen vertretenen Kräfte sozialpolitischer Natur, Schul- und Steuerfragen, Lehrerbildung usw. betreffend, finden in der „Volkszeitungs“-Gruppe jedesmal hartnäckige Bekämpfer, während andererseits die reaktionären Bestrebungen jener Gruppe durch Grauer bei jeder Gelegenheit gründlich beleuchtet werden. Da ist man bei des Rätsels Lösung angelangt. Den unbehaglichen Gemeindevertreter glaubt man wohl los zu werden, wenn man ihn wirtschaftlich unmöglich macht.

Mit was für Leute man sich doch herumzuschlagen muß!

Steglitz.

Auf dem Lügenpfade ertappt und dafür vom „Vorwärts“ gezüchtigt wurde erst vor kurzem der „Steglitzer Anzeiger“ resp. sein Redakteur E. S. N. Anscheinend ist jedoch bei diesem Herrchen das Sigleder noch von der Schulbank her derart unempfindlich, daß die Lektion nicht „gezogen“ hat, denn er leistet sich schon wieder einen Schimpfartikel gegen den „Vorwärts“, der dem „Dreißigsten“ alle Ehre machen würde. Verdächtigung, Schmähung, Stinkbomben der Genossen, schloße Verdächtigung, Vergehung, vergiftete Pfeile, absichtliche Verleumdungen, lähmes Lügengebilde, Schmutzergüsse, böswillige Schmähungen — das sind einige Verlen aus dem Geschreibsel, mit welchem der junge Mann den Amtsvorsteher Buhrow von dem Vorwurf zu reinigen sucht, daß er die Arbeiter mit anderem Maße mißt, wie die „Gutgefintten“. Obgleich E. vergißt, daß er die reaktionalen Notwendigkeiten „aus freien Stücken“ berührt hat, muß man doch stark vermuten, daß er „inspiriert“ worden ist, sonst könnte er nicht schreiben: „Der Gendarmerie-Wachmeister Brandt hatte nun keineswegs den Auftrag, der Versammlung durch Auflösung ein Ende zu bereiten, er bekam überhaupt von dem Amtsvorsteher keine Order.“ — Es dürfte für die Zukunft vielleicht doch empfehlenswert sein, bei ähnlichen Gelegenheiten die „Leitartikel“ gleich auf dem Rathsaule schreiben zu lassen, dann brauchte sich E. nicht erst seine Ratbelat noch öffentlich bestätigen zu lassen. Denn etwas anderes ist es schließlich nicht, wenn er schreibt: „Der „Vorwärts“ weiß doch sicher ebenso gut wie wir, daß die Festschließung der sogenannten Polizeistunde nicht im Nachbereich des Amts-vorsteher liegt, sondern durch die Regierung erfolgt.“ — Die Unschuld vom Lande! Daß der Amtsvorsteher das Recht hat, die sogenannte Polizeistunde zu verlängern, also über 10 Uhr abends auszudehnen, das braucht E. ja nicht zu wissen. Das ist aber gerade der springende Punkt! Bis 10 Uhr abends hat der Amtsvorsteher nichts zu bewilligen, von 10 Uhr ab alles; deshalb kann auch nur der Amtsvorsteher, nicht die Regierung dafür verantwortlich gemacht werden, wenn Arbeiter-versammlungen wegen Eintrittes der Polizeistunde aufgelöst werden. Niemand hindert den Amtsvorsteher, Lokale mit Arbeiterverkehr in bezug auf die Polizeistunde ebenso zu behandeln wie sämtliche bürgerlichen Lokale. Tut er das trotzdem, so handelt er parteiisch und er darf sich dann auch nicht wundern, wenn die in ihren staatsbürgerlichen Rechten verletzten Arbeiter die Konsequenzen daraus ziehen.

Vielleicht erkundigt sich der Verfasser des Schimpfartikels einmal persönlich beim Amtsvorsteher, wer eigentlich die Polizeistunde festsetzt. Bei der bekannten persönlichen Liebenswürdigkeit des Herrn Buhrow sind wir überzeugt, daß er dem jungen Mann mit möglichster Schonung seine Ignoranz gern amtlich bescheinigen wird. Dann würde er hoffentlich einsehen, daß er völlig daneben gehauen hat und es sowohl für die Leser des „St. A.“, als auch für ihn selbst besser wäre, wenn er seine journalistischen Uebungen einstellt und wieder zu den altgewohnten Redaktionsrequisiten Kleinfertopf und Schere seine Zukunft nehmen würde.

Um das Märchen von der Unschuld des Amtsvorstehers gründlich zu zerstören, lassen wir den Text zweier amtlicher Schreiben folgen:

Amtsvorsteher. Steglitz, den
Die Polizeistunde für Ihr Lokal strafe Nr. . . .
hier selbst wird widerrufen bis 11 Uhr nachts verlängert.
(Unterschrift)

Amtsvorsteher. Steglitz, den
Ihrem Gesuche um Verlängerung der Polizeistunde für Ihr Lokal strafe Nr. kam nach Prüfung der Verhältnisse nicht stattgegeben werden.
(Unterschrift)

Röpenitz.

Das Gewerkschaftskartell ersucht die organisierten Genossen von Röpenitz, sich an dem vom Gewerkschaftskartell Adlershof veranstalteten Gewerkschaftsvergängen zu beteiligen. Nachmittags findet von 2 bis 3 Uhr ein gemeinschaftlicher Umzug statt. Treffpunkt in Wöhlschens Lustgarten 2 1/2 Uhr.

Reinickendorf-Ost.

In der Generalversammlung des Wahlvereins gab Genosse Schönberg als Vorsitzender zunächst den Bericht über den Stand der Bewegung am Orte, danach haben im letzten Halbjahr fünfzig Personen, 3 öffentliche, 6 Wahlvereinsversammlungen und 3 öffentliche Frauenversammlungen. Der Mitgliederbestand hat sich um 34 Genossen erhöht und beträgt jetzt 803, obgleich 40 wegen restierender Beiträge gestrichen werden mußten, 23 verzogen, 1 austrat und drei starben. Den Verufen nach gehören dem Verein an: 59 Arbeiter, 30 Maurer, 21 Tischler, je 15 Schlosser und Restaurateure, 13 Wälder, 10 Töpfer, 9 Dreher, 8 Bauarbeiter, je 6 Mechaniker, Former, Aufseher, je 5 Lederarbeiter, Barbier, Klempner, je 3 Drehschleifschleifer, Händler, Schuhmacher, Schmiede, Bäcker, Steindruckere, Möbelpolierer, Zimmerer, je 2 Drehschleifer, Metallarbeiter, Glaser, Schneidermeister, Gerber, Klempner, Schriftsetzer, Buchbinder, Handlungsgeschäften, Maler, je 1 Stimmeyer, Handschuhmacher, Handbohrer, Strumpfwirker, Schwertfeger, Steinseher, Stukkateur, Jlgartenarbeiter, Maschinenbauer, Rheleur, Bureauvorsteher, Techniker, Kupferstecher, Fuhrherr, Radierer, Anstreicher, Teppichweber, Bildhauer, Korbmacher, Formschneider, Wädrmeister, Friseur, Kassenbeamter, Kellner, Laternenwärter, Einseher, Buchbind., Hälscharbeiter, Sattler, Kaufmann, Gärtner, Klempner, Jlgartenhändler, Anschläger, Schlichter, Probefahrer, Maschinenformer.

Genosse Hermann als Kassierer gab sodann den finanziellen Bericht über das Stiftungsfest vom 17. März, sowie über das Ergebnis der Sammlungen der Gemeindevertreterwahl. Der Kasfenbericht über das letzte Semester schließt in Einnahme mit 850,20 M. und in Ausgabe mit 804,50 M. ab. Genosse Piskowski gab den Bericht der Bibliothek. Nach kurzer Diskussion wurde dem Vorstände auf Antrag der Revisoren Decharge erteilt. Genosse Gursch gab hierauf den Bericht über den Stand der Expeditionsangelegenheit. Allseitig wurde es lebhaft bezeugt, daß die Zeitungskommission den Wünschen von Reinickendorf-Ost nicht Rechnung tragen will, es sollen deshalb die Genossen Gursch, Kemnitz und Schönberg diesbezüglich nochmals mit der Kommission verhandeln. Ueber die beiden Generalversammlungen von Nieder-Baranin und Groß-Berlin erstattete Genosse Schönberg Bericht unter besonderer Berücksichtigung der Massenstreikdebatte. In der Debatte darüber wurde von verschiedenen Genossen eine lebhaft propagandistische Massenstreikdebatte empfohlen und der Standpunkt der Generalkommission bekämpft. Im Interesse der Sache wurde die Veröffentlichung des Protokolls durch den „Vorwärts“ für durchaus unerlässlich erklärt und der Wunsch ausgesprochen, daß der Mannheimer Parteitag baldige Aufklärung bringen möge. Unter Vereinsangelegenheiten wurde Genosse K. D. in als Delegierter für den neugebildeten Bezirk 6 bestätigt; in das Vergütungskomitee die Genossen P. Schmidt, Köhling, Köhn, Lorenz

und Wösch, und als Revisor für den ausscheidenden Genossen Jaedel der Genosse Wiegand gewählt. In der Streitfrage gegen Gursch und Schönborg wurde nach von beiden Seiten abgegebenen Erklärungen der Vorstandsbeschluss infolgedessen abgeändert, daß dem Genossen Gursch nur eine Klage erteilt wurde. Der weitergehende Beschlus des erweiterten Vorstandes wurde aufgehoben. Zum Schluss wurde folgende vom Genossen Priisch eingebrachte Resolution einstimmig angenommen:

Die nach der Auflösung der russischen Duma stärker hervortretenden Gerüchte, daß die deutsche Regierung den in den letzten Atemzügen liegenden Sozialismus unterstützen lassen will, veranlaßt die Generalversammlung von Meindorf-Ost den Aktions-Ausschuß von Groß-Berlin zu ersuchen, die Arbeiterschaft so schnell wie möglich über die Folgen eines eventuellen Eingreifens der deutschen Regierung aufzuklären.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Dienstag, den 7. August.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königs Operntheater, Franzeschina
Brensch, Carmen.
Anfang 8 Uhr.

Berliner. Oberlof Holmes, Verjüng. Die lustige Witwe.
Schiller O. (Wallner-Theater.)
Mormis-Oper: Der Troubadour.
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-
Mädchens-Theater.) Geschlossen.
Komische Oper. Hoffmanns Erzählungen.
Weihen. Kinder-Oper. Die Nacht-
malerin.
Zentral. Bruder Straubinger.
Trianon. Die herbe Frucht.
Zustreihens. Unsere Käse.
Adele. Ein idealer Gatte.
Carl Weiß. Adele.
Metropol. Auf ins Metropol.
Apollo. Berlin im Omnibus. Das
blaue Bild. Spezialitäten.
Wintergarten. Torsafada. Spezialit.
Passage. Billy Brager. Spezialit.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Tondarke 48/49.
Abends 8 Uhr: Der jüngste Aus-
bruch des Vesuv.
Sternwarte. Invalidentanz. 57/62.

Ferdinand Bonn
Berliner Theater.
Dienstag und folgende Tage:
Sherlock Holmes.
Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater.
Anfang 8 Uhr.
Ein idealer Gatte.
Mittwoch und folgende Tage:
Ein idealer Gatte.
Lord Goring. Harry Warden.

Neues kgl. Operntheater
(Kroll). Anfang 7 1/2 Uhr.
Gastspiel Franceschina Provesti:
Carmen.
Mittwoch: Cavalleria rusticana.
Der Bajazzo.
Vorverkauf im kgl. Opernhaus,
Schalter II, A. Wertheim und In-
validendank.

Komische Oper.
Heute abend 8 Uhr:
Hoffmanns Erzählungen.
Mittwoch: Hoffmanns Erzählungen.
Donnerstag: Der Corregidor.
Freitag: Hoffmanns Erzählungen.

Lustspielhaus.
Täglich abends
8 Uhr:
Sommerpreise: Carl-Fautsch 3.00.

Trianon-Theater.
Täglich
8 Uhr:
Die herbe Frucht.

Metropol-Theater
Wiederauftreten
Henry Bender, Josef Giampietro,
Fritzi Massary.
!Auf - in's Metropol!
Große Jahresrevue mit Gesang u.
Tanz in 9 Bildern v. Jul. Freund.
Musik von Viktor Hollaender.
Anfang 8 Uhr.
Rauchen überall gestattet.

Apollo-Theater
10 Uhr: Täglich: 10 Uhr:
Berlin im Omnibus.
Im zweiten Bild:
Der Omnibus-Trip.
Vorher: Gute Spezialitäten!
Anfang 8 Uhr.
7 1/2 Uhr: Garten-Konzert.

Etablissement Buggenhagen
Moritzplatz.
Täglich im Garten bezu.
in den unteren Sälen

Gottschalk-Freikonzert
Mittwoch u. Sonnabend: Frohlanz

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Täglich im Theater 8 Uhr:
Der jüngste Ausbruch des Vesuv.

ZOOLOGISCHER
GARTEN
Täglich ab nachmittags 6 Uhr:

Großes
Militär-Doppel-Konzert.
Eintritt 1 R., u. 6 Uhr ab 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

Zentral-Theater.
(Operette). 8 Uhr.
Bruder Straubinger.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr
Das
glänzende
Eröffnungs-Programm.
14 erstklassige Spezialitäten!

Carl Weiß-Theater.
Hr. Frankfurterstr. 132.
Im Theater: Täglich 8 Uhr:
Adele.
Lebensbild in 5 Akten u. 7 Bildern.
Im Sommergarten:
Große Spezialitäten-Vorstellung.
Anfang 5 Uhr. Nachgr. Kinderfest.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner
Sänger
Anfang
Sonnabend
8, Sonntag
7 Uhr.

Schweizer Garten
Am Königsdorfer - Am Friedrichshagen.
Täglich:
Theater-Vorstellung,
Spezialitäten u. Ball.
„Auf der Liebes-Insel“.
Operetten-Burleske in 1 Akt.
Alle. Martha Bellvert mit
ihren dreierhundert Vätern. Picards
amerik. Pantomime: Die Eindredler
v. New York. Jeden Mittwoch:
Kinder-Freuden-Fest.
Damentanz frei.
Anfang 5 Uhr. - Entree 30 Pf.

Sanssouci.
Kottbusser
Str. 40a.
Sonnig, Montag, Donnerst.
und Sonnabend:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und Tanztruppen.
Renewer Schlager: Wir von
der Kavallerie. Voffe.
Entr. 30 Pf., num. 1. 50 Pf.
Sonn. Beg. 5. Sonntag 8 U.
Im Vorgart.: Freikonzert.

Bernhard Rose-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Täglich:
Der Verschwendler.
Paul Coradini La Matchico
Giltons Tauben The Cabanis
Steffen Bros Neis Troupe
Miß Sarret Müller-Römer
Das unruhige Haus,
Pantomime der Balcon-Compagnie.
Anfang 4 1/2 Uhr.
Im Saale: Gr. Ball.
Billettdienst. u. 10-1 a. d. Theaterkasse.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7/9.
Täglich: Amor von heute.
Milaro, Humorist.
Borussia-Boxtett.
Sands Sportakt.
„Der grüne Teufel“
Große Pantomime.
Konzert. Ball.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf.
Numerierter Platz 50 Pf.

Potsdam.

Der Kampf um Weißbier hat auch hier zur Vorkottierung der Ringbrauereien geführt. Sowohl der Märkische Gastwirtsverein zu Potsdam als auch der Gastwirtsverein von Kolnau-Neuendorf protestieren öffentlich gegen die Preishöhung des Weißbieres dieser Brauereien, die durch nichts gerechtfertigt sei. Die genannten Vereine haben deshalb den Bezug von Berliner Weißbier zu alten Preisen der ringfreien Brauerei „Karlshöhe“ bei Spandau übertragen. Außerdem haben sich zur Lieferung unter den bisherigen Bedingungen die ebenfalls ringfreien Brauereien von C. A. Müller-Potsdam und P. Herrmann, Kolnau-Neuendorf, bereit erklärt.

Kaufmännische Kranken- und Sterbekasse. Dienstag, den 7. August 1906, abends 9 Uhr, im Restaurant Friedrich, Alte Jakobstr. 89: Sitzung.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Mormis-Oper.
Dienstag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bütel.
Der Troubadour.
Mittwoch, abends 8 Uhr:
Zum letzten Male: Carmen.
Donnerstag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bütel.
Martha.

Schiller-Theater N. (Friedr. Wilhelm Th.)
Dienstag bis Freitag: Geschlossen.
Sonnabend, abends 8 Uhr,
bei halben Preisen:
Der Waffenschmied.
Kom. Oper in 3 Akten u. 4. Vorzug.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Heinrich Bütel:
Der Postillon von Lonjumeau.
Im Garten tägl. gr. Militär-Konzert.

Max Kliems Sommer-Theater.
Hasehofs 13-15. Künstliche Leitung: Paul Milbitz.

Täglich: Gr. Konzert, Theater
und Spezialitätenvorstellung
Jeden Montag: Sommerfest. - Jeden Mittwoch: die beliebten
Kinderfeste. - Jeden Donnerstag: Glite-Tag.

Diez' Spezialitäten-Theater.
Landsberger Allee 76/79 (Ringbahnstation).
Wegen kolossaler Nachfrage bis 30. August prolongiert.
Täglich:
(Sonntags
zweimalige
Vorführung)
16 Löwen
Ein Dompteur, eine Tänzerin im Rosenkranz und eine Domptesse mit
noch nie gesehenen Tricks. 11 Uhr abends: Fütterung
sämtlicher Bestien aus den Händen des Dompteurs.
The Carl Damman-Familie, Americas beliebteste Akrobaten,
und das neue beste Programm Berlins.
Kaffeeküche. Volksbelustigungen aller Art.
Anfang 4 Uhr. - Entree 30 Pf. - Vorspannstarke sind gültig.

Volksgarten-Theater.
Badstr. 8 (Schm. u. Wellermannstr.)
Täglich:
Konzert, Theater u. Spezialitäten.
Das neue August-Programm!
Harry Steiner Geschw. Bellini
Max Franconi Garretton Truppe.
„Auf fremder Erde“.
Gr. Ausstattungsstück mit Gesang u.
Tanz in 3 Akten von Hugo Scholz.
Jed. Mittwoch: Gr. Kinderfreudenfest.
Jed. Donnerstag: Gr. Brill-Fauserwerk.
Volksbelustigungen aller Art.
Die Kaffeeküche ist u. 1 Uhr am geöffnet.

Welt-Ausstellungs-
Biograph (St. Louis)
Theater lebender
Photographien mit
abwechslndem
Abnormitäten-Prgr.
Verbindung mit größter Films-
Fabrik Frankreichs, daher täglich
neueste Bilder.
Den ganzen Tag Vorstellung.
Otto Pritzkow. Münzstr. 16.

Gstbahn-Park
Am Küstrinorplatz, Rüdorferstr. 17
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
Täglich Extrafahrten mit Musik
nach
Voigts Krampenburg (Berliner
Alpen).
Täglich (außer Sonntags), vormittags 9 Uhr.
Außerdem Montag u. Donnerstag, nachmittags 2 Uhr.
Mittwoch u. Freitag, nachmittags 2 1/2 Uhr.
Abfahrt Straauer Brücke, Ecke Waisen-Brücke. Dampferstation
in Berlin v. L. Kahn.
Dieselben Dampferextrafahrten finden auch täglich von der
Michaelkirch-Brücke aus, vormittags 9 1/2 Uhr, nach-
mittags 2 1/2 Uhr statt.
Hin und zurück 50 Pf.

Eggersdorfer Villenterrain,
billige Joers, Pantow, Elisabethweg 10. 164/3

Armin-Hallen, Kommandantenstr. 20.
Telephon: Amt 1 No. 2995. 190HL*
Gr. u. kl. Festsäle mit und ohne Theaterbühnen, auch Sonnabends
und Sonntags, in diesem und im nächsten Jahre frei. 8 Vereins-
zimmer, 5 Pianos, 2 Harmoniums und 1 Flügel stehen den geehrten
Vereinen zur gefälligen Verfügung.

Verlosungsartikel
zu Landpartien, für Vereine etc.
nur Reusen, sowie Lampions,
Stocklaternen, Fackeln,
Girlanden, Wimpeln, Fahnen, Schirpen, Scherz-
artikel, humoristische Kopfbedeckungen, Musik-
instrumente, Radausachen, spottbillig
Alte Jacobstr. 93. L. H. Gotthilf, Alte Jacobstr. 93,
an der Seydelstraße.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16,
Engel-Afer 5.
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
Rauch-, Kan., Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.
Sämtliche be-
kannten Marken
Zigaretten zu Originalpreisen.
Amt 4, 3014.

Witterungsübersicht vom 6. August 1906, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometere Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. u. d. Luft	Stationen	Barometere Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Temper. u. d. Luft
Strehle	759 B	4 wölkig	17	Dachau	758 BND	6 bedekt	10		
Dachau	764 B	3 halb dd.	15	Bretzfeld	749 BND	1 Regen	10		
Bretzfeld	763 B	3 wölkig	15	Essen	768 BND	1 Dunst	17		
Frankfurt	767 B	3 halb dd.	16	Übersee	767 BND	2 halb dd.	14		
München	767 B	4 halb dd.	17	Berlin	760 BND	bedekt	16		
Wien	768 B	1 wolkenl.	19						

Wetter-Prognose für Dienstag, den 7. August 1906.
Ein wenig mürmer, vielfach heiter bei ziemlich frischen nordwestlichen
Wind; keine erheblichen Niederschläge.

Erster
Deutsch-Amerikanischer
Zipkus

von Norton B. Smith,
Direktor Nat. Behrens.
Größter und elegantester
aller reicherer Festsaale.
Berlin.
Comeniusplatz, Mamelosstraße.
Donnerstag, den 9. August,
abends 8 Uhr:

Große Gala-Premiere
mit einem hochinteressanten
Attraktionsprogramm.
Preise der Plätze: Loge 2,50 R.,
Sprengel 1,50 R., I. R. 1,25 R.,
II. R. 1,00 R., Gallerie 0,80 R.
Am Wochentag - Abend - Vor-
stellungen bezahlbar Militär- und
Kinder unter 12 Jahren I. Platz
1,- R., II. Platz 0,80 R., Gallerie
0,50 R. 209/4

W. Noack's Theater.
Direktion: Rob. Dill. Brunnenstr. 16.
Das neue August-Programm!
Arbeit schändet nicht.
Vollständig in 3 Akten u. 4. Vorzug.
Dazu die erstklassigen Spezialitäten.
Anfang 6 Uhr. Kaffeeküche von 3 Uhr.
Bei schlechtem Wetter: Vorstell. im Saale.

Fröbels Allerlei-Theater
Schönhauser Allee 148.
Täglich: Konzert, Theater,
Spezialitäten,
Ball.
15 Attraktionen ersten Ranges 15.
Der Millionenscheider.
Voffe mit Gesang in 2 Akten.
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

Dr. Simmel, Prinzen-
Str. 41,
Spezialarzt für 137/13*
Haut- und Harnleiden.
10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4

Hygienische
Gedächtnisartikel, Neuzeit Katalog
u. Empfehlung viel-Aerzte u. Prof. grad. u. d.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichstraße 91/92.

Nähmaschinen
(Zeller u. Rogmann) billig, auch
gegen Teilzahlung. Aufschneide-Maschine
gratis. Rosenthalerstr. 19. 18722*

Leihhaus
Berlin, Kollmerstr. 2
Charlottenburg, Friedrich-Rohrplatz 12.
Hohe Beleuchtung von Gold-, Silber-
schmuck u. Kleidungsstücken etc.

Kranz- und Blumenbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Sozialdemokratisch. Wahlverein
Rixdorf.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser Mitglied, der Metall-
arbeiter

Gustav Bonnet
(8. Abteilung)
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Dienstag, nachmittags 5 Uhr, von
der Leichenhalle des Dom-Kirch-
hofes aus statt.
235/2 Der Vorstand.

Kranken-Unterstützungs-Verein
der Schmiede
u. verwandten Gewerbe Deutschl.
Zahlstelle Berlin II.
Am 4. August verstarb das
Mitglied

Ernst Liebelt.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
Dienstag, den 7. August, nach-
mittags 4 Uhr, vom Noebler
Krankenhaus aus statt.
Zahlstelle: Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme sowie für die reichen
Anregungen bei der Beerdigung
meines lieben Bruders und Onkels,
des Formers 19272

Ludwig Wartenberg
sagen wir allen Freunden und Be-
wandten, insbesondere dem Verein
der Formier unserer herzlichsten Dank.
Frau Gents nebst Kindern.

Dankagung.
Anlässlich der Beerdigung meines
lieben Vaters, unseres unvergeß-
lichen Vaters, des Expedienten

Ernst Hans
lage ich allen lieben Freunden, Be-
wandten und Verwandten, sowie den
Arbeitsgenossen der Firma Gebr. Wolgan,
den Werkstätten und der Firma, dem
Arbeiter-Verein, dem Gesangsverein
„Nordwest“, dem 675. und 706. Be-
zug für das sozialdemokratische Wahl-
verhältnis für den 6. Berliner Wahl-
kreis und dem Zentralverband der
Handlungsgehilfen für die herzlichen
Spenden, sowie für die gütige
Beteiligung und herzliche Teilnahme
meiner aufsichtigen Dant. 19282

Witwe E. Hans nebst Kindern.

Von der Reise zurück 233/7*
Dr. Max Blumenthal,
Landsberger Allee 29.

Zähne zieht vollständig schmerzlos
F. Ausfeld, Turnstr. 8.
Zugelassen bei den Krankenkassen
des Gewerkschaftsvereins.

Neuerscheinungen.
Wir empfehlen unseren Lesern folgende neu- resp. in neuer Auflage
erschienenen Schriften:
Das kommunistische Manifest.
Siebente autorisierte deutsche Aus-
gabe. Mit Vorreden von Karl
Marx und Friedrich Engels und
einem Vorwort von Karl Lautsdy.
Preis 25 Pf.
In besserer Ausstattung 50 Pf.
Die Sozialdemokratie und die
katholische Kirche. Von Karl
Lautsdy. Neue Auflage.
Preis 30 Pf.
In besserer Ausstattung 75 Pf.
Führer durch das Gewerbe-
Inspektions-Gewerbe. Ueber-
sichtlich zusammengestellt nach der
am 1. Oktober 1900 in Kraft ge-
tretenen Fassung des Gesetzes.
Mit ausführlichem Inhaltsver-
zeichnis und Sachregister. Dritte
verbesserte Auflage. Preis 25 Pf.
Führer durch das Invaliden-
versicherungsgewerbe. Ueber-
sichtlich zusammengestellt nach der
am 1. Januar 1900 in Kraft ge-
tretenen Fassung des Ge-
setzes. Mit ausführlichem Inhalts-
verzeichnis, Sachregister und For-
mularen. Dritte verbesserte Aus-
lage. Preis 30 Pf.
Der Neue Welt-Kalender für
1907. Preis 40 Pf.
Zu beziehen durch die
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW 68, Lindenstr. 69, Laden. 234/12*

Einsetzer!

Donnerstag, 9. August, abends 8 Uhr, bei Boeker, Weberstraße 17:

Versammlung der Einsetzer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
Der neue Tarif und Beschlußfassung über denselben.
Die Mitgliedsbücher des Holzarbeiter-Verbandes, des Vereins der Einsetzer und des Gewerkschaftslegitimieren.
Die Kommission.

Verband der Schneider und Schneiderinnen

Achtung! Achtung!
Mitglieder der Ortskasse der Schneider!
Heute Dienstag, den 7. August, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“ Kommandantenstr. 20:

Oeffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 164/4
Die 3. Neuwahl zur Ortskasse der Schneider in einem Jahre
Kollegen und Kolleginnen! Erscheint zahlreich in dieser Versammlung.
Der Einberufer.

Kranken-Unterstützungs-Bund der Schneider.

Donnerstag, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 5:
Versammlung.
Tages-Ordnung: Abrechnung vom 2. Quartal. Berichterstatter der Delegierten von der Generalversammlung in Jena.
Die Ortsverwaltung.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer

(E. G. Nr. 2 Hamburg. — örtliche Verwaltung Berlin.)
Donnerstag, den 9. August, abends 8 1/2 Uhr im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15, Saal 7
Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung: 259/15*
1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Vorschläge zur Generalversammlung.
Der Vorstand. H. W. Richard Schröder, Lützowstr. 82.

Zentralverband der Maurer Deutschlands

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Freitag, den 10. August 1906, abends 8 1/2 Uhr, in den „Industrie-Gesellen“, Benthstr. 19/20:

General-Versammlung

Tagesordnung:
Fortsetzung der Tagesordnung der letzten General-Versammlung.
Mitgliedsbuch legitimiert. Pflicht aller Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.
Der Sektionsvorstand.

Verband der an Holzbearbeitungsmaschinen beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend.

Montag, 13. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause (gr. Saal), Engel-Ufer 15:

Außerordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 90/10*
Die eingelaufenen Anträge auf Einberufung der außerordentlichen Generalversammlung betreffs Anschluß an den Deutschen Holzarbeiter-Verband.
In Anbetracht der so wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht aller Mitglieder, pünktlich zu erscheinen.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!
Der Vorstand.

Brauerei Ernst Engelhardt Nachf.

Berlin-Pankow.
Größte Malzbier-Brauerei in Deutschland.

Caramel-Malzbier

Alkoholfreies, diätetisches Spezialbräu.
Arztlich empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährnde Mütter etc.
Als Tafelgetränk sehr bevorzugt.
Preis pro zirka 4/10 Flasche 10 Pfennig. Ueberall käuflich.

1329L*

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.
Wolle-Reste! Moquette, Plüsch, Sattelstaschen.
Muster b. n. h. Angabe franko.
Emil Lefèvre, Berlin, 158.

Sommerpreise bis 15. September c.

A. B. Koch

Kohlen-Groß-Handlung

Berlin O. 24, Brombergerstr. 15.
Preis für nur 10 Marken ab 100 kg von 10 Ztr. an: [1923]*
Prima 1a Halbheute (bekannte Marken) pr. Ztr. 80 Pf.
1a Marienbad pr. Ztr. (110 bis 120 Stk.) 83 Pf.
1a Diamant (110 bis 120 Stk.) 85 Pf.
1a Alle u. Hlv. pr. Ztr. 90 Pf.
1a Anthrazit Gade J. 2.10 Pf.
Kohle, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tagespreisen. Kühlung frei. Je nach Quantum pr. Ztr. 10-15 Pf. mehr. — Bei Original-Logos und größeren Abflüssen verlangen Sie meine Spezial-Liste.

Bestes Erhaltungsgeld für
Kein Laden. Brennabor-
:: Räder ::
Günstigste Bedingungen.
Berlin SO.,
Louis Barth, Brückenstr. 10a pt.

Vertrauensvoll

mende sich ein jeder, der ein gutes Geschäft (Branchen gleich) oder Grundstück kaufen oder verkaufen will, an die Geschäfts-Verkaufsbörse, Berlin, Zimmerstraße 30. Auskünfte kostenfrei. Eine Karte genügt und wir sprechen vor. 1433*

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Gardinenhand Große-Franfurter-Str. 9, parterre. 17
Radräder, Teilzahlungen. Verg.-Str. 28, Stallherstraße 40. 16638*

Herrenfahrrad, Damenfahrrad, wie neu, 45.00. Holz, Blumenstr. 36 b. 17108*

Geschäftsdreirad, äußerst stabil, 50.00. Holz, Blumenstr. 36 b. *

Teppiche! (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Gabelstr. Markt 4, Radbol Hofe. 266/14*

Hochbornische Herrenanzüge, Sommerpaletots, die aus feinsten Stoffen gefertigt wurden, 18 bis 38.00, Herrenanzüge 7-12.00 verkauft täglich, Sonntags. Deutsches Versandhaus, Jägerstraße 63, 1. Treppe.

Teppiche mit Farbenfehlern Rabbinerstraße Große-Franfurter-Str. 9, parterre. 41

Mischgeschäft mit Rolle ist kaufwilligster billig zu verkaufen. 29. Ufer, Lindenstraße 69. 3506*

Restaurations-, mehrere gutgehende, passend für Pariserhotels, kein Agent, zu erfragen bei Bäumer, Schöneberg, Martin Lutherstraße 51, Laden. 7104*

Kinderwagen, Kinderbettstellen Sportwagen, gebrauchte, zurückgekauft Sportbillig. Schneider, Kurfürstenstraße 172. 2665*

Wäbelfabrik, Drantenstraße 68, direkt Moritzplatz. In meinen drei Etagen stehen komplette Wohnungs-einrichtungen in jeder Preislage vom Einfachsten bis zum Eleganteiten. Besonders Gelegenheit bietet ich in bezüglichen gemieteten, fast neuen Möbeln, die bedeutend herabgesetzt sind. Beschäftigung erbeten, ohne Kaufzwang. Ausfallend billig verkaufte ich neue Chaiselongues 17, Schlafsofa 27, Sattelkassensofa 45, Banksofa 55, Garnitur 75, Säulentrümmen 29, Bettstelle mit Matratze 16, Kaszette 16. Mischgeschäft, Berlin 27. Gefasste Möbel können drei Monate kostenfrei lagern. Teilzahlung gestattet. Auch Sonntags geöffnet. Musterbuch gratis. 1623K*

Gastgeberhaus! Einlochgastlocher! 0.75. Gefasste Spargelsocher! 1.00. Gasbäckapparat, Gasbäckstiefen (Sportbillig) Gasöfen! 1.75. Gasöfen, Säulentrümmenstraße 32 (Verkaufungsbüro). 16998*

Größere Glasbläsererei in Berlin, mit guter, fester Kundenschaft, seit 15 Jahren in permanentem stetigen Betriebe, ist unter günstigen Bedingungen sofort zu verkaufen oder zu verpachten. Besonders günstige Gelegenheit für Kaufmann zum Selbständigwerden. Esuchen L. 1 an Expedition dieser Zeitung. 3599*

Grüntrange Geschäft frankheitshalber 800 Mark zu verkaufen. Zu erfragen Böcker, Spinnstraße 69. 498*

Veilhaus Bringenstraße 28, 1. Treppe, Ecke Ritterstraße. Verschiedene Pflanz-, Gelegenheitskäufe, Goldschmuck jeder Art, goldene Uhren, verkauft Sportbillig. 16628*

Papageien, jung (sprechend, singend), auch Taube, Restaurant, Kommandantenstraße 52, Ecke Alexandrinenstraße. 17068*

Hochbornische Herrenanzüge aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. Keine Filialen. 17148*

Brandente! Nur Gellnerweg 81. Spindeln, Spiegel, Sofas, bessere Bettstellen, reelle Matratzen, enorm tieferer Preis als sonstiger Wohnungseinrichtungen, bekannt billig! Hermann Dwinahf. 17158*

Vorortparzellen, guter Boden, 0.20 Lote, zum Rosenpark. Kettnermann, Blumenstraße 9. 145/12*

Billige Blumen, Kostümstoffe, auch Nähmaschinen, direkt Fabrik, Blumenstraße 9 II. 145/13*

Nähmaschinen-Käufer erkennen gratis lohnenden Erwerbsschweig. Sander, Blumenstraße 9. 145/14*

Monatsumzüge und Sommerpaletots von 5.00 an, Damen von 1.50 an, Gebrauchsgegenstände von 12.00 an, Fracks von 2.50 an, sowie für korpusculente Figuren. Keine Garderobe zu staunend billigen Preisen, aus Handarbeiten verfertigte Sachen, fast man am vorteilhaftesten bei Rab, Kulackstraße 14. 4085*

Stieppdecken billig Fabrik Große-Franfurter-Str. 9, parterre. 71

Kleiderzweid 20 Mark, Kommode 21, Bettsofa 29, furnierte Kleider-Schrank, modern 40, Säulentrümmen 54, Garderobenschränke 38, Hochschlitten 21, Ruhebett 27, Schlafsofa 33, Kuschelbettstelle, englische Schlafzimmern, Küchenmöbel. Auch Teilzahlung. Transport frei. Waldstraße 81. 146/5*

Strickmaschinen, günstige Bedingungen. Hamburger, Spandauerbrücke 2. 17248*

Zee- und waldreicher Vorort, Chaussee, Wald Landparzellen Quadratmeter 40 Pfennig an. Verkäufer Kleinmann, Stolpestraße 3.

Nachbau - Kleiderzweid, Bettsofa, Säulentrümmen 33.00, Mischgeschäfte-Matratzen 38.00, Ausgezeichnet verkauft Königsberger-Str. 13, vorn I. 437

Vernisfärbung! Fabrikpreise, welche Kaufw. Adol. Weder, Nützenbaum.

Kolonialwaren- und Mischgeschäft umständlicher billig zu verkaufen Albershof, Radebeulstraße 9. 17268*

Grüntrange Geschäft mit Feuerung, erhellungsfähig, zu verkaufen wegen Verzicht des Namens. Zimmermann, Quasburgstraße 21. 4147

Hobe Vergütung bei Ringelstücken Bobbin, ohne Anzahlung, Boche 1.00, gebrauchte 12.00, Köpferstraße 60/61, Große-Franfurter-Str. 43, Preuss-lanstraße 59/60. 488*

Nähmaschinen, Zahl bis 15.00, wer Teilzahlung kauft oder nachweist. Sämtliche Systeme. Drauer, Lützowstraße 90. 437*

Zingerbobbin, Schneidemaschine 55.00, gefasst 170.00, Langschiffchen 25.00, beide fast neu, wegen Aufgabe, Lützowstraße 16, Mischgeschäft. 437

Schlafsofa, rotbraun, neu, verkauft billig Sange, Waldemarstraße 70, vorn 3 Treppen. 411

Restoration, gutgehend, in zu verkaufen. 20 Lotten Bayrleibier, 1/2 Weibler. Zu erfragen Radlen & Fehle, Planufer 92b. 4135

Damenkleider, hochelegante, aus feinsten Stoffen, Sportbillig. Engels, Drummerstraße 3. 4168

Nähmaschinen, ohne Anzahlung, wesentlich 1.00, Markthamerstraße 67, Wienerstr. 1/6, Ackerstraße 111. 4145

Singerstrick 25.00, Garantie gut nähend, Radebeulstraße 47 II. 4168

Gelegenheitskäufe: Paletots, Anzüge, Dolan, Koffer, Resolover, Teilungsbücher, Uhren, Goldschmuck, Kette, Sportbillig. Rade, Oranienstraße 131.

Reifenläder, Obermäler, Reihenge, Regulator, Freischwinger, Harmonikas, Weigen, Silber, Bilder, Teppiche, Sportbillig. Rade, Oranienstraße 131. 4015*

Verschiedenes.

Zeugen gesucht! Diejenigen Personen, welche Sonnabend, den 14. Juli, abends gegen 8 Uhr, den Vorgang beobachtet haben, welcher sich vor dem Lokal von Budlap, Schloßplatz 5, zugetragen hat, werden gebeten, sich bei Coppe, Richardstraße 49, zu melden. Insbesondere der Droßkammer, welcher die drei Herren von Müllerstraße zum genannten Lokal gefahren hat. Jegliche Unkosten werden ersetzt. 4150

Gisels, Komiker, frei. Großschloßstraße 6. 2948*

Patentanwalt Bessel, Wischiner-straße 94a. 2975*

Wandbilder, Bringenstraße 63, täglich 8-8, Sonntags bis 2. 16678*

Nixdorf, Anseebadstraße 113, Restaurant, Garten, Vereinszimmer, Parkett (100 Personen). Sonntags Freizeitzug und Ball. 4117*

Nixdorf, Hermannstraße 170, Bild-Geschäftshaus empfiehlt alle, Stiegelbuden, Garten. 4117*

Platina, gebrauchte Fahrgestelle, allerhöchste Preise. Lindenstraße 199 II, Ecke Kochstraße. 3935*

Genosse sucht 150 Mark gegen mögliche Zinsen. Esuchen O. K. 100, Postamt Schleißer Bahnhof. 4123

Zahmeyer, Volkshausstr. Auf Geschäft. Lützowstraße 57. 438*

Vermietungen.

Wohnungen.

Stube, Küche 22 Mark, See-straße 68 II, zwei Stuben, Küche 23 Mark. Näheres beim Wirt. *

Müllerstraße 25, Bedding, ge-lunde Wohnungen 20 Mark. 4025*

Stube und Küche zu vermieten 1. 10. 06, 20 und 22 Mark. Charlottenburg, Schillerstraße 94. 4125*

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.

Bilder Stillschreiber bietet um Arbeit. Stühle werden abgeholt und zurückgeliefert. H. Gläzer, Wulackstraße 27. 14685

Stellenangebote.

Automobilfahrer! Jedermann wird schnellstens zu erfolglosem Chauffeur ausgebildet. Günstigste Erfolge. Lehrpläne kostenlos. Autotechnikum Berlin, Spichernstraße 11/12.

Wärmerschleifer verlangt Weibchen, Schönstraße 11. 4125*

Steinbohrer gesucht, Deutsche Steinbohrer, Rantstraße 38a. *

Wärmerschleifer verlangt Hepp, Schönstraße 24. 4155

Rahmenmacher entreprite zu vergeben. Tüchtige Bewerber wollen schreiben unter M. 1 an Expedition dieses Blattes. 3406

Gesucht ein in allen Zweigen der Metallbearbeitung erfahrener, tüchtiger Arbeiter zur Leitung eines kleineren Betriebes. Wenn konvenierend, angenehme, dauernde Stellung. Gefällige Offerten unter N. 1 an die Expedition dieser Zeitung.

Besonders günstige Gelegenheit bietet sich Weibchenführern oder Weibchenführern, in tüchtiger Weibchenführerei sich einen Wagen einzurichten. Näheres Martin, Drangelstraße 52. 294/15

Tüchtigen Grundbesitzer verlangt Kristian, Charlottenstraße 7. 3956

Schlossergehilfen, tüchtige, er-fahren, auf Türen, Gitter und Bau-beschlag verlangt Plume, Charlotten-burg, Adlerstraße 97. 4078*

Monteur, tüchtige, für Blech- und Trichterarbeiten sofort gesucht. H. Drudenmüller, Schöneberg, Tempelhofer Weg 46/47. 3995

Schlosser

Schlosser auf Stanzmesser verlangt Marquardt, in der Richardbrücke I. 4096

Galvaniseur auf Messingartikel verlangt Wegler, Boeckstraße 25.

Wärmerschleifer verlangt Daniel, Mariendorf, Feldstraße. 4106

Wärmerschleifer auf Zedets, Väteros, Kottmünde verlangt Grohn, Thackerstraße 21. 437*

Zeitungsfrauen für Nixdorf verlangt sofort Berliner Hausfrau, Lindenstraße 26, Laden. 4045

Kinderkleider Arbeiterinnen verlangt Born, Waldenstraße 20. *

Lehrmädchen,

nicht unter 16 Jahren, mit guter Schulbildung, zum 1. September gesucht. Schriftliche Offerten erbeten an Konsumverein für Tegel und Umgegend. 206/10

Botenfrauen

suchen sehr lohnende Beschäftigung Bringenstraße 41. 146/2*

Klavierarbeiter!

In der Pianofabrik von Bell & Co., Andreasstr. 32, haben sämtliche Kollegen wegen Lohnunterschieden die Arbeit niedergelegt. 141/16*

Achtung! Hutmacher!

Die Damenhutfabriken von Hoffmann u. Rosenburg, Blumenstr. 30, Max Burkert, Lützowstr. 57, Engel u. Comp., Wäbnerstr. 89, sind geschlossen. 294/15

Achtung! Kürschner

Wegen Differenzen haben sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen der Wägenfabrik von S. Gärtner & Co., Markthamerstr. 50, die Arbeit niedergelegt. Zugang ist streng fernzuhalten. 102/15*

Verband der Kürschner Berlins und Umgegend.
Deutscher Kürschner-Verband (Zahlstelle Berlin.)

Deutscher Buchbinderverband

(Zahlstelle Berlin.)
Folgende Firmen sind, weil Einstellungen nach dem abgelaufenen Bezugsjahr nicht erfolgt sind, bis auf weiteres gesperrt:
Naver Kalle, Reichenberger-Str. 30.
Fleck Nachf., Röhrenstr. 87.
Ad. Wittenburg, Büchsenstr. 16.
F. O. Agthe, Wilhelmstr. 119/30.
Ad. Schoß, Postdammerstraße 19 und Dessauerstraße 14.
Kartonfabrik Ad. Lesser, Krautstraße, für Kartonarbeiter, u. für Galanteriearbeiter die Firma Aloys Suk, Reichenstr. 4.
Vor Arbeitsaufnahme in den Verbandsbetrieben, auch durch den paritätischen Facharbeiternachweis ist Information auf dem Bureau, Engel-ufer 15 II, Zimmer 21, einzuholen. 24/12 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Wegen Streit und Lohnunterschieden sind gesperrt:
Für Tischler, Polierer und Maschinenarbeiter
Pieper, Bernauerstr. 86.
Für Klavierarbeiter:
Bell, Andreasstr. 32 u. Grüner Weg.
Für Korbmacher:
Stralauer Glashütte.
Zwerner, Friedrichstraße, Berlin-Str. 72.
Für Bürstenmacher:
Der Junagusschweiß, Brunnenstraße 151.
Für Kammerer:
Continental-Kamm- und Celluloidfabrik S. Bloch, Sachhausenstr. 41/42.
Zugang ist streng fernzuhalten. Die Ortsverwaltung.